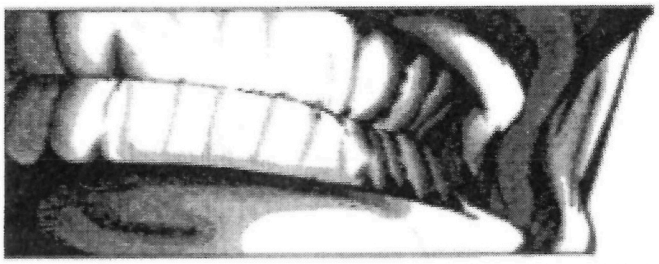
ZEITUNG FÜR ANTIFASCHISMUS UND MEHR



Lotta DURA

Nr. 13/99 € 2 / ATS 30 / DEM 5 / sFr 5

14

Original-Polizeibericht enthüllt:

So tobte der Innenminister

Bericht Seiten 8 und 9

"AUCH ICH TRAUERE UM EINEN MENSCHEN."

(INNENMINISTER KARL SCHLÖGL, TIROLER TAGESZEITUNG, 8./9. 5. 1999)

combate el racismo!

Lotta DURA

DER KAMPF WIRD HÄRTER

editorial

Verbrechen schweißen die Beteiligten zusammen. Das gilt auch für die staatlichen: Nie ist die Einheit zwischen oben und unten größer als im Moment der Tat. Während einfache Mörder in der Regel über ihre Taten schweigen, verwendet das nationale Mordkollektiv - zumal das demokratische - viel Energie darauf, sich zu legitimieren. Auch das Todesurteil über Marcus **Omofuma** wurde im Nachhinein ausgesprochen. Am deutlichsten wurde dabei einmal mehr Jörg **Haider**, der mit seiner Rede von den "Mörder(n) unserer Kinder" an die Instinkte appellierte. Sind die "Nigerianer" oder "Schwarzafrikaner" erst einmal als drogendealende "Mörder" identifiziert, weiß der Mob umgehend, wie mit ihnen zu verfahren ist. Als "Schübling" entmenschlicht, als "Nigerianer" dämonisiert oder als "Asylbetrüger" kriminalisiert - die Reaktionen auf den Tod im Gewahrsam dreier Polizisten machen aus dem vermeintlichen "Unfall" erst das, was es war - einen Mord. Möge ein Gerichtsverfahren auch den Schein vom Rechtsstaat am Leben erhalten, die große Mehrheit der ÖsterreicherInnen hat ihr Urteil schon längst gesprochen. Etwa bei der Wahl zum Europäischen Parlament, aus welcher die Partei des verantwortlichen Innenminister Karl **Schlögl** als Siegerin hervorging.

Wir wollten diese Reaktionen deswegen so ausführlich dokumentieren, um uns und euch ein reales Bild dieses Landes und seiner inländischen Bevölkerung zu vermitteln. Um zu zeigen, wie dünn die zivilisatorische Decke ist, die nach 1945 über dieses Land gelegt worden war. Die letzten Illusionen über die Möglichkeit linker Massenpolitik in der "Möderrepublik" (Peter Turrini), welche auf Blut gebaut ist, müßten nun überwunden sein. Auch die Einschätzung der Sozialdemokratie als das kleinere Übel sollte endlich der Vergangenheit angehören. Entstanden aus dem Deutschnationalismus, war sie stets der verstaatlichte Transmissionsriemen völkischer Interessen im sozialen Gewand. Ihr "linker" Theroretiker Otto **Bauer** sprach bereits 1909 von der "nationale(n) Gefahr", welche durch "die Einwanderung erzeugt" werde. Zu Beginn der 20er Jahre verfügte der sozialdemokratische Landeshauptmann von Niederösterreich die umgehende Ausweisung der "Ostjuden" - ein nationales Projekt, das nur am Widerstand US-amerikanischer Organisationen und aus der Angst vor Imageschäden an der schon damals als "jüdisch" identifizierten "Ostküste" gescheitert ist.

Im Rassismus und in der nationalen Blickverengung äußert sich nicht ein Verrat an vermeintlichen Prinzipien, sondern die Natur der heimischen Sozialdemokratie. Schlögl ist nicht ein Betriebsunfall, sondern vielmehr der Prototyp eines österreichischen Sozialdemokraten: scheinbar von Sachzwängen und der öffentlichen Meinung getrieben, ist dieser zu jeder Schandtat bereit. Dabei müssen SozialdemokratInnen die Begeisterung, mit welcher sie an die Exekution der kollektiven Ressentiments gehen, hinter einer Leidensmiene verbergen. Immer taten sie so, als *müßten* sie den "Bluthund" (Noske) geben, wo sie dies doch *wollten*. Dieser Zwang zur Verstellung entfällt aber mit dem immer dramatischere Ausmaße annehmenden Abbröckeln einer kritischen Öffentlichkeit. Gerade in Wahlzeiten werden SozialdemokratInnen von VerwalterInnen der Ressentiments zu deren ModeratorInnen. Der gerne als farb- und leidenschaftsloser Bürokrat dargestellte Schlögl steht in Wahrheit für das neuerlich erwachende Selbstbewußtsein der wildgewordenen Spieß- und KleinbürgerInnen. Das beliebteste Regierungsmitglied personifiziert daneben geradezu die rotblaue Option - Schlögl und sein Apparat würde dann wohl endgültig von der Leine gelassen.

Zugegebenermaßen fällt es uns schwer, unter diesen Umständen und Perspektiven an einem Projekt wie der **lotta** festzuhalten. Obwohl wir uns nie Illusionen über die Wirksamkeit von Worten in Verhältnissen wie diesen machten, werden wir zunehmend mit der Sinnlosigkeit unseres Tuns konfrontiert. Aber solange wir das Gefühl haben, daß auch nur eine/r auf uns in der einen oder anderen Form reagiert, werden wir wohl weitermachen. An dieser Stelle wiedermal ein Danke an all diejenigen, die uns auf unterschiedlichste Art und Weise unterstützen.

Respect!

PS: Abos werden als Aufmunterung zum Weitermachen verstanden!

Original-Polizeibericht enthüllt:

So tobte der Schubhäftling

Bericht Seiten 8 und 9

Wien Krone

Neue Kronen Zeitung UNABHÄNGIG

Octenisept

Internet Zugang gratis 0,-

netway

Schubhäftling Marcus O. aus Nigeria. Der 25jährige Schwarzafrikaner starb auf dem Flug von Wien nach Sofia. Nun gibt es eine Untersuchung.

KRONE-COVER VOM 5. MAI 99: MANCHE DER ABONENNTINNEN BEKAMEN DIE AUSGABE MIT ADRESSPICKERL ÜBER MARCUS OMOFUMA'S MUND.

Impressum:
„Lotta DURA"
Grundlegende Richtung:
Zeitschrift für Antifaschismus und mehr
Erscheinungsweise:
4 x im Jahr
Herausgeber:
H. Obek, 1140 Wien
V.I.S.P.:
H. Obek
Druck:
Beneš - Print, Praha
Made in the Czech Republic
Nachdruck:
Nur mit vollständiger Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

STAATSAFFAIREN

4 Organisierte Kriminalität
8 Mörder, Begünstiger & Verteidiger
14 Interview: Widerstand braucht Phantasie

THEORIE

17 Rassismus: Wie sich Gemeinschaft bildet
20 Rassismus oder Menschenrechte?
22 Körperpolitik

KRIEG UND FRIEDEN

28 Humanitäres Deutschland
30 Kroatien: Unterdrückte Nachrichten

DRITTE REPUBLIK

32 Gaskammerleugnung im FPÖ-Umfeld
34 Salonfähige Nazi-Diktion
35 Studententum: Schwarzbraune Koalition

Abonniert die Lotta DURA!

Lotta DURA erscheint vierteljährlich bundesweit im Eigenvertrieb und unter Mithilfe von dir.

Der **EINZELVERKAUFSPREIS** beträgt **25 öS, 5 DM** bzw. **5 SFR**.
Ein **ABONNEMENT** kostet **100 öS, 20 DM** oder **20 SFR** inklusive Versandkosten, beinhaltet die Lieferung von 4 Nummern und verlängert sich nicht automatisch.

Ein **FÖRDERABONNEMENT** - für Personen, die sich's leisten können oder wollen - umfaßt 4 Ausgaben und kostet ab **500 öS** (aufwärts ohne Limit).
SPENDEN sind natürlich auch willkommen und äußerst hilfreich.

Die **BEZAHLUNG** von bestellten Einzelnummern oder Abos erfolgt gegen Vorauskasse in bar oder in Briefmarken im doppelten Umschlag.
Im **ERSTEN** Umschlag, der mit **H.MADER** beschriftet ist, werden Banknoten oder Briefmarken, deine Adresse und Begehr verwahrt.
Dieser wird dann in ein **ZWEITES**, ausreichend frankiertes Kuvert mit Empfängerin **ÖH-GRUWI, POSTFACH 101, 1096 WIEN** gesteckt und abgeschickt. Nur diese Vorgangsweise gewährleistet, daß wir zu unserem Geld und du zu deiner **Lotta DURA** kommst.

HANDVERKAUF soll auch dazu beitragen, den Aktions- und Verbreitungsradius zu vergrößern, wobei für HandverkäuferInnen noch 5 öS pro verkauftem Exemplar herausspringen. Wer interessiert ist, sollte in der oben beschriebenen Form brieflich mit uns in Kontakt treten.

Ich bestelle

DIE LOTTA DURA BZW. VERLÄNGERE MEIN ABO ZUM PREIS VON:

❍ 100 ÖS/20 DM im Abo (4 Ausgaben) oder

❍ 100 ÖS/20 DM im Abo (4 Ausgaben) plus „Antifaschistische Quelle"

ICH BESTELLE FOLGENDE EINZELAUSGABEN:

❍ 1/1994 Südtirolterror, Anti-Kommers in Innsbruck, Asylpolitik in Österreich, Medienrandale
❍ 2/1995 Morde in Oberwart, Geschichtslügen der Nazis, Jüdischer Widerstand, Chronolgie des staatlichen Rassismus (danach in allen Heften) - Achtung! Dieses Heft ist vergriffen! Kopierexemplar um öS 30 erhältlich.
❍ 3/1995 Ebergassing: die F geht in die Offensive, AUFrechte Staatsschützer, Frauen und Rechtsextremismus
❍ 4/1995 Briefbomben, „Junge Freiheit", Burschenschaften, Antifa-Gruppen, Haider-WählerInnen
❍ 5/1996 Strategie der Spannung: Bomben, Gladio, HNA; Braunzone ÖVP, NS-Krankenpflegerinnen, Vergewaltigung, Braunes Vorarlberg
❍ 6/1996 Werwolf-Terror, Was die Rechten schreiben (danach in allen folgenden Heften), Haider und die Waffen-SS, Teutonischer Urwald (Burschenschafter), Linker Antisemitismus
❍ 7/1996 Political Correctness, Nationalrevolutionäre Ver(w)irrungen, Sichrovsky und Waldheim
❍ 8/1997 DKEG - FundamentalistInnen des NS, Anti-Kommers in Wien, Krone und Rechtsextremismus, Siemens abschalten!, Wie deutsch ist Winnetou?, Antisemitismus in der Frauenbewegung
❍ 9/1997 Offenhausen, Siemens Abschalten II, DKEG,
Der Ring freiheitlicher Studenten, Über Stefan Karner
❍ 10/1997 Einsamer Bajuware, 1848 - 1938 - 1998 - Burschenschaftliche Traditionen, Ulrichsberg, Mord an der Haider-Kopie, Le Pen und Mecia
❍ 11/1998 Kameradschaftsbünde, 1815-1848-1933 - Deutsche Revolutionen, Schwarzbraune Koalitionen
❍ 12/1998 Neue Rechte, Nation und die deutsche Linke, Geschichte: Novemberpogrom, Österreichische Gründungsmythen
❍ 13/1998 Antisemitismus, Innere Sicherheit, FPÖ: Über den Charakter einer Führerpartei

Name:
.....
Anschrift:
.....

.....

Warnung des Innenministers: Sicherheit kann Ihr Leben gefährden!

OHNE DEN BEGRIFF DER SICHERHEIT GEHT HEUTE GAR NICHTS MEHR. OB STAATLICHER ABSCHIEBEMORD ODER DIE ETABLIERUNG VON POLIZEIWILLKÜR, OB MILITÄR AN DEN SCHENGENGRENZEN ODER KAMERAS IM WOHNZIMMER - ALLES FINDET UNTER DEM LAUTSTARKEN BEIFALL DER ÖFFENTLICHKEIT STATT, WENN ES NUR ALS KAMPF GEGEN ORGANISIERTE KRIMINALITÄT UND TERRORISMUS VERKAUFT WIRD. EINE RASSISTISCH UND MILITARISTISCH FORMULIERTE DOKTRIN DER INNEREN SICHERHEIT IST ZUR LEITLINIE NATIONALER UND EUROPÄISCHER POLITIK GEWORDEN.

MENSCHENJAGD UND ABHÖRLIZENZ

Seit Anfang der 90er Jahre gehört das Bedrohungsszenario einer alles überschwemmenden und unkontrolliert steigenden, stets von außen eindringenden Kriminalität zum Standardrepertoire von Tageszeitungen und Fernsehreportagen. Alle paar Wochen beklagen Vertreter der Polizei ihre angebliche Hilflosigkeit gegenüber dem vielzitierten internationalen Verbrechen und verlangen noch mehr Rechte und noch mehr Möglichkeiten. Die Propagandafloskel von den Kriminellen im Porsche, vorzugsweise ausländischen Kennzeichens, denen die Helden in Uniform per pedes oder am Drahtesel hinterher hetzen, kennen inzwischen alle MedienkonsumentInnen. Ohne die Beschwörung der Sicherheit kommt kaum eine Wahlkampfrede oder Parlamentsdebatte mehr aus. Hinter diesem herbeigeredeten Ausnahmezustand steht eine europaweite und konsequente Politik der Abschottung nach außen und der Überwachung nach innen, die immer aggressiver und unverhohlener die Menschenrechte untergräbt. In rasantem Tempo wurden in letzter Zeit die Befugnisse von Polizei und Nachrichtendiensten auf Kosten rechtsstaatlicher Prinzipien erweitert.

Im Dezember 1995 einigten sich die Innen - und Justizminister der EU unter komplettem Ausschluß der Öffentlichkeit auf eine gemeinsame Vorgehensweise, um die gesamte Telekommunikation zu überwachen und der Polizei ohne den Umweg über das Gericht den Zugang zu den persönlichen Daten der Kunden zu ermöglichen. Zum selben Zeitpunkt begannen die nationalen Exekutivbehörden den Computer des SIS, das Schengener Informationssystem, mit Tausenden Namen zu füttern, von Flüchtlingen und MigrantInnen, von tatsächlichen oder potentiellen StraftäterInnen, aber auch von Leuten, die bei Delikten als Zeugen, als Auskunftspersonen oder Opfer aktenkundig geworden waren. Ein Jahr später beinhaltete das an allen Grenzen abrufbare SIS bereits 5-6 Millionen personenbezogene Datensätze, um ein Vielfaches mehr, als es damals EU-BürgerInnen gab, die schwerer Straftaten verdächtigt wurden.

Ebenfalls 1995 verabschiedeten die Mitgliedsstaaten die Europol-Konvention, die Etablierung einer europaweit agierenden, außerhalb jeder Gerichtsbarkeit und externen Kontrolle stehenden Polizei. Nacheinander stimmten die einzelnen nationalen Parlamente der absoluten Immunität und Straffreiheit der Europol-Beamten zu, während zeitgleich die Innenministerien die Telekomgesellschaften gesetzlich verpflichteten, die technischen Vorrichtungen für das Abhören der Gespräche restlos zur Verfügung zu halten. 1997 integrierte der Amsterdamer Vertrag sämtliche Bestimmungen des Schengener Abkommens[1] in den Rechtsbestand der EU und erweiterte die Aufgaben der Europol auf direkte, operative Aktionen. Die militärische Aufrüstung an den Grenzen und die repressive Abschiebe- und Internierungspraxis, aber auch die verdachts- und ereignisunabhängigen Polizeikontrollen abseits der Grenzübergänge sind nun EU-Recht.

Unter österreichischem Vorsitz entstand EURODAC, das System, in dem alle Fingerabdrücke von AsylwerberInnen zentral erfaßt und gespeichert werden. Das noch in Diskussion befindliche Enfopol-Papier holte 1998 nach, was drei Jahre zuvor vernachlässigt worden war, nämlich die Überwachung der verschlüsselten und ungeschützen Kommunikation über Internet. Ein EU-Aktionsplan „für einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts" formulierte die programmatische Grundlage für die künftige, noch engere Zusammenarbeit der Justiz- und Polizeiapparate.

Die einzelnen Mitgliedsstaaten gingen in ihren Einflußbereichen teilweise noch weiter, allen voran Deutschland und Österreich: Einschränkung der Beschuldigtenrechte, akustische und optische Überwachung von Privatwohnungen, Rasterfahndung, nachrichtendienstliche und staatspolizeiliche Ermittlungen ohne konkrete Straftat und ohne konkreten Tatverdacht, DNA-Analysen,

KFZ-Diebstähle und das Verschieben gestohlener Fahrzeuge im großen Stil ist ein typisches Betätigungsfeld der Organisierten Kriminalität. (Foto: dpa)

Anlage von Gen-Datenbanken und de-facto-Abschaffung des Asylrechts, nichts davon war nicht mit einemmal unerläßlich für die Terror- und Verbrechensbekämpfung.

Wo Terror und Kriminalität beginnen, bestimmt immer stärker die politische Bedürfnislage: So begreift Europol bereits als „terroristisch", was sich „gegen Sachen" richtet, das österreichische Sicherheitspolizeigesetz in seiner noch nicht beschlossenen Fassung setzt bei Handlungen gegen „Sittlichkeit" an. In wenigen Jahren haben die StrategInnen der inneren Sicherheit ganze Arbeit geleistet. Als Ermittlungsauftrag wird jetzt gesetzlich nicht mehr die Aufklärung von Straftaten, sondern die vorbeugende Aufdeckung möglicher krimineller oder terroristischer Strukturen definiert. Die Verfolgungshandlung orientiert sich nicht mehr an einem tatsächlichen Indiz, sondern an Merkmalen ethnischer, sozialer oder politischer Auffälligkeit. Die Trennlinie zwischen Polizei und Nachrichtendiensten verschwindet auch legistisch. Repression funktioniert auf einen vagen Verdacht hin, datenmäßige Erfassung braucht nicht einmal das. Wer noch rechtsstaatliche Mindestgarantien einfordert, macht sich der Sabotage an der Verbrechensbekämpfung schuldig. Das Europa des freien Waren- und Kapitalverkehrs schafft sich seinen starken Staat, dessen ungeschriebene Verfassung mittlerweile der Polizeibericht ist. Ganz kurze Zeit nur hat es gebraucht, bis den Ober- und Mittelschichten ihre eigenen bürgerlichen Rechte und Freiheiten - vieles, wofür sie lange gekämpft hatten -, im Weg waren, seit es darum geht, sich vor den VerliererInnen der kapitalistischen Ordnung zu schützen und möglichen Widerstand schon im Keim zu ersticken.

Die innere Sicherheit und ihre Feinde

Unter rassistischen und sozial ausgrenzenden Prämissen stempeln polizeiliche Praxis und mediale Resonanz ganze Gruppen zu Sicherheitsrisiken ab. Es ist zunächst die falsche Herkunft, die Menschen demütigenden Kontrollen, EDV-mäßiger Erfassung, den Soldaten an der Grenze, Rechtlosigkeit und Polizeibrutalität ausliefert. Doch die Stigmatisierung als bedrohliches Objekt, die gestern für sie gegolten hat, betrifft im nächsten Moment marginalisierte InhaberInnen österreichischer oder deutscher Pässe. Soziale Unproduktivität oder politische Unangepaßtheit reichen dann, um observiert, kriminalisiert und gesäubert zu werden. Aus den Kindern, die uns die „Kronenzeitung" als Opfer schwarzer, zumeist nigerianischer Drogenhändler ans Herz legt, werden sehr schnell verhaltensauffällige Jugendliche, die dealen, wenn sie ein bißchen Gras weitergeben. Die AutobesitzerInnen, die vor rumänischen Diebesbanden nicht mehr sicher sind, finden sich als potentielle ExtremistInnen im SIS wieder, sobald sie ein paar Mal an außerparlamentarischen linken Aktionen teilgenommen haben. Wer allzusehr von der kaufkräftigen EU-Norm des weißen, apolitischen, arbeitenden und steuerzahlenden Bürgers abweicht, wird nur noch als Bestandteil eines Bedrohungsbildes behandelt.

> „Bei dramatischer Darstellung des zu erwartenden Kriminalitätslagebildes wird die gesellschaftliche Akzeptanz für repressive gesetzliche und polizeitaktische Maßnahmen zunehmen, an denen die Instanzen der formellen Sozialkontrolle in Hinblick auf eine Ausweitung ihres auch rechtlichen Instrumentariums bei der Verbrechensbekämpfung ein berechtigtes Interesse haben."
>
> („Kriminalistik" 1/1990)

Was in Wirklichkeit einen massiven Angriff auf die Grundrechte darstellt, heißt die Öffentlichkeit als Schutzmaßnahme willkommen. Die medial aufbereiteten Szenarien von massenhaft umherschleichenden Verbrechern, die ihr „Überfall- Geld her!" nicht einmal in einer verständlichen Sprache herausbringen, sind in den Augen der Mehrheit längst Tatsachen. Obwohl die Kriminalitätsstatistiken in den letzten Jahren rückläufig sind - und zwar EU-weit -, zieht die bürgerliche Zivilgesellschaft mit in den Krieg gegen die eigenen Freiräume, um den Herrn Mafiosi aus Georgien dingfest zu machen. Die aus den Wunschzetteln der staatlichen Schnüffler abgeleiteten Feindbilder werden verinnerlicht und als echte, persönliche und unmittelbare Gefahr empfunden. Die Überwachung wird nicht nur in Kauf genommen, sie wird als Bewachung erleichtert begrüßt. Sicherheit ist immer etwas, das sich ausschließlich an die Mitglieder einer nationalen, militärisch und polizeilich abschirmbaren Leistungsgemeinschaft wendet.

Was für ein rassistisches Konzept dieser verzerrten Gefahrenanalyse zugrundeliegt, verdeutlicht die bewußte organisatorische und inhaltliche Vermischung von Verbrechensbekämpfung und Asylpolitik: „Einwanderungs-und Asylprobleme, der Drogenhandel, sowie andere Verbrechen internationalen Zuschnitts beunruhigen zunehmend die Bürger Europas," konstatiert die EU-Kommission. Auf lokaler Ebene heißt das z.B., daß die Grazer ÖVP, wenn sie von der „schwarzen Mafia" spricht, nicht sich selbst meint, sondern die hier lebenden SchwarzafrikanerInnen, die natürlich alle im Drogengeschäft unterwegs sind.

Die Wahrnehmung von Flüchtlingen als Kriminelle und von FluchthelferInnen als bösartige Schlepper ist es, die das Schengener Grenzregime erst ermöglicht. Soldaten und Infrarot können eine territoriale Linie gut und fast dicht bewachen, aber lückenlos macht sie erst die flächendeckende Denunziationsbereitschaft der umliegenden Bevölkerung. Die Grenze verläuft längst nicht mehr irgendwo im Wald, sondern überall, wo brave Einheimische zum Telefon greifen, angebliche Illegale melden und sich erst wieder geschützt fühlen, wenn ein vierzehnjähriges Mädchen aus dem Iran in Schubhaft sitzt.

Sicherheit als repressiver und permanenter Abwehrkampf gegen alle, deren Andersein sich nicht produktiv ins System integrieren läßt, ist heute die höchste volksgemeinschaftliche Pflicht, für die ruhig mal ein paar Menschen sterben können.

Und wieder schleichen die Mafiosi

Den zentralen Platz in der medialen und amtlichen Propaganda nimmt seit den 90er Jahren der Begriff der *Organisierten Kriminalität* (OK) ein. Ohne daß eine genaue Vorstellung darüber existiert, welche Art von Verbrechen er eigentlich definiert, fehlt er in keiner EU-Entschließung und in keinem Sicherheitsbericht. Eins ist jedenfalls klar: gegen wen das ideologische Konstrukt OK sich richtet und welche Funktion es erfüllt.

Organisierte Kriminalität suggeriert der Öffentlichkeit mafiose Umtriebe mordender, immer von woanders stammender Gestalten, die sich des Nachts über unsere Grenzen schleichen. Weder Innenminister noch Polizeibehörden vermochten bisher konkrete Zahlen oder empirische Untersuchungen für ihre ungeheuer hohen Schadenschät-

zungen und Prozentsätze anzuführen, doch EU-weit gilt die OK als Staatsfeind Nummer 1, der den informellen Notstand rechtfertigt. Das Stichwort reicht inzwischen, um jede Erweitertung von Polizeibefugnissen und jede Aufhebung von Grundrechten zu begründen.

Dazu ist offenbar jeder Schwachsinn gut genug: So erklärte ein Detektiv in einer Fernsehdiskussion im ORF, er habe mit einem „Spitzenmafioso, der zufällig deutsch konnte" gesprochen und der habe ihm zugeflüstert, daß die Mafia „nichts so sehr fürchte wie Steuerfahndung und Lauschangriff." Die amtlichen Stellungnahmen klingen um nichts besser. Der ehemalige deutsche Innenminister Kanther bezeichnete die OK als „zersetzendes Gift im gesellschaftlichen Körper." Das österreichische Innenministerium schilderte anschaulich: 1994 habe die Staatspolizei ein „Treffen hochrangiger russischer Mafiosi in Tirol" beobachtet, an dem „200 Personen teilnahmen," außerdem tauchten gegenwärtig „Ex-KGB-Agenten scharenweise" in Österreich und Deutschland auf.

> „Mehr Licht ins Dunkel des organisierten Verbrechens brachte Professor Albrecht, Direktor am Freiburger Max-Planck-Institut - in dem er die Dunkelheit als OK-typisch beschrieb."
>
> (SALZBURGER NACHRICHTEN, NOV. 1997)

Wie weit Ideologie und Realität auseinanderklaffen, bewies z.B. Innenminister Schlögl im November 98: Während sein Sicherheitsbericht eine rückläufige Kriminalitätsstatistik zeigte, besonders im Bereich der schweren Verbrechen, präsentierte zeitgleich sein Staatsschutzbericht die Organisierte Kriminalität als „größte Gefahr und Hauptbedrohung" für Österreich. Ins Blaue hinein behauptete Schlögl, die OK würde bereits 30% an der Gesamtkriminalität ausmachen, ohne daß er dazusagte, was mit OK eigentlich gemeint war. Doch er nannte im selben Atemzug „Ausländerextremismus" und „Ausländerkriminalität".

Folgerichtig, denn: Organisierte Kriminalität löst eine Reihe rassistisch konstruierter Assoziationen aus; ja sie ist das Produkt der Wahrnehmung des Herrn Müller und der Frau Huber, die entlang ethnischer Kategorisierungen und Hierarchisierungen verläuft. Es sind immer „Rumänenbanden", „Russenmafias" oder „nigerianische Drogenringe", die das heimische Volk bedrohen. Sie kommen aus „Ostasien, Südamerika, den GUS-Staaten oder Nigeria", und sie „grassieren wie eine Seuche"[2]. Während die EU-Staaten ihre Abschottungs- und Abschiebepolitik verschärften und brutalisierten, wurde aus dem öffentlichen Feindbild des „Wirtschaftsflüchtlings" der „Kriminaltourist" und schließlich der „organisierte Kriminelle". „Ausländische kriminelle Organisationen, die über ein festgefügtes Täterresevoir aufgrund ethnischer Zugehörigkeit verfügen, drängen nach Deutschland," verkündet das bayrische Innenministerium. Wenn es nicht mehr MigrantInnen, AsylwerberInnen oder Kriegsflüchtlinge sind, die bei den Abschiebungen ums Leben kommen, dann macht es auch nichts aus, daß ihre Leichen den Behörden in aller Öffentlichkeit auf den Kopf fallen.

KAMPFBEGRIFF ORGANISIERTE KRIMINALITÄT

Die Absichten hinter der OK-Propaganda zeigen sich an den Deliktgruppen, die unter diesem Begriff subsumiert werden, meistens „Menschenhandel, Drogengeschäfte, KFZ-Schmuggel, Wirtschaftsdelikte und Schlepperei". Das österreichische Strafgesetz zählt noch Handel mit radioaktiven Stoffen, Waffenschiebrei und Geldwäsche dazu, ähnlich definiert die Europol: „Drogen, Nuklearkriminalität, Schlepperkriminalität, Menschenhandel, KFZ-Verschiebungen." Völlig vage bleiben die Justiz- und Innenminisiter der EU: Für sie ist die OK „...ein organisierter Zusammenschluß von mehr als zwei Personen, die gemeinsam Straftaten begehen, auf die eine Freiheitstrafe von mindestens vier Monaten steht." Das deutsche BKA zählte als Merkmale eines OK-Verbrechens „hierarchische Strukturen, Hackordnung und Abschottung" auf, die österreichische Rechtslage charakterisiert 1996: „...von Gewinnstreben bestimmte, planmäßige Begehung von Straftaten durch mehrere Beteiligte, die [...] unter Verwendung gewerblicher oder geschäftlicher Strukturen" mit dem Ziel „einer Bereicherung im großen Umfang oder der erheblichen Einflußnahme auf Politik und Wirtschaft ... zusammenwirken".

Diese völlig verschwommenen Definitionen, die nichts ausschließen und nichts konkretisieren, erinnern nicht zufällig an die Eigenschaften ganz normaler kapitalistischer Unternehmen. Der Begriff des Organisierten Verbrechens erfüllt gleich zwei wichtige Funktionen:

Zum einen verschleiert er die tatsächliche Wurzel der Kriminalität, die eben nicht irgendwo weit weg liegt, sondern in der Mitte des herrschenden Systems, mehr noch, die genau dieses System *ist*. Subventionsbetrug, Steuerhinterziehung, Waffenhandel, Einschüchterung und Ausbeutung – neuerdings „typische" OK-Fälle - sind Bestandteil des herkömmlichen Geschäftslebens, das mal im Rahmen der Legalität bleibt und mal deren Paragraphen überschreitet, immer aber den marktwirtschaftlichen Spielregeln gehorcht. Wenn nun bürgerliche Moral und Öffentlichkeit auf einmal einen Teil ihres eigenen Sytems als kriminell werten, dann müssen die fremden, unsichtbaren Banden, die von irgendwoher kommen, herhalten, um den eigentlich auf der Hand liegenden Zusammenhang wieder zuzudecken.

> „Auf allen Ebenen müssen wir dem Übel [der OK] begegnen, durch Wegfahrsperren im Auto und fälschungssichere Kreditkarten, durch Grenzsicherung und Ausländerausweisung."
>
> (MANFRED **KANTHER**, EHEMALIGER. DEUTSCHER INNENMINISTER, 1997)

Zum anderen ermöglichen die stotternden Versuche, ein ideologisches Produkt juristisch zu definieren, die Instrumentalisierung der Mafia-Assoziation zu politischen Zwecken. In der jetzigen Situation heißt das vor allem die Kriminalisierung von Menschen, die in der Festung Europa Zuflucht suchen und unter den dort sie illegalisierenden Bedingungen überleben müssen. Kleinkriminelle Delikte wie Diebstahl oder illegaler Verkauf am Straßenrand, ja selbst die Prostitution, in die Mädchen und Frauen getrieben werden, firmieren sofort als Organisierte Kriminalität, wenn dadurch eine präsentable Anzahl ausländischer Tatverdächtiger in den Statistiken aufscheint. Fluchthilfe und Migration werden nur mehr als Verbrechen der „Schlepperei" zur Kenntnis genommen. So forderte etwa der Staatssekretär im deutschen Innenministerium: „Im Vordergrund steht eine bedingungslose Rückführung der Schlepperorganisationen und der Geschleppten in ihre Herkunftsländer." In letzter Zeit geraten die – unbequemen - politischen Aktivitäten von EmigrantInnen immer wieder ins Visier der OK-SpezialistInnen: Deutsche Ministerialbeamten setzen die PKK mit der Mafia gleich, Österreichs Schlögl qualifizierte im Staatsschutzbericht das Spendensammeln kurdischer

Gruppen als „Erpressung" und ordnete es in den berüchtigten „internationalen" Kontext ein. Die Übergänge sind fließend: Unter den „kriminellen Organisationen", die die deutsche Bundesregierung zur Illustration der Gefährlichkeit der OK anführt, befinden sich inzwischen mehrere linksradikale und linke Gruppen, die von der staatlichen Repression in die Illegalität gedrängt wurden.

Alles für unsere Sicherheit!

Die Ereignisse im Österreich der Jahre 1998 und 1999 verdeutlichen mehr als viele Erklärungen die Wirkungsweise der Krminalitätspropaganda – und ihren beänstigenden Erfolg.

Als SPÖ und ÖVP das verschärfte Sicherheitspolizeigesetz durchsetzen wollten, hatten sie das Pech, das gerade in diesen Tagen, im November 98, eine Affaire im Innenministerium aufflog, bei der Beamte vertrauliche Daten von BürgerInnen an private Detekteien verkauft hatten. Die ersten kritischen JournalistInnen meldeten sich bereits mit Bedenken gegen die erweiterten Befugnisse zu Wort, und, flugs, ging Schlögl mit dem Staatsschutzbericht an die Presse. Sämtliche Medien überboten sich augenblicklich in Schlagzeilen wie „OK Staatsfeid Nr. 1" oder „Schlepperei nimmt überhand", zitierten Staatspolizisten, die jammerten, daß sie aufgrund der Gesetzeslage gar nichts tun dürften, und gestanden Sikas Schnüffelgarde jede Überwachung zu, die sie wollte.

Noch drastischer funktionierte die amtliche Propaganda beim staatlichen Mord an Marcus Omofuma. Nach der politisch inspirierten Polizeiaktion gegen angebliche Drogendealer und dem medialen Trommelfeuer über die „nigerianische Drogenmafia" war es nicht etwa so, daß die Öffentlichkeit vergaß, was am 1. Mai im Flugzeug passiert war. Nein, sie stand vielmehr 100% dahinter. Aus dem 25jährigen Flüchtling war längst ein Krimineller geworden, aus den Mördern wurden brave Exekutivbeamte, die für die Sicherheit ihrer BürgerInnen mindestens eine Bißwunde riskiert hatten. Keine alternative oder kommunistische Partei protestierte noch, als Sika feststellte, Kritik an dieser Polizei und Empörung über diesen Tod sei eine Praxis der Drogenmafia.

Mörderischer Staatsrassismus ist zur österreichischen Variante des EU-weiten Aktionsplans gegen ein nebuloses internationales Verbrechen geworden. Asylverweigerung wird zur sicherheitspolitischen Notwendigkeit im Kampf gegen die Organisierte Kriminalität. Teil des OK-Falls Schlepperei - das ist alles, was von der Biographie geflüchteter Romakinder oder afrikanischer Bürgerkriegsopfer im Gedächtnis der Öffentlichkeit noch bleibt. Die paar Skrupel, die beim Anblick erschöpfter Menschen im Polizeigewahrsam vielleicht noch aufkommen, werden in eine heuchlerische Empörung über „Schlepper" gelenkt und legitimieren dort wieder den Ankauf einer weiteren Infrarot-Kamera an der Grenze.

Die Verunsicherung der Bevölkerung, die Angst vor erhöhter Mobilität und der grassierende Rassismus, aber auch das gelegentliche Unbehagen gegenüber den Konsequenzen für die eigene Freiheit und das Leben anderer – all das fängt das Konstrukt der Organisierten Kriminalität auf und kanalisiert es in spektakuläre Begrifflichkeiten, mit denen die herrschende Politik die selektive Suspendierung der Menschenrechte rechtfertigt. Wer Sicherheit will, steht heute voll und ganz zum Abhörgerät in der Wohnung, zur Videokamera in den Straßen, und zu den Gewehren, die auf Flüchtlinge gerichtet werden, zu seiner eigenen Überwachung und zum Mord an anderen.

Quellen: Pressetexte 1997 –1999; „Wer schützt uns vor dieser Sicherheit?", Grüne&Alternative StudentInnen, Wien 1997; Politische Studien, Hanns-Seidel-Stiftung eV, München 1996 und 1997., div. Tageszeitungen

[1] Inhalte des 1985 beschlossenen und 1995 umgesetzten Abkommens von Schengen: SIS, Abbau der Binnengrenzen, Aufrüstung der Außengrenzen, Angleichung der Asyl-und Visumspolitik, grenzüberschreitende Observationen, Datenaustausch zu präventiven Zwecken, Schubabkommen, Asylantrag nur in einem Land...

[2] So der bayrische Innenminister Günther Beckstein.

Frankfurter Bankenskyline: Organisierte Kriminalität (OK) oder organisierter Kapitalismus (OK)?

Mörder, Begünstiger & Verteidiger

Gleich und gleich gesellt sich gern

KARL SCHLÖGL IST NACH DIESEM JAHR ZU EINEM DER BELIEBTESTEN POLITIKER AVANCIERT UND EINE NEUE STUDIE BELEGT WAS WIR SCHON LANGE WISSEN: DASS DIE ÖSTERREICHISCHE BEVÖLKERUNG RASSISTISCH IST UND DASS DIESER RASSISMUS HEUER NOCH ZUGENOMMEN HAT. WIR DOKUMENTIEREN IM FOLGENDEN AUSSAGEN UND ZEITUNGSTEXTE ZUM TOD VON MARCUS OMOFUMA UND ZUR RASSISTISCH MOTIVIERTEN POLIZEIRAZZIA GEGEN AUSCHLIESSLICH AFRIKANISCHE MÄNNER, DIE DES DROGENHANDELS VERDÄCHTIGT WERDEN. DIESE RAZZIA SOLLTE DER RASSISTISCHEN ABSCHIEBEPRAXIS LEGITIMATION VERLEIHEN.

"Original-Polizeibericht: So randalierte der Nigerianer. Es brauchte sieben Beamte, um den Mann zu bändigen. Auch mit Hand- und Fußfesseln trat er wie wild um sich. Der 'Krone' liegt der Original-Polizeibericht über den Tod des Nigerianers vor. Ein Dokument, das nüchtern beschreibt, was im Flughafen und während der Abschiebung alles geschehen ist. Wie gefährlich der 25jährige vor Dutzenden Zeugen um sich schlug, wie sehr er brüllte. Und warum es keine andere Wahl gab, als ihn zu fesseln und seinen Mund zu verkleben."
(NKZ, 5. 5. 1999)

"Der Aussage des Flughafensprecher Hans Mayer, am Airport Schwechat habe Marcus O. nicht randaliert, widersprach am Donnerstag die Bundespolizeidirektion Wien."
(Wiener Zeitung, 7./8. 5. 1999)

"Jetzt hat Marcus Omofuma plötzlich 'Beißattacken' gesetzt. Zumindest behaupten dies die drei Beamten der Fremdenpolizei nach ihrer Ankunft in Wien. Im ersten Bericht war davon keine Rede."
(Die Presse, 7. 5. 1999)

"Wie Generaldirektor Sika mitteilte, stellte der Amtsarzt bei jenen drei Polizisten, die den 25jährigen begleitet haben, 'deutlich sichtbare und tiefe Bißwunden fest, die von dem Nigerianer stammen'. Das Zukleben des Mundes sei daher gerechtfertigt gewesen. (...) Für den Generaldirektor sind die Bisse 'eine neue Dimension'. Das sieht natürlich auch der Wiener Rechtsanwalt Farid Rifaat so, der die Verteidigung der drei Polizisten übernommen hat: 'Die Verletzungen sind ein Beweis dafür, daß sämtliche Maßnahmen, die getroffen wurden, notwendig waren und einzig dem Schutz und der Sicherheit der Beamten dienten. Zumal die Polizisten nicht wissen konnten, ob der Nigerianer HIV-infiziert war.'"
(NKZ, 7. 5. 1999)

"Schließlich kann der Mund ein 'Tötungswerkzeug' sein! Gerade im Zeitalter von Aids, das bekanntlich auch durchs Beißen übertragen werden kann." (Michael Sika, täglich Alles, 16. 5. 1999)

"Darin (im Aktenvermerk, Anm.) geben sie (vier Flughafenpolizisten, Anm.) an, daß Marcus Omofuma zunächst keinerlei Aggressionshandlungen zeigte, auch nicht, als ihm zum Ausziehen des Sakkos kurzfristig die Handfesseln abgenommen wurden. Erst später habe er im VW-Bus zu schreien begonnen und mit dem Kopf gegen die Scheibe geschlagen. Daraufhin, so die Flughafenpolizisten einhellig, habe ihm die Fremdenpolizei noch im Bus Leukoplast um den Mund gebunden. Omofuma habe weder vorher noch nachher je gebissen." (News 19/99)

"Und da habe ich gesehen, wie sie ihm das Klebeband auf den Mund gegeben haben. Und dann noch einige Streifen von oben nach unten und um den Körper herum. Ich habe gesehen, wie sie zehnmal, zwanzigmal dieses durchsichtige Klebeband um seinen Kopf gewickelt haben. Das war Wahnsinn. Und dann noch gut zehn Meter dieses Klebebandes um seinen Oberkörper - rauf und runter. Es war für mich furchtbar anzusehen. Weil dieser Mann hat die ganze Zeit nicht ein Wort gesagt. Er hat nicht geschrieen oder gewütet. (...) Ich habe sofort gedacht, daß dieser Mann keine Luft bekommt. Er hat immer die gleichen Laute von sich gegeben. Er hat einfach protestiert. Das war wie ein Pferd, das schnaubt, weil er diese Laute nur krampfhaft durch seine Nase stoßen konnte. (...) Drei Bulgaren sind aufgestanden und haben gesagt, daß die Polizisten doch mit diesem Wahnsinn aufhören sollten. Das sei unmenschlich. Das sei nicht korrekt. Das könne man mit einem Menschen nicht machen. (...) Ein Polizist hat geschrieen, ganz laut: 'Halte deinen Mund', und dann gab's drei Schläge: klatsch, klatsch, klatsch. Das war's dann. Dann war der Mann ruhig. Er hat gewirkt, als würde er schlafen."
(Zeuge Carlo van Nierop, News 19/99)

"Ich bin dagegen, allein wegen der möglichen Signalwirkung eine Suspendierung (der drei Folterbullen, Anm.) auszusprechen. Ein Signal ist in diesem bis zum Erbrechen ausgeschlachteten Fall nicht mehr notwendig." (Michael Sika, Salzburger Nachrichten, 12. 5. 1999)

"Die österreichischen Beamten haben dem Nigerianer nämlich nicht nur den Mund, sondern das halbe Gesicht samt einem Großteil der Nase verklebt (...). Keine Rede davon, daß 'selbstverständlich penibelst darauf Bedacht genommen wurde, daß die Nasenlöcher während der gesamten Flugdauer eindeutig frei waren, sodaß ein problemloses Atmen möglich war.' Diese Beteuerungen hatten die Beamten in ihrer ersten Einvernahme in Sofia zu Protokoll gegeben. (...) Er war offensichtlich so fest an den Passagiersessel gefesselt, daß er sich überhaupt nicht rühren konnte. (...) Die Beine muß Omofuma im Todeskampf so fest an den unteren Teil des Sitzes gepreßt haben, daß er mehrere Verletzungen davontrug. (...) Hinweise darauf, daß Omofuma wie vom Innenministerium behauptet an einer Atemwegserkrankung gelitten hat, finden die (bulgarischen, Anm.) Mediziner bei der Obduktion nicht."
(Format 20/99)

"Denn mittlerweile kristallisiert sich immer mehr heraus, daß die ergänzende zweite Obduktion durch die - unbestritten weit besser qualifizierten - österreichischen Experten entscheidende Bedeutung in dem Gerichtsverfahren gegen die drei Beamten der Wiener Fremdenpolizei haben wird. (...) Für den Ausgang des Prozesses wird es daher nicht nur von zentraler Bedeutung sein, ob der 25jährige Marcus O. nun an einem Herzstillstand gestorben ist oder tatsächlich vor den Augen der drei Beamten erstickt ist. Sondern auch, ob das Verkleben des Mundes in unmittelbarem Zusammenhang mit der Todesursache steht."
(NKZ, 18. 5. 1999)

"Sie haben gemäß den Dienstanweisungen korrekt gehandelt. Der Tod des Herrn Omofuma ist ein tragischer Unglücksfall. (...) Einer von ihnen hat eine deutliche, blutende Wunde aufgrund eines Bisses. Bei den anderen sind die Verletzungen nicht klar auf Bisse zurückzuführen. Aber da hatten sie Glück. Ich habe von Fällen mit Schwarzafrikanern gehört, die so fest zugebissen haben, daß Beamten regelrecht das Fleisch weggehangen ist."
(Rechtsanwalt Farid Rifaat, Format 20/99)

"Ein Polizist setzte sich neben den Nigeri-

aner, zwei dahinter. Sie legten Riemen um seinen Oberkörper und drückten mit ihren Füßen an die Rückenlehne seines Stuhles, um noch fester anziehen zu können. Es können die Nerven gewesen sein, aber die Männer lachten dabei". (Niederländische Zeugin, Der Standard, 20. 5. 1999)

"Der Inhalt: ein ausgefeilter und juristisch perfekter Bericht über die Vorkommnisse bei der 'Abschiebung mit Todesfolge'. Die Beamten führen darin von der Abholung des Schubhäftlings bis zu dessen Tod in Sofia chronologisch an, daß die Behandlung des Nigerianers zu jedem Zeitpunkt der Amtshandlung gesetzlich gedeckt gewesen sei. (...) Während die Beamten in ihrem ersten Bericht vom 2. Mai 1999 weder von Beißattacken noch von schwerer Körperverletzung durch den jungen Nigerianer gesprochen hatten, werden dem qualvoll erstickten Marcus Omofuma jetzt auf einmal mehrere Delikte vorgeworfen. So liest sich gleich der Beginn des Berichtes wie eine posthume Anzeige gegen das Opfer, das zum Täter gemacht wird. Dem 26jährigen wird folgendes zur Last gelegt: Widerstand gegen die Staatsgewalt gem § 269/1 StGB, schwere Köperverletzung gem § 82(2) 4 StGB, gefährlicher Angriff gem. § 33 SPG, Fluchtversuch. Mehr noch: Nach seinem Tod wird Omofuma von den drei Kriminalbeamten auch noch als Geisteskranker und möglicherweise HIV-Positiver abgestempelt." (News, 20/99)

"Viele Medien vernachlässigen gänzlich, daß ein gewisser Marcus O. sich einerseits, was seine Aufenthaltsberechtigung betrifft, nicht an die österreichischen Gesetze gehalten hat und andererseits, was seinen Umgang mit Mitmenschen betrifft, in besonderer Aggressivität, ohne dazu einen Anlaß gehabt zu haben, vorgegangen ist. Die Medien sollten nicht übersehen, daß die Ursache des tragischen Verlaufes im Verhalten des Herrn Marcus O. gelegen ist." (Rechtfertigung der drei Mörder, News 25/99)

SCHREIBTISCHTÄTER

"Die Obduktion wird klären, ob die polizeiliche Behandlung des Häftlings mit dessen Tod zusammenhängt." (Karl Schlögl, NKZ, 3. 5. 1999)

"Der Vorfall ist sehr bedauerlich, vor dem Ergebnis der Obduktion sollte man aber keine voreiligen Schlüsse ziehen. Im Fremdengesetz ist das Fesseln von Armen und Beinen erlaubt, jedoch nicht das Verkleben des Mundes. Dies erfolgte aber auf Anweisung des Flugpersonals." (Michael Sika, Die Presse, 3. 5. 1999)

"Es hat seitens des Balkan-Air-Personals keine Anweisungen zur Knebelung gegeben." (Aussage des Balkan-Air Managers Ivan Kostov, Kurier 12. 5. 1999)

"Da Widerstand zu erwarten war, wurde der Mann von drei Kriminalbeamten begleitet. Als er randalierte, mußten sie ihn an Füßen und Händen fesseln sowie den Mund zukleben." (Michael Sika, NKZ, 3. 5. 1999)

"Ich schwöre, daß ich es nicht gewußt habe. Wenn Sie mir nicht glauben, tut es mir leid." (Karl Schlögl, Neues Volksblatt, 5. 5. 1999)

"Es gab keine Weisung zur Verwendung eines Klebebandes. Die Spitzenbeamten haben nichts gewußt." (Michael Sika, Kurier, 5. 5. 1999)

"Sika und Stiedl (Wiener Polizeipräsident, Anm.) haben mir glaubhaft versichert, daß sie von Klebebändern nichts wußten." (Karl Schlögl, News 19/99)

"Bereits 1995 habe ich einen Bericht der Antifolterkommission erhalten. Darin war dezidiert die Rede von Klebebändern. Ich habe den Bericht gelesen, und Sika und Matzka (zuständiger Sektionschef im Innenministerium, Anm.) müssen ihn auch gelesen haben." (Ex-Innenminister Einem, News 19/99)

"Es ist ein ganz normaler Vorgang, daß renitent schreienden Asylanten der Mund mit Leukoplast verklebt wird. Die Gründe dafür: Immer wieder wurden meine Beamten gebissen. Außerdem nimmt kein

DIESES KREUZWORTRÄTSEL FAND SICH IN DER KRONEZEITUNG AM 7. AUGUST 1999.

RÄTSELKRONE

Rätselauflösung

Kreuzworträtsel und Denksportaufgaben

Kronen Zeitung

Die Zeitung, die eins mit dem Volk ist.

Die Auflösung finden Sie im Anzeigenteil der „Kronen Zeitung"

Viele weitere Kreuzworträtsel und Denksportaufgaben in unserer monatlich erscheinenden RÄTSELKRONE

Pilot schreiende Asylanten mit. Würden wir nicht verkleben, müßten wir wieder aussteigen und keiner, der Widerstand leistet, könnte abgeschoben werden." (Fremdenpolizeichef Stefan Skortecky, News, 18/99)

"Der Beißschutz wird ganz selten angelegt. Das bestreiten wir auch nicht." (Wiener Polizeipräsident Peter Stiedl, Format 19/99)

"Das Mund-Verkleben ist nicht gängige Praxis gewesen." (Michael Sika, ORF-Zur Sache, 9. 5. 1999)

"Es kann ja nicht so sein, daß einer, der sich wehrt, nicht abgeschoben wird." (Michael Sika, Der Standard, 3. 5. 1999)

"Wer erlebt hat, mit welcher Kraft die sich wehren, ist mit seiner Kritik milder als jene, die nicht wissen, worum es geht." (Michael Sika, Kleine Zeitung, 4. 5. 1999)

"Ich bin mir weder direkt noch indirekt einer Schuld bewußt." (Karl Schlögl, Die Presse, 4. 5. 1999)

"Ich stehe voll und ganz zu Karl Schlögl." (Viktor Klima, Wiener Zeitung, 4. 5. 1999)

"In das Rücktrittsgeheul stimmen wir sicher nicht ein. Ein Einzelfall darf nicht dazu führen, daß es keine Abschiebungen mehr gibt." (FPÖ-Generalsekretär Peter Westenthaler, NKZ, 4. 5. 1999)

"Manches, was die FPÖ zur Lösung der Problematik der Schubhäftlinge gesagt hat, ist richtig. Beispielsweise, daß man nicht nur über Linienflüge abschiebt, sondern gemeinsam im EU-Verbund in Chartermaschinen." (Karl Schlögl, Format 19/99)

"Für den Chef der FP-Gewerkschaft, Josef Kleindienst, sind die Vorgänge ebenfalls 'nicht erfreulich'. Das Problem sieht er allerdings weniger in den Methoden der Beamten beim Vollzug der Asylpolitik, sondern in der Behandlung des Vorganges durch die Öffentlichkeit. Jetzt gebe es wegen des toten Afrikaners Aufregung, dieselbe Erregung hätte Kleindienst sich bei jedem Jugendlichen gewünscht, der in Folge des von Afrikanern beherrschten Drogenhandels das Leben verlor." (Kleine Zeitung, 4. 5. 1999)

"Landau (Direktor der Caritas, Anm.) (...) ist aber beileibe nicht der einzige im Chor jener, die jetzt zur linksfortschrittlichen Treibjagd gegen jenen Innenminister Schlögl aufmarschiert sind, der keineswegs etwa jedwede Zuwanderung unterbinden möchte, aber doch mit den meisten Österreichern einer Meinung ist. Nämlich, daß unser Land nicht jeden aufnehmen kann, der da gerade aus irgendeinem chaotischen Winkel der Welt daherkommt! (...) Jetzt muß man sich aber in die Lage der eskortierenden Polizisten versetzen. Der 'körperlich aktive Schübling' randaliert und tobt also. Er schreit, schlägt um sich, belästigt Mitreisende und Besatzungspersonal. (...) Was sollen die zur Bändigung eines rabiaten Schubhäftling abkommandierten Kriminalbeamten also tun? Vielleicht aussteigen und zu Fuß nach Nigeria marschieren? Hier wüßten die jetzt gleichermaßen erheblich tobenden Schlögl-Jäger natürlich sofort Rat und Abhilfe. Wir dürften eben im Sinn wahrer Fortschrittlichkeit überhaupt niemanden mehr abschieben, sondern jeden in Österreich willkommen heißen. Spätestens nach Aushändigung der österreichischen Staatsbürgerschaft wird ja wohl auch der rabiateste kriminelle Asylant sofort lammfromm werden und frohen Herzens die österreichische Bundeshymne anstimmen; womöglich mit einem neuen Text, darin die großen Söhne nicht mehr vorkommen. Der Innenminister Schlögl aber hat zurückzutreten! Zur Nachfolge empfiehlt sich etwa die Frau Terezija (Stoisits, Anm.) oder sonstige VorkämpferInnen aus dem grünen, liberalen oder dunkelroten Lager, denen die Asylanten gar niemals zahlreich genug sein können." (Staberl, NKZ, 5. 5. 1999)

"Aus Öst'reich wird, was kaum zu loben, / nun faktisch keiner abgeschoben, / denn es gewann die linke Macht / grad gegen Schlögl eine Schlacht. / Verbrecher, Dealer, frisch ans Werk! / Nun seid ihr gänzlich überm Berg. / Dreht der Bevölk'rung eine Nase! / Euch schützt und deckt die linke Blase." (Wolf Martin, NKZ, 5. 5. 1999)

"Daß der Innenminister zurücktreten soll, ist eine groteske Forderung. Man will politisches Kapital aus dem Fall schlagen. Schlögl ist ein ausgezeichneter Innenminister. Er ist es jetzt uns allen und sich schuldig, daß er bleibt. Josef Kleindienst, Polizeigewerkschafter, hat zu der ganzen Affäre eine gute Randbemerkung gemacht, nachdem es sogar zu Demonstrationen gekommen ist: 'Wir würden uns bei jedem Drogentoten eine Demo gegen Dealer wünschen!' Unser Bedauern, daß ein junger Mann durch sein Verhalten ein polizeiliches Vorgehen ausgelöst hat, das ihn dann das Leben kostete, ist tief und ehrlich, aber die Folge kann doch nicht dieser unfaßbare Versuch einer politischen Lynchjustiz gegen die für die Sicherheit in unserem demokratischen Staat Verantwortlichen sein." (Hans Dichand alias Cato, NKZ, 5. 5. 1999)

"Dieses Klebeband ist seit Jahren verwendet worden. Und zwar nicht, um damit zu foltern, sondern um zu verhindern, daß Beamte gebissen werden. (...) Die (Mörder von Marcus Omofuma, Anm.) haben nichts anderes getan, als das, was üblich war, was alle gewußt haben." (FPÖ-Bullengewerkschafter Josef Kleindienst, Die Presse, 5. 5. 1999)

"Wir sind zutiefst erschüttert. Der Nigerianer tut uns unendlich leid. (...) Wir hatten im Vorjahr neun Nigerianer zur Abschiebung, und alle neun haben sich massiv gewehrt. Probleme machen nur die Schwarzafrikaner. Schubhäftlinge anderer Nationen lassen sich problemlos transportieren." (Fremdenpolizeichef Stefan Skortecky, News, 18/99)

"Wir können nicht so einfach von Tod durch Ersticken sprechen. Es müssen alle Faktoren berücksichtigt werden, sogar der Luftdruck im Flugzeug. Der Sauerstoffmangel durch die Knebelung muß nicht die ausschlaggebende Todesursache gewesen sein." (Gerichtsmediziner Bauer, NKZ, 6. 5. 1999)

"Stattliche 88 Prozent der Befragten haben sich aber jetzt ganz entschieden gegen einen Rücktritt des Innenministers Schlögl ausgesprochen und damit ein klares Votum gegen die kleine, aber dafür umso lautstärkere Clique der selbsternannten grünen, liberalen oder rabiatroten Gutmenschen gesetzt, denen seit langem schon nie genug Asylanten und Zuwanderer hereinkommen können. Gar machtvoll erschallt jetzt der Ruf nach jenen Menschenrechten, die dem nigerianischen Schubhäftling Marcus O. auf so rassistische und reaktionäre, wenn nicht gar faschistische und alt- oder neonazistische Weise vorenthalten worden seien. (...) Es sei hier eine ganz schlichte Frage gestellt: Haben die Beamten, die einen derart rabiaten Gewalttäter eskortieren müssen, eigentlich keine Menschenrechte? Dürfen Menschenrechte gewissermaßen nur in der Einbahn fahren? darf zum Beispiel ein afrikanischer Drogenhändler auf die Menschenrechte pochen, während sie den zum Rauschgiftkonsum verführten einheimischen Jugendlichen versagt bleiben?" (Staberl, NKZ, 6. 5. 1999)

"Aus diesem schrecklichen Ereignis kann man nur zwei Konsequenzen ziehen: Asylanten müssen in gecharterten Flug-

zeugen abgeschoben werden. Die Abschiebepraxis muß geändert werden. Das verstehe ich unter politischer Verantwortung." (SP-Nationalrat Josef Cap, News 18/99)

"Auch ich trauere um einen Menschen." (Karl Schlögl, Tiroler Tageszeitung, 8./9. 5. 1999)

"Erkundigen sie sich bei den Beamten über die Art der Schwarzafrikaner. Sie schauen nicht nur anders aus (...), sondern sie sind auch anders, und zwar sind sie ganz besonders aggressiv. Das liegt offensichtlich in der Natur dieser Menschen. Sie sind meist illegal da, sie sind meistens Drogendealer, und sie sind ungeheuer aggressiv." (FPÖ-Nationalrätin Helene Partik-Pablé, Der Standard, 15./16. 5. 1999)

"Meine Äußerung war zwar hart, aber ich bleibe dabei. Aus vielen Berichten geht hervor, daß Afrikaner vielfach mit Drogen handeln. Die Grünen versuchen die Exekutive ja nur zu verunsichern. Dabei hat es die Polizei mit diesen Randalierern ohnehin schwer genug."
(Partik-Pablé, News 20/99)

"Es ging natürlich um den Innenminister Schlögl, einen bekannten Rassisten und Fremdenfeind, wenn nicht gar Faschisten und Neonazi, der schon seit seinem Amtsantritt die reaktionär-freche Meinung vertritt, daß ein kleines Land wie Österreich unmöglich alle daherkommenden Zuwanderer aufnehmen könne. (...) Mit restriktiver Zuwanderungspolitik fängt es an, mit Konzentrationslagern und Holocaust hört es auf! Nun wird ungeachtet aller vernunftgemäßen Überlegungen gewiß niemand behaupten, daß das Verkleben der Mundpartien renitenter Schubhäftlinge rechtens zu sein habe. Auch wir sind gegen das allgemeine Mund-Verpicken. Ganz anders präsentiert sich die Sachlage allerdings dann, wenn jemand das Verkleben des Mundes ganz und gar freiwillig am eigenen Körper praktiziert. (...) So besehen ist gegen die fortschrittlichen Demonstranten auf der Parlamentsgalerie, die sich in unbändigem revolutionärem Elan freiwillig ihr Pappen verpickt haben, überhaupt nichts einzuwenden. Ganz im Gegenteil: man wünscht sich lebhaft, daß ihr Beispiel auch bei ihren im Plenarsaal sitzenden Gesinnungsgenossen Nachahmer finden möge! Hätte sich doch die liberale Gnädige Heide Schmidt noch vor der von ihr und ihren grünen Mitstreitern verlangten Sondersitzung des Parlaments beizeiten ihre Lippen verpickt! (...) Wie wohl stünden eigenhändig und ganz freiwillig verpickte Mundwerkzeuge auch der grünen Frau Terezija (Stoisits, Anm.) oder dem Parteifreund und Giftpilz (Peter Pilz, Anm.) an, wenn sie schon wieder die unbeschränkte Zulassung neuer Asylantenscharen fordern!" (Staberl, NKZ, 12. 5. 1999)

"Auf diesem Weg darf ich Ihnen den Dank der österreichischen Exekutive für die faire Berichterstattung im Zusammenhang mit dem Tod des Schubhäftlings Marcus O. übermitteln. (...) Ich kann Ihnen versichern, daß die österreichische Exekutive die Bevölkerung auch weiter unter Einsatz des eigenen Lebens beschützen wird und sich von Gewalttätern nicht einschüchtern läßt, solange die Bevölkerung hinter der Exekutive steht. In diesem Sinne leistet die 'Kronen Zeitung' einen unschätzbaren Dienst für die Sicherheit der Bevölkerung, weshalb ich an Sie das Ersuchen richte, auch in Zukunft die Schwere und Undankbarkeit des Polizeiberufes zu betonen. So, wie Sie es in diesem Fall getan haben." (Josef Kleindienst, NKZ, 10. 5. 1999)

"FPÖ-Klubobmann Scheibner kritisierte die ÖVP, die viel zuwenig solidarisch mit Schlögl sei, und warnte diesen davor, nach dem Tod Omofumas die Zügel in der Fremdenpolitik schleifen zu lassen." (Tiroler Tageszeitung, 11. 5. 1999)

"Angesichts eines beispiellosen Trommelfeuers gewisser Medien gegen die Exekutive und der politischen Forderung, alle Ausländer, die nach Österreich wollen, aufzunehmen, hat das Innenministerium Klarstellungen getroffen: Illegale und kriminelle Ausländer würden auch weiterhin abgeschoben, eine unkontrollierte Zuwanderung werde man nicht zulassen." (NKZ, 17. 5. 1999)

"Geschätzter Herr Bundesminister! Auch die Leiter der Bundespolizeidirektionen hat das Geschehen um den nigerianischen Staatsangehörigen Marcus O. sehr betroffen. Nicht weniger betroffen macht uns die in der Sache und in der Öffentlichkeit geführte Diskussion, im besonderen was Ihre Person betrifft." (Die Polzeidirektionen Österreichs, NKZ, 17. 5. 1999)

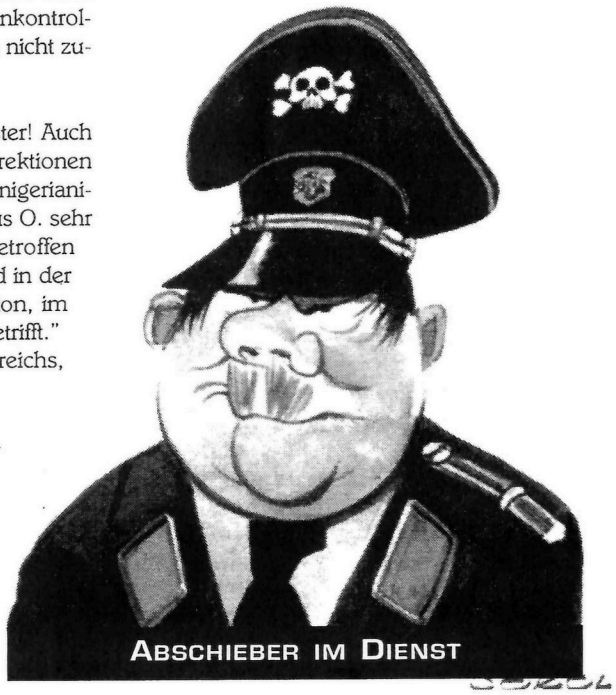
"Gefährlich ist nicht die Polizei - gefährlich ist nur ihr Dienst." (F-Klubchef Herbert Scheibner, Format 19/99)

"Bei Abschiebungen muß so human wie möglich, aber so konsequent wie nötig vorgegangen werden." (Herbert Scheibner, Die Presse, 19 5. 1999)

"Knalleffekt im Fall Marcus Omofuma: Der Mann hatte in Deutschland jahrelang als 'Marcus Bangurari' aus Sierra Leone gelebt. (...) Ob der Asylwerber von dort tatsächlich Geld an seine Familie schicken konnte, bleibt vorerst ungeklärt. Die auch in Deutschland knapp bemessenen Sozialunterstützungen für Asylanten hätten dafür kaum Spielraum gelassen. Es gibt aber auch keinen Beleg für Einkünfte aus kriminellen Quellen."
(Kurier, 22. 5. 1999)

"Das Doppelleben des Nigerianers 'Marcus O.'. Der bei der Abschiebung verstorbene Afrikaner hielt sich mehr als vier Jahre unter falscher Identität in Deutschland auf. Knalleffekt im Fall Omofuma! Entgegen der 'Einreise-Version', die der auf tragische Weise bei der Abschiebung ums Leben gekommene Afrikaner auftischte, dürfte er weder von einer Sekte verfolgt worden, noch via Moskau nach Wien geflüchtet sein. Tatsächlich hat der 25jährige Nigerianer seit 1994 unter falschem Namen in Deutschland gelebt! (...) Stimmen die Angaben seiner Angehörigen in Nigeria, so hat Omofuma seinem Familien-Clan erhebliche Geldsummen zukommen lassen. Womit er dieses Geld verdient hat, ist noch unklar. 'Es ist alles möglich. Von regelmäßiger Arbeit bis hin zu kriminellen Tätigkeiten', sagte ein Ermittler." (NKZ, 22. 5. 1999)

"Der Fall zeigt die Mißbrauchsproblematik im Asylwesen deutlich auf, auch wenn das keine Entschuldigung für die Um



ABSCHIEBER IM DIENST

stände des Todes ist."
(Michael Sika, Kurier, 22. 5. 1999)

"Drogenring der Nigerianer bei Großrazzia gesprengt. Dutzende Illegale in Wien, NÖ, Graz und Linz verhaftet. 850 Polizisten im Einsatz, auch die Asylheime gestürmt. (...) Dazu (zur "Mitarbeiter-Schulung", Anm) gehörten spezielle Anweisungen, wie man sich am besten bei Polizeikontrollen verhält. Sie sind auf Abhörbändern dokumentiert und lauten: 'Immer Passanten aufmerksam machen, laut schreien, um Hilfe gegen die rassistischen Übergriffe der Polizei flehen.' Ein bezeichnender Beweis, wie genau es die nigerianischen Drogenhändler verstehen, in der Gesellschaft Stimmung für sich zu machen. Und so den Rechtsstaat zu unterwandern, indem die Exekutive förmlich gezwungen wird, eher wegzuschauen als einzuschreiten - weil die Beamten es satt haben, sich als Fremdenhasser und Prügelpolizisten rechtfertigen zu müssen. Generaldirektor Michael Sika im 'Krone'-Gespräch: 'Leider, das muß auch einmal gesagt werden, spielen da immer wieder verschiedene verantwortungslose Medien und Anwälte mit.' Aber auch so manche politische Minderheitspartei - bei einem der großen Bosse wurden Transparente mit dem Omofuma-Bild und Anti-Polizei-Parolen gefunden. Wie sich herausstellte, hatte die gesamte jetzt verhaftete Drogenmafia bei der von den Grünen organisierten Anti-Schlögl-Demo dienstfrei - um eifrig mitprotestieren zu können..." (NKZ, 28. 5. 1999)

"Mörder unserer Kinder haben hier nichts verloren" (Jörg Haider, täglich Alles, 29. 5. 1999)

"Die Amtshandlung hat nichts mit dem Fall Omofuma zu tun. (...) Das war eine kriminalpolizeiliche und keine politische Amtshandlung." (Karl Schlögl, Der Standard, 28. 5. 1999)

"Das Drogenkartell hatte vieler Helfer. (...) Wie Politiker und 'linksfortschrittliche' Medien benutzt wurden. Mehr als 100 Verhaftungen - die Großrazzia gegen den nigerianischen Drogenring hat nicht nur gezeigt, wie beängstigend groß dieses Verbrecherkartell war. Sondern auch, wie sehr es ihm bereits gelungen ist, verschiedenste Gesellschaftsbereiche zu unterwandern. (...) So beweisen Fotos von der Anti-Schlögl-Demonstration, die nach dem tragischen Tod des Schubhäftlings Marcus Omofuma organisiert worden war, daß die beiden großen Bosse des Drogenrings in vorderster Reihe teilgenommen haben. (...) Beschattungsteams der Suchtgiftfahnder können belegen, daß die Nigerianer bei dieser 'humanitären' Protestaktion freilich nicht ganz auf ihre schmutzigen Geschäfte verzichtet haben - und sogar während der Protestaktion rege ihre Heroin- und Kokainkugeln ausgetauscht haben...(...) In letzte Zeit ist es auch gelungen, immer mehr Politiker von Minderheitsparteien und leider auch Journalisten diverser 'linksfortschrittlicher' Medien für die Kampagne des Drogenkartells zu benutzen. Das erklärte Ziel: Die Polizei durch permanente Mißhandlungsvorwürfe an den gesellschaftlichen Rand zu drängen und als rassistisch abzustempeln. (...) Unter den Details, die nun bekannt werden, befindet sich ein besonders bemerkenswertes: auch der tragisch ums Leben gekommene Marcus Omofuma hatte wiederholt Kontakt zu Mitgliedern des Drogenrings - das belegen Protokolle der Telefonüberwachung." (NKZ, 29. 5. 1999)

"Es steht daher dieser Einsatz weder im Zusammenhang mit der Inseratаktion der FPÖ noch mit dem tragischen Tod des Schubhäftlings Marcus Omofuma." (Michael Sika, Salzburger Nachrichten, 29. 5. 1999)

"Von der grünen Abgeordneten Stoisits weiß man, daß ihr das Schicksal der in Österreich befindlichen Schwarzafrikaner (Nigerianer) immer schon ein Anliegen war. Niemanden wunderte es deshalb, daß Frau Stoisists im Gefolge des tragischen Todes der Schubhäftlings O. Schulter an Schulter mit Schwarzafrikanern vor dem Innenministerium gegen Schlögl und die Polizei demonstrierte. Pech für Frau Stoisits: Einer ihrer schwarzen Demo-Kollegen war längst als mutmaßlicher Drogen-Capo observiert worden und befindet sich nun in U-Haft. Im ORF-Report meinte Frau Stoisits zu dieser Peinlichkeit schnippisch, die Staatspolizei hätte die verdammte Pflicht gehabt, sie vor dem Umgang mit diesem Mann zu warnen." (Peter Gnam, NKZ, 3. 6. 1999)

"Da sind also jetzt bei einer einzigen Razzia gegen die zeitgenössische Pest der afrikanischen Rauschgifthändler auf einen Sitz mehr als hundert Nigerianer verhaftet worden: in erdrückender Mehrheit lauter illegale Zuwanderer, die sich als 'Flüchtlinge' ausgegeben haben. Der Flüchtling-Schmäh ist freilich enorm wichtig. Nur so bekommt man ja die automatische Hilfe der grünen, liberalen, ultraroten und klerikalen Verfechter von multinationaler Gesellschaft und kultureller Befruchtung. (...) Da muß man kein scharfsinniger Meisterdetektiv sein, um zu erkennen, daß wir es nicht mit individuellen Asylanten und 'Flüchtlingen', sondern mit einer wohlorganisierten schwarzen Mafia zu tun haben, die den Drogenmarkt unter ihren Mitgliedern aufteilt." (Staberl, NKZ, 3. 6. 1999)

"Während also die Beweislage gegen das Drogenkartell - nicht zuletzt dank modernster Fahndungsmethoden - ziemlich dicht sein dürfte, ist die Suppe im Fall Marcus Omofuma weiterhin sehr dünn, wie auch Fahrid Rifaat, der Anwalt der drei Fremdenpolizisten, bestätigt." (NKZ, 29. 6. 1999)

"Ich glaube nicht, daß die 'Kronen Zeitung' rassistisch ist oder gegen Schwarzafrikaner hetzt." (Wiener Bürgermeister Häupl, profil 24/99)

"Fall Omofuma hat Schlögl nicht geschadet: Populärer denn je!" (NKZ, 28. 6. 1999)

"Aber nicht nur an ihren Schnapsideen und ihrer Ausländer-Affenliebe sind echte 'Gutmenschen' zu erkennen, sondern auch an anderen Eigentümlichkeiten." (Gerd Leitgeb, täglich Alles, 11. 7. 1999)

NormalvergaserInnen (LeserInnenbriefe an die NKZ)

"Ich bin froh, daß wenigstens Sie (Staberl, Anm.) noch keine Angst vor der linken Lobby haben, die nicht genug Ausländer in unser Land kriegen kann. (...) Wenn Politiker vom Schlag Stoisits, Pilz oder Schmidt nur einen Tag lang in Wien in der Straßenbahnlinie 18 fahren müßten, würden sie auch erkennen, mit welchen Problemen sich die Normalbürger herumschlagen müssen. Vom Westbahnhof bis zum Südbahnhof steigen fast in jeder Station neue Schwarzafrikaner zu, desgleichen Junkies, Jugos und Türken. Ich höre kein deutsches Wort mehr und sehe, wie die Ware überall frech und beinahe unbehelligt verkauft wird. Am Südtiroler Platz ist sogar an Kinder verkauft worden, wobei Jugo-Kinder aufgepaßt und sofort Alarm geschlagen haben, wenn die Polizei aufgetaucht ist." (Hannelore Fantal, Wien)

"Aufgrund des unfaßbaren Theaters, das von Grünen, Liberalen und dem ORF vollführt wird, stellt sich die Frage: Wer schützt eigentlich österreichische Polizeibeamte vor tobsüchtigen Schubhäftlingen?" (Dagmar Becker, Wien)

"Aufschlußreich, wie behende die Schlögl-Jäger - in Beißwut und manischer Fixiertheit Pawlowschen Hunden nicht unähnlich - im Chor geifern und solcher-

art rücksichtslos die Geschäfte der Neger-Rauschgiftmafia und multikulturellen Schlepperbanden besorgen." (P. R. Stilz, Wien)

"Grüne und Liberale setzen sich stets für Asylanten ein, egal ob diese rauben, dealen oder Polizisten schlagen, beißen und treten. Muß sich Österreich der Diktatur der Asylanten beugen?" (Ingrid Kirisics, Pottendorf)

"Wenn die Grünen und 'Liberalen' so weiter tun, werden wir bald keine Polizisten haben, die uns vor rabiatem Gesindel schützen." (Josef Stein, Wien)

"Die Ultralinken machen Mahnwachen gegen Schlögl. Wird aber ein Österreicher von einem ausländischen Kriminellen abgestochen, gibt es keine Mahnwachen von Stoisits & Co." (Gaby Hartl, Salzburg)

"So bedauerlich der Tod des Schubhäftlings ist, so vermisse ich auf der Suche nach den Schuldigen den wohl Hauptschuldigen, das ist der Häftling zu allererst einmal selbst." (Wolfgang Zanzerl, Linz)

"Der nigerianische Schubhäftling, der nach Verstoß gegen das Asylgesetz und nach Widerstand gegen die Staatsgewalt im Zuge einer Abschiebung irgendwie ruhiggestellt werden mußte, hat sein Ableben zum überwiegenden Teil eigentlich selbst zu verantworten, obwohl dieser Vorfall natürlich bedauerlich ist." (Ing. Ludwig Daucher, Gmunden)

"Meiner Meinung nach muß jeder, der sich an Bord eines Verkehrsflugzeuges aufführt wie ein Wilder im Dschungel, damit rechnen, daß sein Verhalten für ihn selbst unangenehme Folgen zeitigt. Wie kommen schließlich die anderen (nicht gerade wenig zahlenden) Passagiere dazu, sich das Gebrüll anhören zu müssen?" (Helmuth Cernohorsky, Großweikersdorf)

"Innenminister Karl Schlögl ist es bis jetzt gelungen, 'deutsche Verhältnisse' zu verhindern. Damit meine ich, daß in vielen deutschen Großstädten das Rauschgiftgeschäft fest in nigerianischer Hand ist, die Prostitution und das Glücksspiel von der Russenmafia kontrolliert wird und rumänische Diebesbanden fast nach Belieben die heimische Bevölkerung berauben können. Natürlich ist ein Unglücksfall dieser Art, der Tod des Schubhäftlings O., zu bedauern. Aber wer kennt die Streßsituation dieser drei Beamten wirklich?" (Toni Artner, Purkersdorf)

"Da wird um den Tod eines randalierenden Nigerianers ein riesiges Theater gemacht, und verschiedene Kreise, die offenbar zum Gesetz ein gestörtes Verhältnis haben, genießen es, der Polizei eins auswischen zu können. Es wäre doch viel besser, würden wir dem Tod jedes einzelnen Jugendlichen, den nigerianische Rauschgifthändler auf dem Gewissen haben, die gleiche Aufmerksamkeit widmen." (Dipl.-Ing. Peter Kisser, Wien)

"Wenn ich als Fluggast ein Flugzeug benutze, habe ich wie alle übrigen Fluggäste und natürlich auch die gesamte Crew ein Anrecht auf einen ruhigen und sicheren Flug. Wie randalierende Fluggäste, ob betrunken oder Schubhäftlinge, ruhiggestellt werden, ist mir dabei völlig egal. Sollte Österreich aber vor unseren linken Gutmenschen in die Knie gehen, dann bleiben ab sofort alle randalierenden und kriminellen Ausländer im Land. Vielleicht wacht dann Österreich endlich einmal auf und veranstaltet für jeden Drogentoten, für jeden im Dienst verletzten Beamten, für unter schrecklichsten Umständen geschmuggelte Menschen im Land einen Lichterlmarsch." (Michael Orner, Wien)

"In der Regel ändern oder fälschen Leute nur dann ihre Identität, wenn sie etwas zu verbergen oder am Kerbholz haben. Ob der bei der Abschiebung verstorbene Omofuma, der wiederholt die Unwahrheit gesagt hat, aus den von ihm angegebenen Gründen die Rückkehr in seine Heimat mit erheblichem Widerstand verweigerte, darf daher angezweifelt werden. Ob Banguari, wie in Deutschland, oder Omofuma, wie in Österreich, sein richtiger Name ist, das werden die unabhängigen Gerichte sicher herausfinden und auch seinen Betätigungsbereich in Deutschland aufklären, wenn es überhaupt einen nachweisbaren gibt. Lassen wir uns überraschen." (Franz Ehm, Graz)

"Dazu möchte ich als Leser der 'Kronen Zeitung' sagen, daß sie zum Glück eine so starke Kraft in unserem Land geworden ist, um die Mafia davor abzuhalten, von der Unterwelt her Macht auszuüben und Chaos zu verbreiten. Die große Razzia hat ja gezeigt, daß sich der Drogenhandel kräftig entwickelt. Es geht um Milliardenumsätze." (Susanne Reiter, Graz)

"Es war mehr als empörend, was die links-linken, grünen, liberalen und klerikalen Gfraster in letzter Zeit an Schmutz über unsere Exekutive gegossen haben; über Menschen, die sehr oft unter Lebensgefahr für eine noch einigermaßen funktionierende Ordnung sorgen. Kein Polizistenleben war diesen Radaubrüdern (pardon, natürlich auch -schwestern) soviel Geschrei wert wie jenes des Herrn Omofuma. (...) Auf jeden Fall war der jüngste Schlag gegen die Nigeria-Bande von immenser Bedeutung. Perfekt wäre die Aktion erst nach dem Abschieben folgender Schutzherren/-damen gewesen: Frau Stoisits nach Belgrad, damit sie mit ihren serbischen Freunden unbeschwert auf dem dortigen Zentralfriedhof tanzen kann. Frau Petrovic mit ihrem Hausmann Antun nach Agram als Privatberaterin des Herrn Tudjman. Herr Gift-Pilz nach Peking als Berufsdemonstrant. Herr Küberl (Caritas-Direktor, Anm.) nach Lagos zu den Blauäugigen. Herr Einem (SPÖ-Minister, Anm.) zu den Schiefköpfen der Wadelbeißer-Ibo. Die Kruzifixstürmerin Heide (Schmidt, Anm) nach Teheran als Waschweib zu den Mullahs. Diese Herrschaften lassen keine Gelegenheit aus, Österreich und seine Menschen mit Dreck zu bewerfen, schämen sich aber nicht, von uns Nazis, Faschisten und Rassisten Supergehälter einzusacken." (Franz Leisser, Staatz)

FPÖ -HETZPLAKAT

Handeln Sie endlich, Herr Minister Schlögl!

Widerstand braucht Phantasie

DIE BEIDEN ANTIRASSISTISCHEN AKTIVISTINNEN MAJA UND WILLI SPRECHEN ÜBER INTERVENTIONSMÖGLICHKEITEN NACH DEM MORD AN MARCUS OMOFUMA, ÜBER OHNMACHT, WUT, WIDERSTAND UND DEN RASSISTISCHEN KONSENS IN ÖSTERREICH.

Lotta: *Ich muß das jetzt fragen, auch wenn es ein bißchen polemisch ist: Ihr bezeichnet euch selbst als antirassistische AktivistInnen, während ihr früher mit Leib und Seele „Antifas" gewesen seid. Gibt es heute keine Faschos mehr?*

Maja: Natürlich gibt es sie leider noch. Und wir sind auch AntifaschistInnen geblieben. „Antifa" war immer schon mehr als Faschos aufmischen gehen und Nazitreffen verhindern. Es war uns auch schon früher klar, daß die ganze Scheiße in der Mitte der Gesellschaft entsteht, aber was sich tatsächlich verändert hat, ist die reale Bedrohung für Minderheiten in diesem Land. Die geht heute nicht mehr in erster Linie von gröhlenden Skinheads oder bombenbastelnden Österreichern aus, sondern von den gesitteten Polit-Krawattenträgern und deren Vollstreckern in Uniform. Hier hat unserer Einschätzung nach ein qualitativer Wechsel stattgefunden, nicht nur eine Verschlechterung der Situation. Dieser Staat und auch andere in der Festung Europa nehmen bewußt und gewollt Tote in Kauf, damit ihre Schotten dicht bleiben. Und sie können dabei auf den rassistischen Konsens in weiten Teilen der Bevölkerung bauen.

Lotta: *Welche antirassistischen Interventionsmöglichkeiten sind in der jetzigen Situation überhaupt noch möglich? Angesichts der Vorfälle in den letzten Wochen bleibt für viele nur mehr ein Gefühl von Ohnmacht und Resignation.*

Willi: Auch wenn es hoffnungslos ausschaut, wäre es genau das falsche Signal, jetzt aufzugeben und drauf zu scheißen. Widerstand braucht halt Phantasie, um sich durchzusetzen. Und auch wenn fürs erste scheinbar nichts damit erreicht wird, ist es absolut notwendig zu sagen „He, so nicht! Ihr könnts nicht einfach Menschen umbringen!"

Lotta: *Was ist nach dem 1. Mai konkret passiert?*

Willi: So viel, daß ich gar nicht mehr den Überblick habe. Gleich nachdem die Ermordung bekannt geworden ist, hat es Spontandemos gegeben, wo die Leute ihre Wut erstmal rausgelassen haben, vor dem Innenministerium und so weiter. Es gab Sprühaktionen, die sich auf Marcus Omofuma bezogen haben, von „Mörder" an den entsprechenden Stellen, bis zu längeren Parolen. „No justice, no peace, fuck the police!" usw. Vor dem Parlament und im Parlament hat es Proteste gegeben, an dem Tag, wo der „Fall" besprochen worden ist. Dann hat es ziemlich rasch Koordinierungtreffen auch mit afrikanischen Gruppen gegeben, für die angemeldeten Demos und sonstige gemeinsame Aktionen. Die Flugis und Plakate dafür sind recht breit gestreut worden.

Maja: Da hat man dann auch gleich die Reaktion des rassistischen Mobs gespürt, wenn auf einem Plakat unter „Marcus Omofuma wurde getötet" am nächsten Tag „Super!" steht. Oder auch beim Flugi verteilen, wenn dich die Leute ansteigen. Es hat einfach viel zuviele gegeben, die gemeint haben, das war schon OK so. „Was regts euch so auf über an Neger!", das war übrigens auch etwas, was die SPÖ der SJ nach ihren Protesten nahegelegt hat.

Lotta: *Die SPÖ-Zentrale ist ja anscheinend auch kurz mal besetzt worden.*

Maja: Ja, genau. Sogar mehrmals. Auf den SP-Veranstaltungen oder solchen, wo SPlerInnen anwesend waren, haben sie es überhaupt nicht leicht gehabt in letzter Zeit. Der ganze EU-Wahlkampf ist ziemlich gestört worden. Plakate sind verfälscht worden, oft einfach nur mit einem Stück Klebeband über dem Mund, oder es gab auch das Sujet „Fesseln, Knebeln, Ersticken lassen", in der passenden Schrift über die ursprünglichen SP-Vorhaben gepickt: „Arbeit schaffen, Neutralität sichern,..." und was auch immer das dritte war. Bei den Veranstaltungen sind die Leute zum Teil mit Pfeifkonzerten beim Reden gestört worden, zum Teil anders. Auch extrem langes und lautes Applaudieren kann lästig sein. Der Schlögl als Person war natürlich ein wichtiges... wie soll ich das jetzt sagen? „Angriffsziel" klingt irgendwie zu militärisch, aber letztlich müssen sich Proteste gegen ein System immer auch gegen dessen Exponenten richten. Erstens weils plakativer ist und zweitens ist er ja tatsächlich als Person verantwortlich für die österreichische Asylpolitik und Abschiebepraxis. Er mußte ja seinen Mauthausenauftritt absagen, was uns wiederum das Dilemma erspart hat, dort in angemessener Form reagieren zu müssen. Ein Genosse von uns hat anscheinend auch irgendwie die Handynummer vom Herrn Matzka herausbekommen. Also, wir finden das auf jeden Fall gerechtfertigt, daß die Schreibtischtäter belästigt werden. Ja, ansonsten... Die Homepages von SPÖ und Innenministerium sind gehackt und mit Klebebandsujets und anderen Sachen verfälscht worden. Es gab natürlich auch email bombings und Faxproteste, auch aus dem sogenannten „Ausland".

Lotta: *Es hat auch internationale Reaktionen gegeben?*

Willi: Ja. Der Zusamenhang mit dem Konzept der „Festung Europa" ist ja offensichtlich. Es hat ja auch in anderen Ländern ähnliche „Zwischenfälle" gegeben. Die Ermordung eines Menschen aus dem Sudan durch deutsche Vollstrecker. In Frankreich ist einem Schubhäftling ärztliche Hilfe nach einem Herzanfall verweigert worden, der ist auch gestorben.

Maja: Die einzige positive Meldung in letzter Zeit war ja in der Schweiz, wo die Befreiung eines Schubhäftlings aus Kongo bei einer Zwischenlandung in Kamerun geglückt ist. Die begleitenden Beamten sind gezwungen worden, mit ihm wieder in die Schweiz zurückzufliegen.

Willi: Genau. Es geht auch anders. Jedenfalls, am internationalen Aktionstag, den die Rosa Antifa ausgerufen hat, hat es Protestkundgebungen vor österreichischen Botschaften in verschiedenen Städten gegeben. Paris, London, sogar in Neuseeland. Den Botschaftern sind zum Teil auch Petitionen übergeben worden. Der Anschlag auf die Botschaft in Athen hat sich dann ja leider als was anderes herausgestellt...

Lotta: *Was hat sich in Österreich bzw. in Wien weiter getan?*

Maja: In Wien hat es dann ungefähr eine Woche nach dem Mord eine sehr kurzfristig organisierte Demo gegeben, die viele als sehr widerständig und befreiend erlebt haben. 3000 Leute waren da, wovon nicht ganz die Hälfte AkrikanerInnen waren. In verschiedenen anderen Städten in Österreich hat es auch

Demos oder Schweigemärsche gegeben. Dann hat es in Wien noch eine kleinere aber recht lautstarke Demo beim Schubhäfn Rossau gegeben. Das finde ich auch sehr wichtig, daß den Inhaftierten immer wieder gezeigt wird, sie sind nicht ganz allein, es gibt noch wen, dem sie nicht scheißegal sind.

Lotta: *Kriegen die drinnen überhaupt mit, was da draußen genau vor sich geht?*

Maja: Ich glaube schon, daß sich das schnell drinnen herumspricht, auch wenn es einer selber nicht gleich mitkriegt.

Willi: Erzähl noch die G´schichte mit SOS-Mitmensch an dem Tag.

Maja: Na, das ist mir zu blöd. OK, die Kurzfassung, es war eh schon woanders nachzulesen: SOS-Mitmensch hat halt bei dieser Kundgebung vor der Albertina, die nachher war, gemeint, wir müssen alle still und pietätvoll trauern und schweigen, und wenn doch Wut und Widerstand draus wird, dann... Ja, indirekt haben sie damit gedroht, daß uns dann sozusagen schon die Polizei wegräumen wird. Und der Schlögl ist ganz lieb und höflich aufgefordert worden, er soll doch bitte, bitte, zurücktreten. Kein weiterer Kommentar. Die Proteste sind dann eher ohne bürgerliche Scheinhumanisten weitergegangen. Auch die meisten afrikanischen Leute haben sich übrigens von ihnen verabschiedet. Manche Protestformen hätten sowieso die demokratische Toleranzgrenze solcher SOS-Menschen überschritten. Wir haben zum Beispiel nach der Rede von der Partik-Pable im Parlament, wo sie eine Neuauflage der ärgsten Rassentheorien geboten hat, einige Päckchen Hundescheiße verschickt, an verschiedene FPÖ-Adressen. Damit die nicht zu kurz kommen oder beleidigt sind, weil sich jetzt alles nur um die SPÖ dreht...

Lotta: *Einige AktivistInnen scheinen sich ja nicht so sehr auf die SPÖ, sondern auf die abschiebenden Fluglinien und den Flughafen konzentriert zu haben...*

Maja: Die Demos sind teilweise auch an den Büros der Balkan Air und der Lauda Air vorbeigegangen. Der eine oder andere Farbbeutel mag auch geflogen sein... Eine Protestaktion in Schwechat am Flughafen ist wegen geringer Beteiligung eher als gescheitert zu bezeichnen.

Lotta: *Ist diese Stoßrichtung nicht eher eine leichte Themenverfehlung?*

Willi: Wieso? Wenn sich ein Niki Lauda damit brüstet, vor lauter patriotischer Säuberungspflicht wieder Abschiebungen durchführen zu wollen, darauf gehört ihm dafür schon ordentlich eins auf die Nase.

Lotta: *Ja, nur die anderen Fluglinien haben ja auch nicht aus humanitären Gründen die Abschiebungen eingestellt. Bestenfalls, um sich die Scherereien zu ersparen. Was ich sagen wollte, ist nur, daß die Fluglinien nicht die rassistischen Gesetze gemacht haben. Natürlich sind sie dafür zu kritisieren, daß sie Erfüllungsgehilfen sind, aber es geht einfach um die Priorität der Proteste.*

Willi: Also ich würde sagen, das eine schließt ja das andere nicht aus. Und die Beteiligung ist nicht so unwesentlich. Deshalb haben wir zum Beispiel auch mal eine Aktion gemacht, wo wir sozusagen stellvertretend für einige Personen Urlaubsreisen bei Balkan und Lauda gebucht haben, die dann seltsamerweise die Reise gar nicht angetreten haben... Am Flughafen sind bei besagter Aktion auch ein paar Flugis verteilt worden, die den Lauda z.B. dezitiert als willigen Vollstrecker bezeichnen. Aber das war eben eine Aktion von vielen. Uns ist schon klar, daß der Lauda oder der Flughafen nicht die Gesetze beschlossen haben. Auch die Grünen haben wir zum Beispiel scharf kritisiert, weil sie nach der angeblichen Drogenrazzia anscheinend völlig übergeschnappt sind und sich sofort von allen Kriminalisierten distanziert haben. Das alles ist eben Teil vom rassistischen Konsens, und der muß von allen Seiten zerbröselt werden, jetzt mal etwas parolenhaft gesprochen.

Lotta: *Wie ist das eigentlich: Wer soll mit den Flugis und den Demos zum Beispiel angesprochen werden? Wird da nicht nur dem Mob erzählt, was er eh schon weiß, nämlich daß er rassistisch ist?*

Willi: So würde ich das nicht sehen. Die Reaktionen sind nicht nur negativ.

Lotta: *Ich formuliere es mal so: Welche Illusionen macht sich die Linke immer noch über die Wirksamkeit aufklärerischer Strategien? Gerade in diesem Fall ist es so absurd, überzeugten KronenzeitungsleserInnen zu sagen „Die Abschiebepraxis in Österreich ist mörderisch." Die wissen das schon, und die finden das gut. Bzw. die finden sie eher noch zu lasch. 80% der ÖsterreicherInnen stehn auch laut Umfragen nach dem Mord hinter „ihrem Karli". Welchen Sinn macht es noch, hier auf Veränderung durch Propaganda zu hoffen?*

Maja: Proteste, wo einfach deutlich ausgesprochen wird, wie es ist, sind aus mehreren Gründen wichtig und richtig. Erstens weil den Herrschenden gezeigt wird, es gibt noch Leute, die sich nicht alles gefallen lassen und die sich aufregen. Zweitens aus Solidarität mit den Betroffenen. Und drittens schon auch um Bewußtsein zu schaffen oder zu verändern. Du hast natürlich recht, daß die Mehrheitsgesellschaft nicht so einfach durch die richtigen Argumente über-

zeugt werden kann, aber bei den Aktionen haben wir schon auch immer wieder gespürt, daß es Menschen gibt, die mit unseren Protesten sympathisieren. Die dürfen auch nicht alleingelassen werden. Und wenn eine Aktion auch nur einen Menschen zum Nachdenken bringt, hat sie etwas gebracht. Ein paar Leute haben zum Beispiel eine Straßenbahn besetzt und ein bißchen Straßentheater gemacht nach dem Motto „Augen zu, Mund zu, Rassismus". Es muß zumindest versucht werden, die Leute aus ihrer Lethargie wachzurütteln. Wenn ich nur mehr davon ausgehe, daß alle unveränderlich faschistisch sind, brauche ich keine politische Arbeit mehr machen. Dann kann ich einpacken.

Lotta: *Es erstaunt nur etwas, daß in der radikalen Linken wieder hauptsächlich eine Orientierung auf Aktionsformen vorherrscht, die sich auf die lernfähigen Massen beziehen.*

Maja: Nicht nur. Die Demos vor den Schubhäfen richten sich eher an die Leute, die drinnen sitzen, auf der Straße sind da meistens eher weniger Leute unterwegs.

Lotta: *Gerade solche Aktionen sind aber eher selten. Kommen nicht antirassistische Strategien zu kurz, die hier und jetzt konkret den von Rassismus betroffenen helfen?*

Maja: Generell stimmt das sicher, ja. Aber praktisch gelebter Antirassismus heißt ja auch in Alltagssituationen eingreifen, nicht wegschauen bei Polizeikontrollen in der U-Bahn oder auf der Straße zum Beispiel. Wir haben uns auch überlegt, einen Aufnäher zu machen, wo sowas draufsteht wie „Ich helfe bei rassistischen Übergriffen". Die Zusammenarbeit mit den Betroffenen funktioniert jetzt auch ganz gut. Natürlich gibt es nicht in allen Punkten Zusammenarbeit, für manche Sachen von uns gibt es einfach kein Interesse, und das ist auch legitim. Die afrikanischen AktivistInnen haben auch allein Aktionen gemacht, sie haben von Anfang an die tägliche Mahnwache vor dem Innenministeirum organisiert. Eine ganz zentrale Aussage ihrerseits war „Wir sind nicht gefährlich, wir sind in Gefahr!" Als Reaktion darauf ist dann auch die Kriminalisierung zu verstehen. Um zu beweisen, daß das Gegenteil wahr ist, wurde durch die „Operation Spring" mit der Definitionsmacht der Herrschenden wieder die „Gefahr der schwarzen Drogendealer" konstruiert. Die Leute, die auf den Demos gesehen und gefilmt wurden, waren dann plötzlich die „Nigerianische Drogenmafia". Ziel war eindeutig die Kriminalisierung des antirassistischen Widerstandes und das Schüren von Rassismus.

Lotta: *Wurde das Ziel erreicht, den Widerstand zu schwächen?*

Maja: Meiner Einschätzung nach wurden dadurch sicher einige eingeschüchtert, aber das Ziel wird nicht nachhaltig erreicht werden. Die Proteste sind eigentlich auch Wochen später nicht gänzlich abgeflaut: Bei einer weiteren Demo unter dem Motto „Rassismus tötet" kamen zwar weniger Leute als bei den ersten Aktionen, aber der Wille, weiter etwas zu machen, ist bei sehr vielen immer noch da.

Willi: An diesem bundesweiten Aktionstag gegen Rassismus haben wir übrigens auch eine Aktion gegen das Freund-und-Helfer-Image der Polizei gestartet, die wir in Zukunft öfter machen wollen, in verschiedenen Variationen. Bis jetzt haben wir zwei Briefe verschickt, die die Menschen amtlich von Trainingsprogrammen für Polizisten in Streß-Situationen informieren. Darin wird ihnen zum Beispiel mitgeteilt, daß sie damit rechnen müssen, probeweise verprügelt zu werden oder daß ihre Wohnung im Rahmen der erweiterten Gefahrenforschung durchsucht werden könnte.

Maja: Weitere große Demos sind im Sommer meines Wissens nicht geplant, es gibt aber immer noch jeden Tag die Mahnwache vor dem Innenministerium. Ich glaube, wir können hier nicht einfach so wieder zur Tagesordnung übergehen und uns anderen Sachen widmen. Der Kampf muß weitergehen!

Lotta: *Obwohl so viel tolle Aktionen passiert sind, kann man sich schon fragen, was es im Endeffekt bringt, angesichts der Stimmung, die mir zum Teil jetzt schlimmer als vorher vorkommt. Der Schlögl ist auch nicht zurückgetreten, was ja eigentlich eine zentrale Forderung war.*

Willi: Ja, du kannst dich natürlich immer fragen, was das alles bringt, aber du könntest dir auch andererseits überlegen, wie es ausschauen würde, wenn der Mord an Marcus Omofuma einfach spurlos und protestlos an allen vorübergegangen wäre. Wie lange es gedauert hätte, bis es legalisiert worden wäre, daß Menschen wie Pakete verschnürt verschickt werden. Oder daß die Asylgesetze noch mehr verschärft werden. Das wäre durchaus noch möglich. Dem rassistischen Mehrheitsdiskurs wirklich was entgegenzuhalten, ist halt schwierig, muß aber trotzdem zumindest probiert werden.

Lotta: *Auch der Straßen(bahn)theatergruppe ist laut TATblatt klar, - ich zitiere - daß „der spezifische österreichische rassistische Konsens nicht durch punktuelle Aktionen gebrochen werden kann, nichtsdestotrotz wird der Kampf um die diskursive Hegemonie auf allen gesellschaftlichen Ebenen ausgefochten: auf der Straße, an der Uni, in der Straßenbahn, im persönlichen Umfeld und überall, wo du dich sonst noch rumbewegst."*

Maja: Das klingt schon mal gut. Ich hoffe auch, daß die größeren Aktionen nicht ganz abreißen werden. Außerdem müssen wir weiterhin die Gefährdung durch eine „Nigerianische Drogenmafia" bezweifeln und die kriminalisierten Menschen solidarisch unterstützen - ohne wenn und aber. ●

Rassismus
oder: Wie sich Gemeinschaft bildet . . .

Die Diskontinuität auch und gerade von antirassistischer Kämpfen hat eine Ursache in deren mangelnder theoretischer Basis. Die fehlende inhaltliche Klammer führt dazu, daß diese kampagneartigen Kämpfe scheinbar stets bei Null beginnen. Um die Verständigung über eine derartige Klammer zu erleichtern, wollen wir im Folgenden einen einführenden Überblick über ein paar der unserer Meinung nach wichtigsten europäischen antirassistischen Theorien geben.

Praktische Theorie

Ein praktischer Antirassismus, der sich keinen oder einen falschen Begriff von seinem Gegenstand macht, wird kaum über die punktuellen (unzweifelhaft notwendigen!) Kämpfe gegen die unmittelbare Bedrohung durch Staat(sorgane) und Mob hinausgehen. Er kann daneben aufgrund seines fehlenden theoretisch-reflexiven Gehalts leicht als Sozialarbeit oder Multikulturalismus domestiziert werden. Umgekehrt verkommt ein theoretischer Antirassismus, der nicht permanent mit der entsprechenden Praxis kurzgeschlossen wird, zur bloßen akademischen Disziplin. Sein subversives Potential verpufft in abgehobenen Debatten und verbalradikalen Selbstdarstellungen. Anstatt die wechselseitige Bedingung zu erkennen, werden oft aufgrund antiintellektueller oder antipolitischer Ressentiments falsche Widersprüche zwischen Theorie und Praxis aufgemacht.

Daneben ist noch eine zweite Vorbemerkung notwendig. Antirassistische Theorien können nicht die als solche konstruierten "Fremden" zum Gegenstand haben: Die Behauptung eines Zusammenhanges zwischen deren Anzahl, Verhalten usw. und den vermeintlich aus den Begegnungen mit diesen herrührenden rassistischen Reaktionen ist selbst Bestandteil des Rassismus. So ist etwa der sogenannte Neorassismus dadurch zu bestimmen, daß er auf einer Metaebene "nicht rassische Zugehörigkeit, sondern das rassistische Verhalten zu einem natürlichen Faktor erklärt."[1]

Der Antirassismus, so wie wir ihn verstehen, interessiert sich also für das rassistische Subjekt und seine Vergesellschaftung. Im Zentrum steht hier das, was Balibar die "rassistische Gemeinschaft" nennt. Gefragt wird, warum und wie sich diese ausbildet, welchen Gewinn die Mitglieder dieser ideologischen wie institutionellen Formation beziehen. Dabei kommt dem Objekt des Rassismus nur insofern Bedeutung zu, als der Mechanismus seiner sozialen Konstruktion interessiert. Während es sich mittlerweile fast überall herumgesprochen hat, daß es keine "Rassen" außerhalb des Diskurses gibt, führen auch viele Linke "Ethnien" und "Kulturen" als vermeintlich reale Bezugsgrößen im Mund. Differenz wird nicht als Ergebnis der sozialen Herstellung von Sichtbarkeit verstanden, sondern als gegeben vorausgesetzt. Als rassistisch wird hier dann erst die Marginalisierung und Diskriminierung der derart in Gruppen eingeteilten Menschen und nicht schon der vorausgehende Prozeß der Klassifizierung (Ethnisierung) begriffen.

Bedeutung der Nationenbildung

Zahlreiche Ansätze orten die Entstehung des Rassismus im Prozeß der Bildung von Nationen als Ein- und Ausschlußverfahren. Tatsächlich schuf sich erst der moderne Nationalstaat sein "Volk" als "imaginierte Gemeinschaft" (Benedict Anderson) von mit politischen Rechten ausgestatteten StaatsbürgerInnen. (Wobei StaatsbürgerInnen nur in einer bestimmten Form in diese "Gemeinschaft" eingeschlossen werden; zu gleichen politischen Rechten gelangten sie erst durch ihren Kampf um Gleichberechtigung.) Von diesem politischen Nationalismus wird idealtypisch der völkische unterschieden: Dieser hebt weniger auf die Gemeinsamkeiten in der "demokratischen" Willensbildung als auf die in der "Abstammung" ab. Das "Volk" wird hier nicht in Abgrenzung zu den alten Eliten als Gemeinschaft der formal Gleichberechtigten konstruiert, sondern gegen - zunächst "kulturelle" - "Fremde" als Gemeinschaft der "Artverwandten". Rassismus wie Antisemitismus sind hier schon in der Konstituierungsphase der Nation eingeschrieben.[2]

Im politischen Nationalismus definiert das Auftreten des Menschen als Staatsbürger (später auch als Staatsbürgerin) "ex negativo den Nichtbürger als Nichtmenschen: Der Fremde wird zum fremden Bürger, der anderen Gesetzen unterliegt. Dieser Fremde ist (aber, Anm.) ein politischer Fremder, d.h., es sind Mechanismen denkbar, die ihn in die Nation integrieren."[3] Hier läßt sich erahnen, wie schnell politischer in ethnischen Nationalismus und schließlich in Rassismus umschlagen kann: Der/die "politische Fremde" kann auf Dauer nur als "rassische/r" oder "kulturelle/r Fremde/r" von bürgerlichen Rechten ausgeschlossen bleiben. Rassismus entsteht also in jenen modernen Gesellschaften, die in kapitalistischen Nationalstaaten voneinander abgegrenzt existieren. Somit wird Nationalismus (der "bloß" ausgrenzt) zu einer Ursache des Rassismus (der im Unterschied dazu auch marginalisiert), wobei die Grenze zwischen beiden verschwommen bleibt.

Funktionalität im kapitalistischen Weltsystem

Die Moderne wird gemeinhin mit dem Universalismus, der Idee der "Gleichheit" und Allgemeingültigkeit bestimmter Vorstellungen in Verbindung gebracht. Der Rassismus als Partikularismus erscheint dann oft als Widerspruch dazu oder als Relikt aus finsteren Zeiten. Mit Wallerstein kann jedoch nachvollzogen werden, wie beide Phänomene zusammengehören. Die Durchsetzung des Kapitalismus geht notwendig einher mit der Universalisierung (Vergleichbarkeit) der Ware Arbeitskraft. Aber von Anfang an war der Rassismus (wie übrigens auch der Sexismus) eine tragende Säule des Kapitalismus: Die Proletarisierung der Haushalte war notwendig eine unvollständige, und der Universalisierung war die Ethnisierung der Weltarbeitskraft und der Haushalte eingeschrieben.[4] Denn ein unterschiedliches Lohnniveau läßt sich im globalen Maßstab nur dadurch herstellen, daß Haushalte geschaffen werden, "in denen Lohnarbeit als Einkommensquelle eine geringere Rolle spielte. Einer der Wege, solche Haushalte zu 'schaffen', das heißt, sie zu zwingen, sich auf diese besondere Art und Weise zu strukturieren, war die 'Ethnisierung' des Gemeinschaftslebens im historischen Kapitalismus."[5]

Während Xenophobie auch vorangegangenen Systemen eigen war, wird der Rassismus zu "einer der signifikantesten Säulen des historischen Kapitalismus. (...) Rassismus innerhalb des historischen Kapitalismus hat nichts mit 'Fremden' zu tun. Ganz im Gegenteil. Rassismus ist die Art und Weise, durch

die verschiedene Segmente innerhalb der gleichen ökonomischen Struktur in ihrer Verbindung miteinander eingeschränkt wurden. Rassismus war die ideologische Rechtfertigung der Hierarchisierung der Arbeiterschaft und seiner hochgradig ungleichen Einkommensverteilung."[6] Der Rassismus als Ideologie ist hier der Herausbildung des kapitalistischen Weltsystems und den modernen Marginalisierungs- und Verfolgungspraxen zeitlich nachgeordnet und erscheint als nachträgliche Rechtfertigung.[7] Was Wallerstein in seiner Analyse allerdings weitgehend schuldig bleibt, ist die Behandlung der Art und Weise, wie der Rassismus als Ideologie massenwirksam wird. Bei aller funktionalistischer Betrachtungsweise verfolgt er nicht den vulgärmarxistischen Ansatz, wonach der Rassismus mit Spaltungsabsicht in die Köpfe der Subalternen eingetrichtert wird. Aber Wallerstein thematisiert auch nicht die Selbsttätigkeit der Individuen als Mitglieder der nationalen oder rassistischen Gemeinschaft.

Auch zahlreiche andere AutorInnen verknüpfen den Rassismus mit der Neuzeit, dem europäischen Syndrom und der Durchsetzung des Kapitalismus. In vorangegangenen historischen Formationen wurden die "Fremden" kulturell bestimmt, wobei die Möglichkeit der Assimilation offen blieb. Am Beispiel Spaniens läßt sich der markante Einschnitt verdeutlichen: Im Zuge der "Rückeroberung" (reconquista) Spaniens durch das katholische Regime am Ende des 15. Jahrhunderts verwandelte sich der/die "kulturelle Fremde". Es entstand eine "neue Form des Fremden (...): der rassisch Fremde, 'von Natur' gefangen in seiner Fremdheit."[8] Diesem Einschnitt kommt eine entscheidende definitorische Bedeutung zu: "Die Naturalisierung eines Unterschiedes wird in Zukunft alle Formen des Rassismus kennzeichnen, im Unterschied zum 'kulturell Fremden' der Xenophobie gibt es hier keinen - wie immer auch fragwürdigen - 'Ausweg' der Assimilation."[9]

Das koloniale Paradigma

Im Kolonialismus findet dann diese Form des Rassismus als "Überlagerung von physischen Merkmalen mit sozialem Status"[10] ihre Vollendung. Die globalen Hierarchien werden schließlich in der Aufklärung "wissenschaftlich" abgesichert: Heerscharen von Anthropologen rücken aus, um zu messen, zu klassifizieren und zu systematisieren. In der damals aufkommenden "Rassentheorie" erscheinen die "Fremden" nicht mehr als die "Wilden", wie sie in der Reiseliteratur mit einer Mischung aus Faszination und Angst konstruiert wurden, sondern als Tiere. Nun verbinden sich Diskurse über "Fremde" mit Körper-/Sexualitätsdiskursen. Die "Rassenreinheit" wird lange vor dem Nationalsozialismus und bei weitem nicht nur auf der Seite der politischen Rechten zum Leitwert jeder (Bevölkerungs)Politik. Die paranoide und kollektive Angst vor "Vermischung" und folgender "Degeneration", welche das europäische Syndrom kennzeichnet, trägt den Vernichtungswunsch bereits in sich. Jedoch wird dieser weniger offen formuliert, als in die nun zur Bedrohung anwachsenden "rassischen Fremden" projeziert.

Wenn auch die zentrale Bedeutung des Kolonialismus für historische Ausformungen des Rassismus unumstritten ist, so ist die Verabsolutierung des "kolonialen Paradigmas" zu kritisieren. Das "koloniale Paradigma" meint die Neigung, den Rassismus ausschließlich auf den Kolonialismus zurückzuführen. Hierbei wird die Hautfarbe als Trägerin von Bedeutung[11] verabsolutiert und nicht gesehen, daß immer auch "Rassen" konstruiert wurden, ohne daß dabei auf äußere Kennzeichen Bezug genommen worden wäre. So wurden etwa Juden und Jüdinnen als "kulturelle Rasse" konstruiert, und der Neorassismus kommt heute gar gänzlich ohne "Rassen" aus. "Wenn die ausgegrenzte und als minderwertig konstruierte Bevölkerung nicht aus einem kolonialen Zusammenhang kommt, kann das koloniale Paradigma Rassismus nicht mehr erklären."[12]

Tatsächlich hatte aber der Rassismus seine Objekte zunächst innerhalb der entstehenden Nationalstaaten in Europa: Klassen und Klassenfraktionen konstruierten innereuropäische Gruppen als "Rassen", "um eine soziale Hierarchie zu errichten und zu legitimieren, d.h., um bestimmte Herrschaftsverhältnisse zu etablieren."[13] In diesen inneren Prozessen bei der Bildung von Nationen kommt der Naturalisierung von Klassenherrschaft zentraler ideologischer Stellenwert zu.

Das "Fremde in uns": Psychologische Ansätze

Mit (sozial)psychologischen Ansätzen wird weniger der Rassismus als die Xenophobie erklärt. In vulgarisierter Form laufen diese Gefahr, Fremdenfeindlichkeit und -angst zur anthropologischen Konstante, zur "gleichsam instinktive(n) Spielart der 'Beziehung zum Anderen'"[14] zu erklären. Mit gesellschaftskritischer Absicht kann damit jedoch die Entstehungs- und Wirkungsweise marginalisierender Diskurse über "Fremde" erhellt werden. Grundsätzlich wird hier ein Spannungsverhältnis von "Eigenem" und "Fremdem" behauptet und in die Individuen gelegt. Dabei geht es zunächst um das "fremde Innen", von dem angenommen wird, es habe einen "konstitutiven Zusammenhang mit der sozialen Konstruktion des Fremden. Das Fremde und das Unbewußte weisen strukturelle Ähnlichkeiten auf."[15] Durch das notwendig imaginierte "Fremde" werde das Es mobilisiert. Anteile im Unbewußten, bisher im Prozeß der Ich-Bildung vom (väterlichen) Über-Ich im Zaum gehalten, treten hervor. Das Verdrängte, das auch gerne als das "Weibliche" verstanden wird, kehre bei der sozial vermittelten Wahrnehmung des "äußeren Fremden" wieder. In der xenophoben Reaktion artikuliere sich die Angst vor dem Durchbrechen des Verdrängten und/oder der Triebe. Fremdenfeindlichkeit erscheint so als das Ergebnis einer Verschiebung dieser Angst auf die "Fremden", als der Kampf gegen das eigene Unbewußte.[16]

In Anlehnung an sozialpsychologische Ansätze operiert Birgit Rommelspacher mit dem Begriff der "Dominanzkultur". Als abendländische Kultur werde diese von christlicher Tradition, einem expansiven Wirtschaftssystem und dem Herrschaftsverhältnis zwischen Männern und Frauen hervorgebracht. Sie bedeute, Spannungen und Konflikte, die durch "Differenzen" verursacht werden, mittels Hierarchisierung oder Unterwerfung zu überwinden. "Dieses Konfliktlösungsmuster, der Umgang mit Andersartigem als etwas zu Unterwerfendem, hat in unserer Gesellschaft eine elementare Quelle im Umgang mit dem Geschlechtsunterschied. Die Differenz der Geschlechter ist die erste Begegnung mit einer prinzipiellen Andersartigkeit von Menschen, die uns begegnet."[17]

Denken wir uns hier die Tatsache dazu, daß diese "Differenz" keine vordiskursive oder natürliche ist, so erscheint das Konzept der Dominanzkultur durchaus brauchbar, umsomehr als es hilft, die Zusammenhänge zwischen Rassismus und Sexismus zu erhellen.

Ideologietheorie

In ideologietheoretischen Ansätzen interessiert v.a. die Funktion rassistischer Diskurse und Praxen für das Subjekt als Herrschaftsobjekt. Hier wird die Bedeutung des Rassismus für die Re-

produktion von Herrschaftsverhältnissen analysiert. Entlang der Fragestellung, wie sich die Einzelnen "selbst mit den herrschenden Strukturen verknüpfen"[18] und diese so reproduzieren, wird Rassismus als eine Form "ideologischer Vergesellschaftung" verstanden. Er erleichtert den Individuen die ihnen abverlangte Ein- und Unterordnung, weil er es ermöglicht, "die eigene Unterwerfung als Machtzuwachs"[19] zu erleben. Am Gefühl, einem privilegierten Kollektiv anzugehören und unter sich eine marginalisierte Minderheit zu haben, können sich auch die gekränktesten "Unterlinge" (Rolf Hochhuth) aufrichten. Offen artikuliere sich der Rassismus dann in der Konfrontation mit dem "Anderen": "Das Auftauchen einer fremden Kultur, anderer Lebensweisen, auch äußerlich unangepaßter Menschen stellt eine Bedrohung für das mühsam hergestellte Gleichgewicht zwischen Widerstand und Unterwerfung dar. Daß es möglich ist, andere Lebensformen zu praktizieren, läßt an den eigenen Normalisierungsanstrengungen zweifeln."[20]

Je stärker die Unterordnung, die Identifizierung mit dem Staat und seinen Institutionen ausfällt, desto rabiater auch der Rassismus: Er ist immer auch eine Abwehr gegen die Erkenntnis, daß man/frau sich unterworfen hat, daß man/frau auf etwas verzichtet hat. "So ist die Begegnung mit Fremden meist eine narzistische Kränkung, die umso stärker ausfällt, je mehr die Einzelnen der dominanten Kultur verhaftet sind, d.h. davon ausgehen, daß sie selbst die Norm repräsentieren."[21]

Kritisch anzumerken ist hier die fehlende Betonung der bereits oben angeführten Tatsache, daß die Wahrnehmung des "Fremden" sozial determiniert ist. Wer oder was als "fremd" und "anders" wahrgenommen wird, hängt von der herrschaftlich vermittelten Bedeutungskonstitution oder der Definitionsmacht ab.

Geht Rassismus (nur) vom Staat aus?

Einer Rassismustheorie, die als ihren Gegenstand bloß die individuelle, metahistorische "Beziehung zum Anderen" hat, hält Balibar entgegen, daß der Rassismus stets "eine Beziehung zum Anderen (ist), die durch den Eingriff des Staates vermittelt ist.(...) Es ist nämlich der Staat, der als Nationalstaat die 'nationalen Minderheiten' oder die pseudonationalen (ethnischen, kulturellen, beruflichen) Minderheiten faktisch erst hervorbringt. Ohne seinen juristischen oder politischen Eingriff bleiben sie virtuell. Wirklich gibt es die Minderheiten erst von dem Moment an, wo sie kodifiziert und kontrolliert werden."[22]

Wenn aber die Objekte des Rassismus erst "durch die spezifische Form der (nationalstaatlichen, Anm.) Verwaltungsrationalität konstruiert (werden)"[23], muß auch eine antirassistische Strategie in Beziehung zu Staat und Kapital gesetzt werden. Die Einsicht, daß der Rassismus erfolgreich nur bekämpft werden kann, wenn sich dieser Kampf überhaupt gegen Herrschaft richtet, soll jedoch nicht wieder zur beliebten TäterInnenentlastung mißbraucht werden. Gegen den massenverliebten Flügel der radikalen Linken, welcher für den Rassismus nur "die da oben" verantwortlich macht und "denen unten" fast alles nachsieht, muß betont werden, daß auch das unfreie Subjekt für sein Handeln zur Rechenschaft zu ziehen ist. So wie jede Ideologie funktioniert nämlich auch der Rassismus nur aufgrund einer gehörigen Portion Selbsttätigkeit.

●

[1]Balibar, Etienne: Gibt es einen "neuen Rassismus"?, in: Das Argument, 31. Jg., H. 3, Mai/Juni 1989, S. 374

[2]vgl. Hoffmann, Lutz: Das deutsche Volk und seine Feinde. Die völkische Droge. Köln 1994; 1815-1848-1933. "Deutsche Revolutionen, in: Lotta dura 11/98, S. 21-27

[3]Perchinig, Bernhard: Der Fremde und der Nationalstaat, in: Ecker, G.; Neugebauer, C. (Hg.): Neutralität oder Euromilitarismus. Das Exempel Österreich. Wien 1993, S. 251

[4]So wie bei Wallerstein der Kapitalismus den Rassismus hervorbringt, bringt er den Sexismus hervor: Die unterschiedlichen Löhne werden durch die Ethnisierung erreicht und stabilisiert. Sie sind aber nur dadurch möglich, da die Haushalte weltweit unterschiedlich proletarisiert sind, d.h., es muß Lohnabhängige geben, die in Haushalte eingebunden sind, in denen der Lohn nur einen Bruchteil der gesamten Einkünfte ausmacht. Diese Haushalte erfordern ein größeres Maß an (unbezahlter) Subsistenzarbeit, die eben Frauen abverlangt wird.

[5]Wallerstein, Immanuel: Der historische Kapitalismus. Berlin, Hamburg 1989, S. 66

[6]ebd., S. 68

[7]Auch Albert Memmi vertritt mit seiner berühmten Definition diese Position: "Der Rassismus ist die verallgemeinerte und verabsolutierte Wertung tatsächlicher oder fiktiver Unterschiede zum Vorteil des Anklägers und zum Nachteil seines Opfers, mit der seine Privilegien oder seine Aggressionen gerechtfertigt werden sollen." (Memmi, Albert: Rassismus. Hamburg 1992, S. 103)

[8]Perchinig a.a.O., S. 245 (Belegt wird dies mit dem damals etablierten Statut über die "Reinheit des Blutes", welches all jene von öffentlichen Ämtern ausschloß, die bis zur dritten Generation zurück auch nur einen jüdischen Vorfahren aufwiesen.)

[9]ebd.

[10]ebd.

[11]Dies ist nicht so zu verstehen, daß somatischen Merkmalen eine Bedeutung bereits im vordiskursiven Raum innewohnt. Äußerliche Unterschiede exisitieren nicht mal von selbst, sondern werden erst sozial sichtbar gemacht. Miles hat für die Beschreibung dieses Prozesses den Begriff "Bedeutungskonstitution" eingeführt: "Dieser Begriff bezeichnet einen Darstellungsprozeß, in dessen Verlauf bestimmten Objekten, Merkmalen und Prozessen eine Bedeutung zugeschrieben wird, die ihnen ein besonderes Gewicht verleiht und sie zugleich zu Trägern einer Reihe zusätzlicher, untergeordneter Merkmale macht. (...) Aus einer möglichen Menge von Objekten, Merkmalen und Prozessen werden nur bestimmte ausgewählt, die eine besondere Bedeutung bekommen. Das betreffende Objekt, Merkmal oder der Prozeß werden damit zum Zeichen für die Existenz eines anderen, hypothetischen oder wirklichen Phänomens." (Miles, Robert: Bedeutungskonstitution und der Begriff des Rassismus, in: Das Argument, 31. Jg., H. 3, Mai/Juni 1989, S. 354)

[12]Miles, Robert: Die Idee der "Rasse" und Theorien über Rassismus: Überlegungen zur britischen Diskussion, in: Bielefeld, U. (Hg.): Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der AltenWelt? Hamburg 1992, S. 199

[13]ebd, S. 201

[14]Guillaumin, Colette: RASSE. Das Wort und die Vorstellung, in: Bielefeld, U. (Hg.): Das Eigene...a.a.O., S. 160

[15]Bielefeld, Uli: Das Konzept des Fremden und die Wirklichkeit des Imaginären, in: ders. (Hg.): Das Eigene...a.a.O., S. 99

16vgl. Kristeva, Julia: Fremde sind wir uns selbst. Frankfurt a. M. 1990

[17]Rommelspacher, Birgit: Rechtsextremismus und Dominanzkultur, in: Foitzik, A. et al. (Hg.): "Ein Herrenvolk von Untertanen". Rassismus - Nationalismus - Sexismus. Duisburg 1992, S. 87

[18]Kalpaka, Annita; Räthzel, Nora: Wirkungsweisen von Rassismus und Ethnozentrismus, in: dies. (Hg.): Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein. Leer 1990, S. 19

[19]ebd., S. 43

[20]ebd., S. 40

[21]Rommelspacher a.a.O., S. 92

[22]Balibar, Etienne: "Es gibt keinen Staat in Europa". Rassismus und Politik im heutigen Europa, in: Kalpaka, Annita; Räthzel, Nora (Hg.): Rassismus und Migration in Europa. Hamburg, Berlin 1992, S. 24

[23]Demirovic, Alex: Vom Vorurteil zum Neorassismus. Das Objekt "Rassismus" in Ideologiekritik und Ideologietheorie, in: Redaktion diskus (Hg.): Die freundliche Zivilgesellschaft. Rassismus und Nationalismus in Deutschland. Berlin 1992, S. 79

Rassismus oder Menschenrechte?

SEIT DEM MORD AN MARCUS OMOFUMA VERSUCHEN ANTIRASSISTISCHE GRUPPEN UND INITIATIVEN VERSTÄRKT, DURCH ÖFFENTLICHE EINGRIFFE DEN RASSISTISCHEN KONSENS ZU DURCHBRECHEN UND DER GEZIELTEN HETZE GEGEN MIGRANTINNEN ENTGEGENZUWIRKEN.

Wer in den letzten Wochen auch nur einen Blick auf die Berichterstattung der „Kronen Zeitung" geworfen hat, kann - angesichts der kaum verhohlenen Sympathie der in diesem Fall bisweilen noch nicht als Mob auftretenden rassistischen Bevölkerungsmehrheit für die Ermordung „randalierender Ausländer" - die Richtigkeit und Notwendigkeit antirassistischer Interventionen nicht bestreiten. Die kaum übersehbare, aus der Einheit von Volk und Führung resultierende Grundstimmung wird manchmal selbst in den Redaktionsstuben österreichischer Medien wahrgenommen. So schreibt Joachim Riedl im „Format": „Der politische Diskurs (...) ist mittlerweile derart verkommen, daß in seinem verrohten Sprachgebrauch Begriffe wie Mitmenschlichkeit oder Humanität bloß noch als lächerlich-naives Gefühlsgedusel angesehen werden, so als wäre das kleine Grüppchen der Inländer, das einen Ausländer nicht als prinzipiell unerwünscht behandelt sehen will, entweder unzurechnungsfähig, volltrunken oder sogar von rabiater Gemeingefährlichkeit."[1] Dabei tritt eine Ambivalenz zutage, die weit über bürgerliche Medien hinaus als für antirassistische Eingriffe charakteristisch bezeichnet werden kann: Begriffe wie Mitmenschlichkeit und Humanität mögen zwar nicht bloß Gefühlsduselei zum Ausdruck bringen; der politischen Realität in Österreich jedoch damit entgegentreten zu wollen, bezeugt letztendlich jene Hilfslosigkeit, in der antirassistische Initiativen leider viel zu oft befangen bleiben. Rassismus wird dabei einfach als Ideologie im Sinne bloßer Weltanschauung verstanden, die allein durch aufklärerische Tätigkeit aus der Welt geschafft werden könne. Indem der bürgerlichen Gesellschaft unterstellt wird, daß Rassismus und Antisemitismus in Wahrheit ihren eigenen normativen Grundlagen von Gleichheit und Freiheit des Menschen widersprechen würden und daher nach ihrem eigenen Maßstab als verwerflich zu betrachten wären, wird der Frage nach den Formbestimmungen eben dieser Gesellschaft genau so wenig nachgegangen, wie der daraus resultierenden Frage nach dem Zusammenhang der Staats- und Nationsform des Politischen und sogenannten „menschenverachtenden" Ideologien.

Dabei handelt es sich bei den vielfach beschworenen „unveräußerlichen Menschenrechten" um einen durchaus geeigneten Ausgangspunkt, die staatsapologetischen Implikationen klassisch antirassistischer Argumentationen zu überwinden und statt der Affirmation der bürgerlichen Gesellschaft deren Kritik zu betreiben.[2]

In der in den Menschenrechtskatalogen enthaltenen Forderung, daß kein Mensch wegen seiner "Rasse", seines Geschlechtes, seines religiösen Bekenntnisses etc. verfolgt werden dürfe, erscheint der Mensch als ein von allen natürlichen und sozialen Bestimmungen entkleidetes Wesen, mithin als "Mensch an sich". Das für die Verfassungen bürgerlicher Staaten relevante Subjekt ist lediglich das, was nach Abzug all jener Bestimmungen, die Individualität und Unverwechselbarkeit des/der Einzelnen ausmachen, übrig bleibt, d.h. die „(...) "Gleicheit vor dem Gesetz" geschieht als Vergleichung der Individuen nach ganz anderen Kriterien als nach denen ihrer Sinnlichkeit und Empirie. (...) Der Mensch als Material des Staates erscheint, bevor die Nation "hinzutritt", vielmehr als Gattungswesen schlechthin, als abstrakter Mensch."[3] Bei diesem überhistorischen Begriff **des** Menschen an sich wird vollkommen ausgeblendet, daß es sich hierbei um Bestimmungen handelt, die nicht durch Zufall mit der Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft zeitlich zusammenfielen. Der transhistorische Charakter des „Menschseins" verdunkelt die Tatsache, daß es eigentlich um eine konkrete Form menschlicher Vergesellschaftung geht.

Bei der zu den abstrakten Bestimmungen der Menschenrechte „hinzutretende" und dadurch das Volk erst zum „Staatsvolk" formierenden Nation handelt es sich tatsächlich um eine Ideologie - hier allerdings nicht im Sinne bloßer Weltanschauung, sondern verstanden „(a)ls objektiv notwendiges und zugleich falsches Bewußtsein, als Verschränkung des Wahren und Unwahren, die sich von der vollen Wahrheit ebenso scheidet wie von der bloßen Lüge(...)."[4]

Wenn etwa der CDU-Vorsitzende Wolfgang Schäuble von der „Nation als Schutzgemeinschaft" spricht, deren Idee wiederzuentdecken erforderlich wäre[5], so beinhaltet diese Aussage, abgesehen von den konservativen politischen An- und Absichten Schäubles, in einem gewissen Sinne auch einen wahren Kern.

War es das erklärte Ziel der bürgerlichen Revolutionen, das Erbe der Aufklärung anzutreten und eine Gesell-

ÖSTERREICHISCHE MENSCHENRECHTSWÄCHTER?

schaft zu schaffen, in der die Menschen als selbstbestimmte, autonom denkende und handelnde Subjekte existieren können, so stellte sich alsbald heraus, daß dies in der bürgerlichen Gesellschaft keineswegs erreicht worden war. Zwar wurden die Individuen aus feudalen Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnissen befreit, dies jedoch nicht mit dem Resultat der Freiheit von Herrschaftsverhältnissen überhaupt, sondern mit der sofortigen Unterwerfung unter die Herrschaft des (die sich entwickelnde kapitalistische Gesellschaft konstituierenden) Wertgesetzes. "Bürgerliche Subjektivität konstituiert sich als Selbstbewußtsein der Ware und daher im Kampf um die Realisierung ihres Werts."[6]

Voraussetzung erfolgreicher Subjektkonstitution ist die funktionierende Verwertung der Ware Arbeitskraft oder des vorhandenen Kapitals der aus bisherigen gesellschaftlichen Banden befreiten, einander mithin atomisiert gegenüberstehenden Warenbesitzer. Erfolg oder Mißerfolg der Verwertung liegen jedoch außerhalb des Einflußbereichs der einzelnen Subjekte. Die Subjektivität bleibt in der bürgerlichen Gesellschaft Ideologie. Die bürgerliche Anthropologie, die die Natur des Warenbesitzers als die menschliche Natur schlechthin hypostasiert, ist nichts als die pure Affirmation der von der abstrakten Herrschaft des Wertgesetzes bestimmten Gesellschaft.[7]

Durch den prekären Charakter der Subjektkonstitution sucht das bürgerliche Individuum Zuflucht bei der Nation. Die Zugehörigkeit zu der dergestalt als „Schutzgemeinschaft" verstandenen Nation verleiht den Menschen jene scheinbare Sicherheit, die ihnen die anonymen Mächte des Marktes zu verleihen nicht im Stande sind: Zum "Volk" zu gehören bedeutet dem nationalistischen Selbstverständnis zufolge, als Teil des „Volkskörpers" vor die eigene Identität gefährdenden Bedrohungen (beispielsweise Verlust des Arbeitsplatzes) geschützt zu werden. Am prägnantesten formuliert wurde dies in der Parole zum Volksbegehren der FPÖ 1993: „Österreich zuerst!".

Die dem Rassismus und Antisemitismus zugrunde liegende personalisierende Wahrnehmung gesellschaftlicher Verhältnisse ermöglicht die Konstruktion des Bildes von „den Anderen". „Derart ist das bürgerliche Subjekt verfaßt, daß es Identität nicht aus sich selbst erzeugen, nicht an sich selbst gewinnen kann, sondern nur im Prozeß einer ständigen Abgrenzung und eines permanenten Zweifrontenkrieges gegen das „unwerte" und gegen das „überwertige" Leben."[8] Gegen das „Unwertige" richtet sich der Rassismus, gegen das „Überwertige" der Antisemitismus. „Den Opfern des Rassismus wird nicht ihre Überlegenheit, sondern ihre Unterlegenheit vorgeworfen. Nicht gegen ihre Allmacht, sondern gegen ihre Ohnmacht wendet sich der Rassismus. Jüdinnen und Juden hingegen gelten als allmächtig. In ihrer Abstraktheit beherrschen sie für das antisemitische Bewußtsein die ganze Welt."[9]

Die unterschiedliche Qualitität der Anschuldigungen ist der Grund dafür, Antisemitismus nicht unter einen weit gefaßten, allgemeineren Rassismusbegriff zu subsumieren, sondern auch theoretisch zwischen diesen beiden Unterdrückungsmustern zu differenzieren.

Bei dem eben Entwickelten handelt es sich um die grundlegendsten Bestimmungen auf hohem Abstraktionsniveau. Daß beispielsweise der Antisemitismus in Deutschland und Österreich im Gegensatz zu anderen Ländern dermaßen mörderische Konsequenzen zeitigte, ist auf dieser Ebene nicht zu erklären. Unterschiedliche nationale Ausprägungen sind nur auf der Ebene konkreter, von theoretischen Annahmen ausgehenden historischen Untersuchungen zu entwickeln. Dabei wären vor allem die unterschiedlichen Bedingungen der Nationswerdung zu berücksichtigen.[10]

Eine politische Praxis, die auf Parolen wie „Alle Menschen sind Ausländer. Fast überall" oder „Gleiches Recht für alle" beschränkt bleibt, ohne den aufgezeigten Zusammenhang von staatlicher Vergesellschaftung einerseits und Antisemitismus/Rassismus andererseits in die Kritik miteinzubeziehen, so bleibt antirassistische Politik ungewollt affirmativ: Solange sie keine Praxisformen entwickelt, die die zusammengehörigen Begriffe Staat und Nation, Rassismus und Antisemitismus nicht gegeneinander auszuspielen versucht, muß sie sich den Vorwurf gefallen lassen, gewissermaßen den Teufel mit dem Beelzebuben austreiben zu wollen.

1 Format, 17. Mai 1999

2 Vgl. Dazu: Gruber, Alex: Totale Vergleichbarkeit. Eine Kritik der bürgerlichen Subjektivität und der Menschenrechte, in: Streifzüge 2/1998

3 Bruhn, Joachim: Unmensch und Übermensch. Über das Verhältnis von Rassismus und Antisemitismus, in: Ders.: Was deutsch ist. Zur kritischen Theorie der Nation, Freiburg i. Brsg. 1994, S.77-110, hier S.77

4 Adorno, Theodor W.: Beitrag zur Ideologienlehre, in: Ders.: Soziologische Schriften I. Gesammelte Schriften 8, Frankfurt/Main 1997, S.457-477, hier S.465

5 Vgl.: Schäuble, Wolfgang: Und der Zukunft zugewandt, München 1995, S.184f.

6 Bruhn: Unmensch und Übermensch, a.a.O., S.82

7 Vgl. Heinrich, Michael: Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition, Hamburg 1991, S.24ff.

8 Bruhn: Unmensch und Übermensch, a.a.O., S.84

9 Grigat, Stephan: Kritik des Fetischismus. Die Marxsche Werttheorie als Grundlage emanzipativer Gesellschaftskritik, Wien 1997, S.88

10 Vgl. Zu den sogenannten Sonderwegs-Theorien zuletzt: Spohn, Wilfried: Modernisierung und Totalismus. Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus in vergleichender Perspektive, in: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft Nr.115, S.277-299

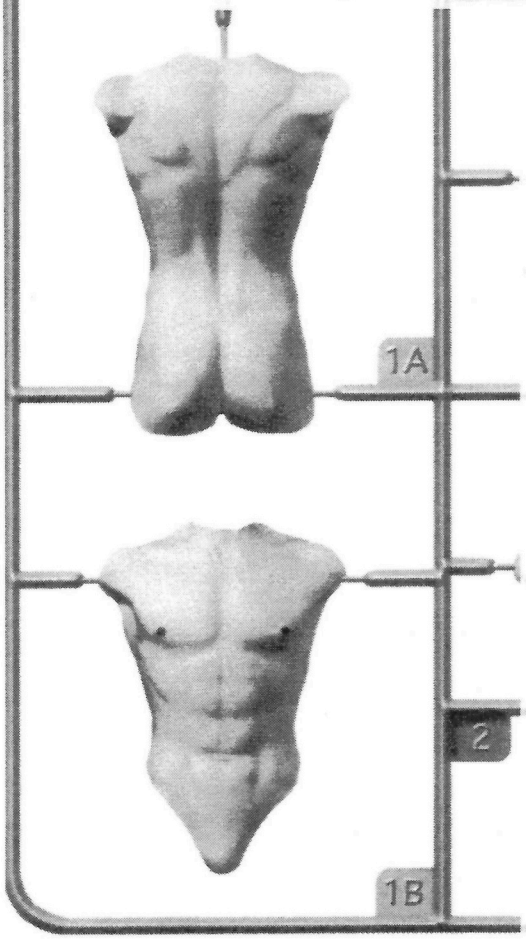
Dieser Text kann Ihre Gesundheit gefährden

Über Vorsorgemedizin, Risikoklassifizierung und ihre sozialen Folgen

von den ninja-snails

DER KÖRPER IST EIN HEFTIG UMKÄMPFTES POLITISCHES FELD. KÖRPERPOLITIK ZIELT AUF DEN KÖRPER EINER/EINES JEDEN, SIE ZIELT AUF DAS INDIVIDUUM SELBST VOM ANFANG BIS ZUM ENDE DES LEBENS BZW. ÜBER DIESE GRENZEN HINAUS.

Es werden Körper- und Verhaltensnormen konstruiert, zwischen krank und gesund unterschieden und das Gefährdet-Sein als neue Kategorie eingeführt. Körperpolitik durchzieht alle Lebensbereiche wie Arbeit, Freizeit, Bildung, Sexualität, Ernährung etc.. Ideologische Agenten und gesellschaftliche Institutionen bilden ein Netzwerk, welches die Körper formt und unser Verhältnis zu unseren Körpern definiert. Es



besteht nicht nur aus dem Augenscheinlichen wie ÄrztInnenschaft, Gesundheitswesen, Medizin usw., sondern auch die sozialpolitische Administration, Versicherungen, Diskurse über life-style und Wohlbefinden usw. sind dazu zu zählen.

Körperpolitik wird besonders bei alten, kranken und behinderten Menschen sichtbar, da sie leicht Reibungspunkte mit dem normativen und repressiven Charakter dieser bilden. Aber es geht um den Körper jedes Menschen. Die medizinische Prävention (Vorsorgemedizin) versucht, den Zugriff auf die Körper der Gesunden zu intensivieren. Um die Präventivmedizin soll es hier gehen, im Speziellen um eine besondere Ausformung: die Risikoklassenmedizin.

Zunächst versuchen wir, den Begriff ‚Risikoklasse' zu klären und den ideologischen Diskurs über Gesundheit und adäquaten Lebenswandel zu durchleuchten. Dabei sollen historische Rückgriffe behilflich sein. Dann werden wir uns mit den sozialpolitischen und administrativen Konsequenzen und den sozialen Folgen für das Individuum beschäftigen.

ERSTE KONTUREN

In der modernen Präventionsmedizin hat sich der Arbeitsschwerpunkt verlagert: "weg von Hygienemaßnahmen und der Eindämmung von Ansteckungsgefahr hin zu einer Bestimmung von Risikofaktoren für chronische Krankheiten und zu einer Früherkennung von Menschen mit einem hohen Risiko chronisch krank werden zu können." (Stone 1995: 21) Laut den meisten Theorien der Präventivmedizin beruht das Risiko auf zwei zentralen Ursachen. Die eine folgt der Theorie der "genetischen Prädisposition", welche besagt, daß ein bestimmter Aufbau des Erbguts bestimmend für verschiedene Krankheiten ist. Die andere fußt auf der Auffassung, daß der individuelle Lebensstil eines Menschen Krankheiten und Behinderung fördert oder vermeidet.

Einer der Verfechter neuerer präventivmedizinischer Tendenzen ist Hans-Martin **Sass**.[1] Seine Vorstellungswelt überschneidet sich mit der der Alternativmedizin, die kritisiert, daß die traditionelle Medizin ein Reparaturbetrieb ist und Eigenverantwortung und somit Gesundheitsvorsorge der/des Einzelnen unterdrückt. Sass verwendet die Begriffe der „Gesundheitsmündigkeit" und „Selbstverantwortlichkeit" und suggeriert so die/den selbstbestimmteN PatientIn/-en, die/der sich den Dogmen der Apparatemedizin entzieht. So meint er mit der Rede vom „selbstverantwortlichen Sterben" die Legalisierung der „Euthanasie" und mit den schönfärberischen Worten „kostenlose individuelle Gesundheitsinformation" propagiert er u.a. pränatale Diagnostik. Schwangere, die sich dieser Untersuchung entziehen oder entscheiden, ein behindertes Kind zu gebären, haben Schwierigkeiten, dies gegenüber der Gesellschaft zu rechtfertigen, schreibt Sass. Weiters fordert er, nur mehr die „medizinische Basisversorgung" durch die Pflichtversicherungen finanzieren zu lassen und daß die Therapie von Krankheiten, die angeblich auf den Lebensstil zurückzuführen sind, selbst bezahlt werden müssen.

Unter „gesundem Lebensstil" wird hierbei verstanden: „mäßiges und regelmäßiges Essen, Frühstücken, kein Zigarettenrauchen, (...) Verzicht auf Alkohol, ein Mindestmaß an sportlicher Betätigung und jede Nacht sieben bis acht Stunden Schlaf." (Veatch: 330) Die Abweichung von diesen Normen gilt als „freiwilliges" Verhalten und somit die angeblich daraus entstehenden Krankheiten als selbstverschuldet.

Zentral in der Diskussion um Gesundheitsvorsorge ist nicht nur die Vermeidung von Krankheiten an sich, sondern auch die Ersparnis von Kosten, die durch diese Krankheiten entstehen. Daraus folgt einerseits, daß sich die/der Einzelne den Normen der PräventionsmedizinerInnen zu beugen habe. Andererseits wird argumentiert, daß pränatale Diagnostik und Abtreibung billiger sind als die Betreuung behinderter Menschen. Es ergäben sich Ersparnisse für den Staat, die Versichertengemeinschaft der Gebietskrankenkassen und somit für die/den EinzelneN. So soll motiviert und unter Druck gesetzt werden, denn bei Zuwiderhandeln würde mensch eine Belastung für die „Allgemeinheit".

Begriff „Risikofaktor"

Risikofaktoren sind jene Faktoren, von denen EpidemiologInnen[2] und PräventionsmedizinerInnen annehmen, daß sie die Wahrscheinlichkeit, daß ein Mensch krank oder behindert sein wird, erhöhen. Hierunter fallen Verhaltensmuster, Giftstoffe, denen Menschen ausgeliefert sind, Krankheitsgeschichte der Familie und Merkmale im genetischen Aufbau. Diese Risikofaktoren schaffen eine neue Kategorie von Menschen, die nicht krank sind, aber eben auch nicht für gesund gehalten werden. Sie gelten als gefährdet, obwohl sie möglicherweise nie die prophezeite Krankheit bekommen werden. Dieses vermeintliche Gefährdet-Sein hat nicht nur therapeutische und medizinische, sondern auch sehr weitreichende soziale Folgen.

EpidemiologInnen untersuchen den Zusammenhang eines Risikofaktors und das Auftreten einer Krankheit. Sie können statistische Abhängigkeiten, aber keine Kausalzusammenhänge angeben. Ein Risikofaktor ist somit ein wahrscheinlichkeitstheoretischer Begriff. Sein Vorliegen verursacht nicht notwendigerweise einen bestimmten Zustand. Trotzdem wird er „von der allgemeinen, wenn nicht wissenschaftlichen Öffentlichkeit als mechanistische Verursachung übersetzt. z.B.: Jede Zigarette verkürzt die Lebenserwartung um eine Minute." (Stone 1990: 227)

Bei der Erstellung bindender Richtlinien gesundheitsfördernden Verhaltens und unterstützender Therapie besteht nicht immer ein Konsens darüber bei ExpertInnen, dieser wird aber vorgetäuscht. Als Beispiel sei der Cholesterinspiegel im Blut erwähnt, der mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen in Zusammenhang gebracht wird. Genau das wird aber von nicht wenigen MedizinerInnen bestritten. Empfehlungen für Ernährungsrichtlinien werden von verschiedenen ökonomischen und politischen Interessen beeinflußt. Dabei ist das Lobbying von profilierungssüchtigen PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen, von Nahrungsmittelkonzernen und Pharmafirmen entscheidend. Der Prozeß, in dem Risikokategorien und daraus abgeleitete Empfehlungen entstehen, ist also nicht nur ein wissenschaftlicher, sondern auch ein politischer.

Absicht der Präventivmedizin ist es, Risikoklassifizierungen sehr breit anzulegen, um eine möglichst große Gruppe von Menschen zu erfassen. Hierbei gilt es als schlechter, eine sich anbahnende Krankheit zu übersehen, als eine Person zu behandeln, die diese Krankheit möglicherweise nie bekommen hätte. Diese Verallgemeinerung ist nicht nur medizinisch fragwürdig, sondern bringt auch am Arbeits- und Versicherungsmarkt Nachteile mit sich.

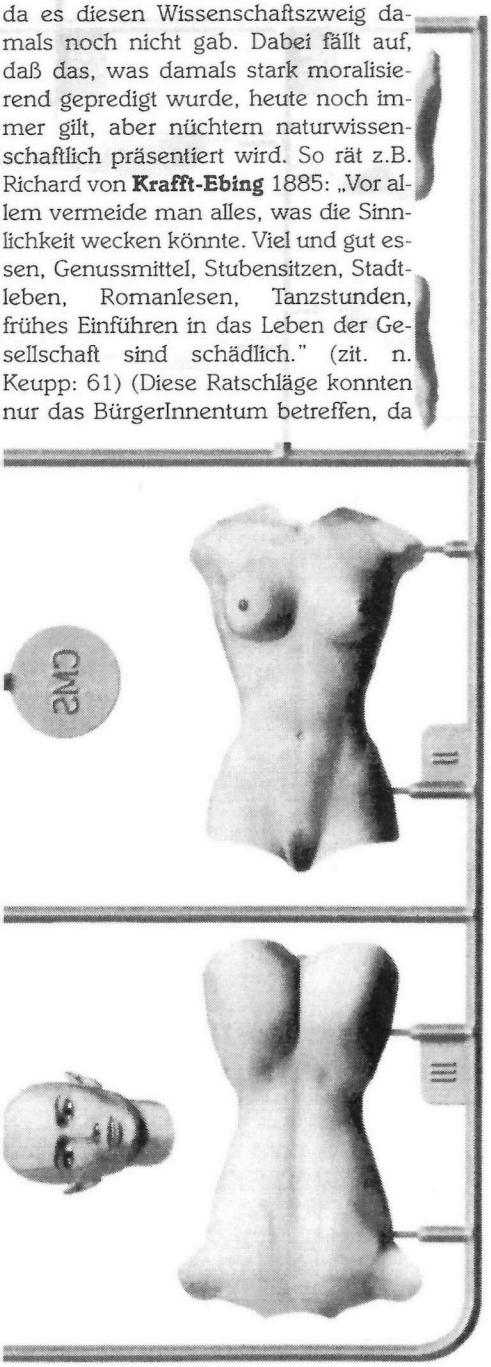
Entstehung und gesellschaftliche Durchsetzung von Risikofaktoren

Ausgehend von den USA der 50'er Jahre (McCarthy-Ära) stützt sich die Präventivmedizin auf das individuelle Verhalten als Krankheitsursache. Was als Risikofaktor angesehen wird und welche Wirksamkeit er bekommt, entsteht nicht automatisch aus den Ergebnissen der epidemiologischen Forschung, sondern in einem gesellschaftlichen, diskursiven Prozeß, wobei aktuelle Überzeugungen und Interessen eine Rolle spielen. So gibt es eine unbegrenzte Zahl an Zuständen und Verhaltensformen wie Familienstand, Arbeit und Wohnen, die nicht weniger oder mehr freiwillig sind als Rauchen, Essen und Sport, aber doch eine statistische Korrelation zu Krankheit aufweisen. Dennoch wird diesen nicht die gleiche Bedeutung beigemessen. Die Auswahl von Risikofaktoren ist also eine bewußte, die von Politik und bestimmten Lebenskonzepten bestimmt wird.

„Gesundheitsdiskurse sind immer auch Normalitätsdiskurse. Gesundheit ist ein Feld der Herstellung von gesellschaftlich gewünschtem Verhalten und Habitusformen." (Keupp: 57) PräventivmedizinerInnen sind aktive NormalitätsproduzentInnen, die aus den dominanten Selbstverständnis- und Normalitätsbeständen ihrer „Kultur" und Klasse schöpfen. Es handelt sich um den Moralkodex des Mittelstandes, der durchgesetzt werden soll und wissenschaftlich bestätigt wird. Das zeigt sich an der Unzahl an Ratschlägen und Geboten in den Medien zu Ernährung, Schlafgewohnheiten, Drogen und gesundheitsförderndem bzw. –schädigendem Verhalten. Das betrifft nicht nur die Tagespresse, es gibt gerade in letzter Zeit auch eine Flut an RatgeberInnenliteratur, die in den Buchhandlungen eigene Abteilungen füllt. Die Erklärungen für Krankheitsursachen sind nicht selten heterosexistisch und frauenfeindlich. Beispielsweise wurde und wird vereinzelt immer noch AIDS mit Homosexualität und Promiskuität in Verbindung gebracht. Gebärmutterkrebs wird häufig Frauen, die schon früh Geschlechtsverkehr hatten und öfters den Partner wechseln, zugeschrieben. Oder es wird Frauen, die kein Kind geboren haben, ein erhöhtes Risiko für Brustkrebs nachgesagt. So werden den alten wie männlichen Moralvorstellungen medizinische Autorität verliehen.

Historische Kontinuitäten

Ab Mitte des 19. Jh. erschien bereits zahlreich RatgeberInnenliteratur zur gesunden Lebensweise, die noch nicht die wissenschaftliche Legitimation durch die Epidemiologie haben konnte, da es diesen Wissenschaftszweig damals noch nicht gab. Dabei fällt auf, daß das, was damals stark moralisierend gepredigt wurde, heute noch immer gilt, aber nüchtern naturwissenschaftlich präsentiert wird. So rät z.B. Richard von **Krafft-Ebing** 1885: „Vor allem vermeide man alles, was die Sinnlichkeit wecken könnte. Viel und gut essen, Genussmittel, Stubensitzen, Stadtleben, Romanlesen, Tanzstunden, frühes Einführen in das Leben der Gesellschaft sind schädlich." (zit. n. Keupp: 61) (Diese Ratschläge konnten nur das BürgerInnentum betreffen, da



das Proletariat jener Zeit von solchen Vergnügungen ohnehin ausgeschlossen war.) Krankheit ist für ihn „die gesetzmäßige Folge der Übertretung unwandelbarer Naturgesetze." (ebd.: 62) Dieses Zitat klingt lächerlich und veraltet,

doch übersetzt in die moderne Sprache wird noch immer Ähnliches gemeint. Das frühere Warnen vor Genußmittel, Tanzstunden und frühes Einführen ins gesellschaftliche Leben stellt sich heute als repressive Drogenpolitik, Kampagnen gegen das Zigarettenrauchen, Empfehlungen zum „gesunden" Schlaf vor Mitternacht, sowie repressive Politik gegen die Rave-Kultur dar. Die Warnung vor Stubensitzen und Stadtleben werden heute mit Ausgleichsport und körperlicher Fitneß übersetzt. ErnährungswissenschaftlerInnen drücken sich nicht mehr so plump aus. Nicht gut und viel zu essen lautet die Maxime, sondern sich bewußt und fett- sowie cholesterienarm zu ernähren. Krankheit erscheint nicht mehr als „gesetzmäßige Folge der Übertretung unwandelbarer Naturgesetze", sondern als gesetzmäßige Folge der Übertretung klinischer Werte und Laborparameter (EKG, Blutwerte, Körpergewicht...).

In vielerlei Hinsicht waren ideologische Strömungen im ausgehenden 19. Jhdt. Wegbereiter für den Nazismus, so auch in der Gesundheitserziehung. Der deutsche Faschismus ging über den früheren Leitsatz der Schonung und Vermeidung schädlichen Verhaltens hinaus und predigte weiters die Veredelung (nicht zuletzt die „rassische") und Abhärtung der/des Einzelnen. Der Adressat der Gesundheitspolitik war nicht mehr vorwiegend nur das BürgerInnentum, sondern auch das Proletariat, um es ins völkische Ideal zu integrieren. Die gesundheitliche Alltagspraxis der Individuen wurde vermehrt durch Führung (Stichwort „der Arzt als Gesundheitsführer"), Kontrolle und der Drohung der Vernichtung („Euthanasie") geprägt.

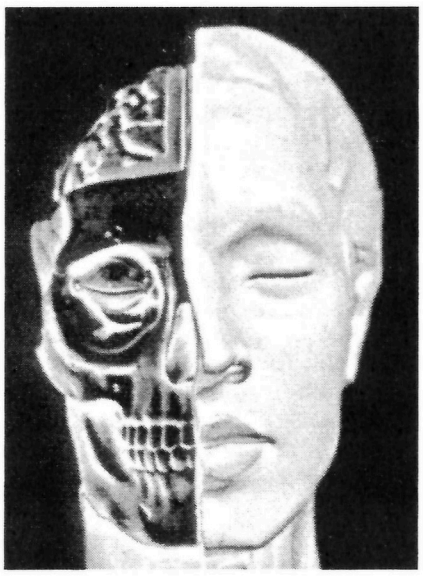
Von der Disziplinierung zur Selbstdisziplinierung

Gesundheitsideologien erhalten ihre Wirkung nicht nur durch ideologische Mächte, Institutionen wie Schule, Gesundheitswesen, Versicherungen etc., sondern auch durch die Alltagspraxis, das „Do it yourself" der Ideologie der Einzelnen (W. F. Haug). Sie fordern eine Disziplin, die zur Selbstdisziplin werden soll: Das Wollen des Gesollten oder die verinnerlichte Pflicht zur Gesundheit zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte des 20. Jhdts. Reinhold **Gerling**, Bestsellerautor von 1917, schreibt in seinem Ratgeber "Der vollendete Mensch und das Ideal der Persönlichkeit", daß Gesundheit kein Schicksal, sondern eine Pflicht ist, die von jeder/jedem erreicht werden kann. Körperübungen stehen im Dienst der Einordnung in die Arbeitswelt und „Nation", sie zielen auf die Formung des Charakters und des Willens. Im deutschen Faschismus verstärkte sich noch die Pflicht zur Gesundheit v.a. durch ihre Einbettung in kontrollierende Bahnen. Auch heute noch bezeichnet z.B. Hans-Martin Sass Gesundheitsvorsorge als „staatsbürgerliche Pflicht". (zit. n. E.colibri Nr.9/10)

Wo Gesundheit zur Pflicht wird, wird Krankheit zur Schuld. Diese Schuld ist selbst zu verantworten – „Jeder ist seines Glückes Schmied". Um nicht schuldig zu werden, muß sich das Privatindividuum in vielfältigen Alltagspraxen bemühen, seine Sozialität zu beweisen, sich der Norm, hier der medizinischen, anzugleichen.

Von der Askese zum Hedonismus

Der Trend scheint in letzter Zeit dahin zu gehen, daß sich in der RatgeberInnenliteratur und den life-style-Magazinen der ängstliche Blick auf Krankheit und Leid zu einen lustvollen auf Gesundheit und Glück wandelt. Einerseits wird dazu aufgefordert, sich von selbst auferlegten oder fremden Zwängen zu befreien und selbst herauszufinden, was einer/einem gut tut. Andererseits wird ein vorgefertigtes Konzept von Wohlbefinden/wellness präsentiert, das sich als Angebot zur Befreiung und Individualität versteht. Die gesundheitsfördernden Praxen, die unter der Begriffskonstruktion Wohlbefinden/wellness verstanden werden, sollen Spaß machen und gaukeln freie Entscheidungsmöglichkeiten vor. Dadurch, daß definiert wird, wie mensch Wohlbefinden erlangt, wird festgesetzt, wann sich ein Mensch überhaupt wohl fühlt, d.h. ein subjektives Empfinden wird objektiviert und normiert.



In diesem Trend wird das Streben nach einem gesundheitlichen Ideal als Voraussetzung zur Ein- und Unterordnung in die Arbeitswelt und gesellschaftliche Hierarchien nicht mehr offen ausgesprochen. Gesundheit wird zum Selbstzweck stilisiert. Die „Wohlbefindensforschung" und ihr Markt preisen allerdings schon an, daß bei Wohlbefinden Anstrengungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit gesteigert werden, womit der Zweck, sich in die kapitalistische Arbeitswelt zu integrieren, wieder erfüllt ist. Nach ApostelInnen der wellness betrifft Entfremdung und das Gefühl der Machtlosigkeit - für uns die logische Konsequenz eines Lebens in Herrschaftsverhältnissen - krankheitsanfällige VerliererInnen. Der gesunde Siegertypus glaubt sein Leben selbst zu kontrollieren und begreift es als ständige Herausforderung. Durch die idealistische Verzerrung realer Verhältnisse gelingt die Integration ins hierarchische Konkurrenzsystem. Darin dürfen die sich wohlfühlenden SiegerInnen auf bessere Positionen hoffen.

Neben der Beschäftigung mit Lebensstil, ist die Humangenetik, die meist eugenische Ziele verfolgt[3], ein weiteres Feld der Vorsorgemedizin. Zwei Untersuchungsmethoden werden in den geburtshilflichen Abteilungen der meisten Spitäler angeboten: humangenetische Beratung und pränatale Diagnostik. Bei der humangenetischen Beratung werden die Erbanlagen eines Paares untersucht und nach Krankheiten und Behinderungen in der Familie gefragt. Die GenetikerInnen schätzen anhand dieser Informationen ab, ob ein Kind dieses Paares eine Krankheit oder Behinderung haben könnte. Unter pränataler Diagnostik wird die Untersuchung der Erbanlagen des Ungeborenen nach eventuellen Krankheiten und Behinderungen verstanden. Sie wird schwangeren Frauen prinzipiell empfohlen und ist bei Schwangeren über 35 eine Routineuntersuchung.

Solidaritätsprinzip versus Risikoklassifizierung

Versicherungen liegen zwei widersprüchliche Prinzipien zu Grunde: Einerseits das Solidaritätsprinzip, andererseits die versicherungsmathematische Klassifizierung. Solidaritätsprinzip bedeutet, daß Menschen ohne vorherige Abschätzung ihres Risikos in eine kollektive Kasse einzahlen. Zahlungen erfolgen bei einem definierten Versiche-

rungsfall, nicht aber bei allgemeinem Bedarf. Im System der Krankenkassen wird z.B. die Therapie kranker Versicherter von den Gesunden mitfinanziert. Es findet also eine Umverteilung unter den VersicherungsnehmerInnen statt. Im Gegensatz dazu steht die versicherungsmathematische Klassifizierung des Risikos. Potentielle VersicherungsnehmerInnen werden danach eingestuft, welches Risiko für die Versicherung besteht, daß sie eine Zahlung leisten müßte. Gemäß dieser Einschätzung werden sie homogenen Risikoklassen zugeteilt, und dementsprechend hoch sind die Beiträge. Das Ideal der Versicherung wäre, das vermeintliche Risiko jeder/jedes Einzelnen möglichst perfekt abschätzen zu können und danach die Beitragshöhe festzusetzen. In letzter Konsequenz würde das bedeuten, daß jedeR VersicherungsnehmerIn für sich selbst zahlen müßte. Dies kommt der Auflösung des Solidaritätsprinzips gleich.

Die österreichischen Gebietskrankenkassen beruhen auf dem Solidaritätsprinzip, auch wenn dieses durch „Selbstbehalts"-Zahlungen (Heilbehelfe, Kuren, Rezept-, Krankenscheingebühren...) sukzessive aufgeweicht wird. Kommerzielle Versicherungen betreiben die versicherungsmathematische Klassifizierung. Die epidemiologische Forschung entstand aus der versicherungsmathematischen Statistik. Die ersten umfassenden medizinischen Untersuchungen von asymptomatischen Personen wurden von Lebensversicherungen und Militär vorgenommen. Heute wirken Forschungsergebnisse der Epidemiologie auf die Klassifizierungen der Versicherungen zurück.

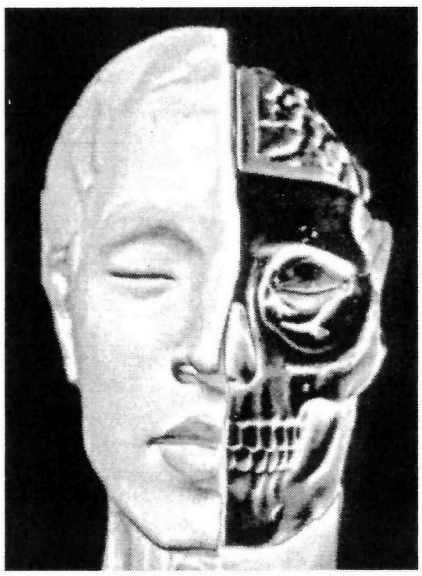
Die versicherungsmathematische Logik

In der medialen Öffentlichkeit drängen sich vermehrt Meinungen vor, welche die Bewertung nach Risikofaktoren im öffentlichen Krankenversicherungsprogramm fordern. Die Klassifizierungen werden bis jetzt noch nicht intensiv eingesetzt, was auch an der Größe der zu versichernden Kollektive liegen mag. Die bereits erwähnten „Selbstbehalts"-Zahlungen sind den BefürworterInnen der Risikoklassenmedizin zu wenig diskriminierend. Die moralisierende Unterscheidung in „würdige" und „unwürdige" Kranke ist verstärkt bei Risikoklassifizierung gegeben. EinE „würdigeR" KrankeR ist demnach jeneR, die/der sogenannte Risiken und Gefahren eigenverantwortlich zu managen weiß. Anhand eines persönlichen Risikoprofils wird ein bestimmter Lebensstil verordnet. Durch Fügung unter diese Richtlinien soll ein an klinischen Parameter festgelegter Sollwert erreicht werden, der ein Maximum an Lebensqualität und an Einsparungen fürs Gesundheitswesen verspricht.

Durch Vorgaben zur „moralischen" und „gesunden" Lebensführung wird das Gesundheitssystem noch mehr zum Instrument sozialer Disziplinierung. Krankheit wird als Folge abweichender Verhaltensweisen definiert, und ist damit selbst zu verantworten. In dieser Logik sind etwaige daraus entstehende Kosten selbst zu tragen, die Solidargemeinschaft der Versicherten löst sich auf. Großen Bevölkerungsteilen wird der Zugang zu vielen medizinischen Therapien verweigert.

Die Diskussion darüber, ob vermeintliche Ursachen einer Krankheit das Recht auf eine medizinische Therapie bestimmen sollen, ist unmenschlich. Prinzipiell muß jedem Menschen jederzeit und in jedem Fall kostenlose medizinische Versorgung zur Verfügung stehen. Das Modell der Freiwilligkeit des individuellen Lebensstils steht dem diametral gegenüber. Es verortet das Individuum außerhalb gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, sieht also Krankheitsursachen nur mehr in ihm und nicht in seiner sozialen Umwelt, wie Wohn- und Arbeitssituation, Umweltverschmutzung etc..

Robert M. **Veatch**, ein Verfechter dieses Modells, sieht demnach viele Krankheiten als Folge „inkorrekten" Lebensstils, wobei die Kausalität, wie oben gezeigt, eine konstruierte ist. Der Lebensstil ist nach ihm bewußt und frei gewählt, und daher sind die Krankheiten, die daraus folgen sollen, selbst zu verantworten. Durch die Verknüpfung von Schuld und Krankheit ist es ihm möglich, den Begriff Gerechtigkeit in die Diskussion einzuführen. Demnach ist es ungerecht, d.h. gesellschaftlich nicht zumutbar, daß Gesunde die medizinische Versorgung für Kranke tragen. Besonders schwer wiegt es, wenn das „freiwillig eingegangene Gesundheitsrisiko" (Veatch: 338) aus einem Verhalten folgt, das kein gesellschaftliches Ansehen genießt. Veatch behauptet, daß alle die gleiche Chance haben, gesund zu sein, und widerspricht so jeder Sozialstatistik. „Diejenigen, die ihre Gesundheit bewußt aufs Spiel setzten" (ebd.: 341), nutzen ihre Chance nicht. Die Paraphrase von der Chancengleichheit wird durch sanktionierende und kontrollierende Maßnahmen zur Pflicht zur Integration ins bürgerliche Herrschaftsgefüge. Daß es ihm um soziale Disziplinierung geht, wird dadurch bewiesen, daß er Kontrollen fordert, auch wenn diese teurer sind, als die vermeintlichen Folgekosten des zu kontrollierenden Verhaltens.



Folgt mensch Veatchs Argumentation, ist es widersinnig von einer Freiwilligkeit des Lebensstils zu sprechen. Er teilt die Menschen in zwei Gruppen: Jene, die sich durch gesundheitliche Alltagspraxen der bürgerlichen Norm unterwerfen und jene, die sich dieser entziehen oder sie nicht erfüllen können. Letztere werden für ihr angeblich freiwilliges Verhalten bestraft. Er fordert die Besteuerung oder das Verbot verschiedener Verhaltensweisen und die versicherungsmathematische Klassifizierung im Gesundheitswesen und appelliert an die Kreativität der DiskussionsteilnehmerInnen, sich neue Strafmechanismen einfallen zu lassen. Die letzte und logische Konsequenz ist die, daß medizinischen Versorgung vorenthalten wird. Tod und Krankheit werden zur Drohung, mit der angepaßtes Verhalten erzwungen werden soll.

Die versicherungsmathematische Realität

Am Beispiel der USA ist zu erkennen, daß dies keine krause Zukunftsvision ist, sondern alltägliche Realität. Private Versicherungen gehen immer mehr dazu über, Beiträge gestaffelt nach vermeintlichen Gesundheitsrisiken einzuheben, oder VersicherungsbewerberInnen aufgrund deren Gesundheitszustandes und Lebensstils generell abzulehnen. Staatliche Versicherungen können das vermeintliche Gesundheitsrisiko der KlientInnen nicht finanziell ausschlachten, daher ist die Ablehnungsrate deutlich höher als

am privaten Sektor. Das ist mit ein Grund, warum 40 Millionen US-BürgerInnen gar nicht krankenversichert sind. Sofern Nichtversicherte überhaupt in ein Spital aufgenommen werden, sterben diese 1,2 bis 3,2 Mal häufiger während eines Krankenhausaufenthaltes als Versicherte. Das Gesundheitswesen und somit die ÄrztInnenschaft arbeitet entgegen ihren Moralkodex an der Beseitigung der Armut durch die Beseitigung der Armen.

Am US-amerikanischen Versicherungsmarkt werden laufend neue Modellvorschläge erarbeitet. In diesen werden ökonomische Anreize für „gesunde", d.h. angepaßte Lebensführung angeboten, diese kontrolliert und Abweichungen sanktioniert. In Deutschland wollen die Krankenkassen „festlegen, welche Aktivitäten die Gesundheit fördern. Laut nach gedacht wird darüber, für den Besuch von Gymnastikkursen, Schwangerschaftsvorsorge, Früherkennungsuntersuchungen oder Nikotinverzicht Bonuspunkte zu vermerken, wofür eine Ermäßigung der Kassenbeiträge in Aussicht steht. In diesen Monaten (1995, Anm.) verschickt die AOK (öffentliche Krankenversicherung, Anm.) in Leipzig an 600000 Mitglieder eine `Vital-Card´, auf der Daten zur körperlichen Leistungsfähigkeit und der Teilnahme an Präventionsmaßnahmen vermerkt werden. Wer sich dem Gesundheits-TÜV verweigert, läßt sich über den Chip problemlos identifizieren. Jene, die nach der Logik fahrlässig handeln, sollen künftig mehr zahlen." (Sierck: 77f)

Die Entwicklung in Österreich ist langsamer und eine etwas andere. Die Gebietskrankenkassen (GKK) berufen sich noch auf das Solidaritätsprinzip und bekunden „das Recht der Kranken auf die Unterstützung durch die Gesunden, der Älteren durch die Jüngeren". (WGKK-Info Service Nr. 4/96) Genau besehen weichen aber die Neuerungen des Gesundheitswesens der letzten Jahre das Solidaritätsprinzip auf, was als Anfang einer längerfristigen Entwicklung gesehen werden muß. Die 53. Novelle des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes (ASVG) 1996 beweist dieses, in dem es immer mehr Kosten auf die/den KrankeN, die/der gezwungen ist, therapeutische Leistungen in Anspruch zu nehmen, abwälzt, obwohl sie/er ohnehin Versicherungsbeiträge zahlt. Die Symbolik dabei bleibt nicht aus: Die Zusatzzahlungen suggerieren ein Selbstverschulden der Krankheit durch die/den BetroffeneN.

Außerdem soll mit dem Jahr 2000 jedeR Versicherte statt Krankenscheinen eine chip-card von den GKK bekommen, womit eine verbesserte Kontrolle der Versicherten gewährleistet sein wird.

Die aus dieser Gesetzesnovelle resultierenden Mehrbelastungen wurden mit dem Defizit der GKK begründet. Konkret betrug das Defizit in Wien 1995 2,6 Milliarden Schilling, interessanterweise ziemlich genau der Betrag, den die Unternehmer der WGKK an Versicherungsbeiträgen schulden. Österreichweit betragen die Schulden der Unternehmer rund 12 Milliarden. Hier nimmt die Risikoklassenmedizin eine interessante Wendung: Sie kann auch zur Subventionierung privater Unternehmen beitragen.

Arbeitsmedizin

Ein weiterer wichtiger Bereich, in dem die Theorie der Risikofaktoren einen Menschen betreffen kann, ist jener der betrieblichen Einstellungspolitik und der Arbeitsmedizin allgemein. Mit medizinischen Untersuchungen von ArbeitnehmerInnen vor der Einstellung wurde in den USA zur selben Zeit (1910) begonnen, als Gesetze zur Entschädigung von ArbeiterInnen bezüglich Arbeitsunfällen verabschiedet wurden. Dadurch versuchten KapitalistInnen etwaigen finanziellen Einbußen vorzubeugen. Gewerkschaften lehnten die Untersuchungen damals ab, da sie vermuteten es werden schwarze Listen von ArbeiterInnen mit Gesundheitsschäden angelegt. Heute wird dies als ArbeitnehmerInnenschutz gefeiert, die selektive Komponente bleibt dabei meist unbeachtet.

Die Arbeitsmedizin beschäftigt sich nicht nur mit den Arbeitsbedingungen (Belastung durch Gifte, Staub, Lärm...) und mit Personen, die diesen Belastungen ausgesetzt sind, sondern auch mit Risikofaktoren, welche mit der Arbeit an sich nicht in Zusammenhang stehen. Der Berufsstand der ArbeitsmedizinerInnen konnte sich gerade durch das Anbiedern an die wirtschaftlichen Interessen des Betriebsmanagments etablieren. Mit Einstellungsuntersuchungen (Belastungs- und Persönlichkeitstest, medizinische Fragebögen, körperlichen Untersuchungen) und Gesundheitsprogrammen im Betrieb wird auf Ersparnisse durch geringere Fehlzeiten, erhöhte Produktivität und weniger Entschädigungszahlungen gehofft. So ergab eine Kanadische Studie, daß jeder in diesem Sinne investierte Dollar 2-5 Dollar einsparte. Ein Betriebsarzt der Southern Railways (USA) beschrieb die Ziele seiner Tätigkeit folgendermaßen: Er wolle „die Eisenbahnindustrie mit Bewerbern versorgen, die so annähernd perfekte körperliche Exemplare sind, wie wir sie nur finden können." (zit. n. Stone 1995: 29) Wenn ArbeitsmedizinerInnen ihr Tun derart den kapitalistischen Normen unterwerfen, liegt es auf der Hand, daß vertrauliche medizinische Informationen von ArbeitnehmerInnen zum Betriebsmanagment gelangen und so die ärztliche Schweigepflicht verletzt wird.

Medizinische Selektion und Normenproduktion am Arbeitsmarkt

Rückenerkrankungen sind einer der häufigsten Gründe für Entschädigungsansprüche gegenüber ArbeitgeberInnen und Anträge auf Frühpension. Es wird unterstellt, daß bestimmte Personen eine Veranlagung für diese Erkrankungen haben. Mittels, auch in der Fachwelt sehr umstrittenen, Röntgenuntersuchungen wird versucht diese zu identifizieren. Sie erhalten dadurch keine Anstellung.

Im Umfeld von Chemie- und Biotechnologiekonzernen hat sich ein eigener Bereich der Arbeitsmedizin etabliert: die Toxikogenetik. Es ist unbestritten, daß ArbeiterInnen in diesen Firmen mit giftigen Substanzen arbeiten. Die Toxikogenetik geht davon aus, daß am Erbgut der Menschen erkennbar ist, ob und wie stark sie durch diese Substanzen geschädigt werden. Mittels Gentests wird versucht, jene aus dem Angebot des Arbeitsmarktes herauszufiltern, die den Einflüssen solcher Gifte besonders

lange standhalten und von denen vermutet wird, daß sie nicht vor der Pensionierung an diesen Giften erkranken. Dabei werden aber „Vorschäden und andere Faktoren des Lebenszusammenhanges, die einen erheblichen Einfluß auf mögliche Krankheitsprozesse haben können"(Hien: 9) ignoriert und alleine die Genetik als ursächliches Prinzip anerkannt.

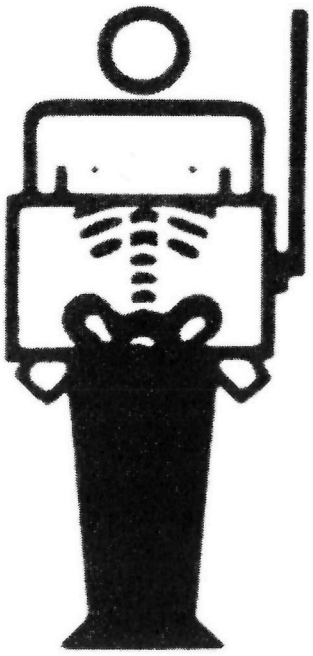
Anstatt die Produktionsverhältnisse und -abläufe weniger gesundheitsschädigend zu gestalten, werden für schlechte Arbeitsbedingungen die robustesten Personen gesucht. Die Arbeitsbedingungen an die Menschen anzupassen, scheint in dieser kapitalistischen Logik undenkbar. So definieren Produktionsverhältnisse „was gesund oder krank heißt, was zumutbar oder schädlich, wer höher oder minderwertig ist."(ebd.)

Gesundheitliche Kriterien, die über eine Anstellung entscheiden, stehen nicht unbedingt immer in direktem Zusammenhang mit den Belastungen am Arbeitsplatz. Es ist schon lange Praxis, Menschen mit Übergewicht, Diabetes oder erhöhtem Blutdruck nicht einzustellen. Dadurch versuchen Betriebe auf die allgemeine Lebenspraxis der Menschen Einfluß zu nehmen. Das geschieht nicht nur in selektiver sondern auch in erzieherischer Weise, wie ein Beispiel aus Niederösterreich belegt: 1995 wurde in Zusammenarbeit mit der „Austria-Collegialität" (einer Privatversicherung) im Rahmen des Projekts „Gesundheitsförderung im Betrieb" die Angestellten der „Energie-Versorgung NÖ" (EVN) auf Gesundheit und Leistungsfähigkeit untersucht. „Die umfangreiche Testbatterie umfaßte neben einer medizinischen Basisuntersuchung auch eine Überprüfung der körperlichen Leistungsfähigkeit, der Körperkomposition, sowie umfangreiche Fragebögen über Sport- und Ernährungsverhalten. In persönlichen Beratungsgesprächen wurden die Testergebnisse analysiert und individuelle Trainings und Ernährungsprogramme diskutiert. Um den EVN-Mitarbeitern auch die Voraussetzungen für die Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen zu schaffen, wurden mehrere betriebsinterne Sportangebote eingeführt, Fortbildungsvorträge veranstaltet, Ernährungsseminare organisiert, sowie die Betriebsküche auf Möglichkeiten einer gesundheitsorientierten Zusammenstellung der Menüs beraten. (Dabei spielt der Gruppendruck innerhalb der Belegschaft sicherlich keine unerhebliche Rolle. Anm.) (...) Zusammenfassend kann auf Grund der vorliegenden Ergebnisse von einem großen Erfolg des Projektes ‚Gesundheitsförderung im Betrieb' gesprochen werden. Viele Mitarbeiter der EVN konnten sich in mehreren der untersuchten Bereiche zu mehr Gesundheit und *Leistungsfähigkeit* entwickeln und *somit das individuelle Wohlbefinden positiv beeinflussen.*" („In Form" 1/97 Magazin der Austria-Collegialität Versicherung, Hervorh. d. d. Verf.)

Der ganzheitliche Zugriff auf den Menschen

Neben Instrumentarien zur psychischen Zurichtung durch Betriebe wie Persönlichkeitsseminare, Kurse für Autogenes Training, stress-coping-Seminare, identity-styling, Konfliktlösungsprogramme usw., wird auch der Zugriff auf den Körper direkter. Fitneßprogramme, Vergünstigungen für Fitneßcenter, wellness-Kurse, und Bibliotheken zum „gesünderen Leben" gehören vermehrt zur modernen Unternehmensstrategie. Damit soll der Körper in immer mehr Lebensbereichen erfaßt werden, die Freizeitnormen werden jenen der Arbeit angepaßt. Spaß und Lebensfreude werden in Leistungsfähigkeit und Selbstdisziplinierung umdefiniert, in programmatische Raster gezwängt und zum Leitmotiv der Freizeitgestaltung. Sie wird zu Investition in die eigene Marktfähigkeit. Die Mechanismen der Inbesitznahme des Körpers und des Geistes werden im Zuge einer Neoliberalisierung der Gesellschaft verfeinert und ausgeweitet. Die Zurichtung ist eine ganzheitliche.

Zusammenfassend zeigt sich, wie Herrschaft eben auch als Bio-Macht (Foucault) wirkt. Auch Herrschaft über die Körper wird durch eine Verschränkung von Zwang und Zustimmung hergestellt. Leichter zu erkennen sind die repressiven und selektiven Mechanismen am Versicherungs- und Arbeitsmarkt. Anders verhält es sich mit den konsensualen Mechanismen, da wir durch unsere Selbst-Subjektivierung (Haug) und Lebenspraxen im dominanten Diskurs der Körperpolitik verstrickt sind. ●



Literatur:

W.F. Haug: Die Faschisierung des bürgerlichen Subjekts, 1987

D.A. Stone: Das Erkrankungsrisiko als modernes Kriterium zur administrativen Ausgrenzung sozialer Problemträger, in: H. Kaupen-Haas/ Ch. Rothmaler (Hg.): Doppelcharakter der Prävention, 1995

U. Bertrand/ J. Kuhlmann: Die Würde des Menschen und das Menschenbild der technisierten Medizin, in ebd.

H. Keupp: Gesundheitsdiskurse als Identitätspolitik, in ebd.

D.A. Stone: Risikoklassen und Sozialpolitik, in: Zeitschrift für Sozialreform Nr.3 1990

W. Hien: Das Konzeot des ‚genetischen Risikos' in der Arbeitsmedizin

„Cornflakes, Mixer und die Beseeltheit der Zygote", in E.coli-bri Nr. 9/10

R.M. Veatch: Lebensstil, Gesundheitspolitk und Solidarität, in H.M. Sass (Hg.): Medizin und Ethik

N.F.McKenzie: War at Home, in: Dr. med. Mabuse Nr.72/1991

U. Sierck: Normalisierung von rechts, 1995

[1] Er ist Proponent des Zentrums Medizinischer Ethik an der Uni Bochum und des Instituts für Wissenschaft und Ethik in Bonn. Weiters engagiert er sich für die öffentlichen Auftritte seines australischen Kollegen Peter Singer, der von seiner Argumentation für Tierschutz sehr schnell zu Eugenik und "Euthanasie" bei Menschen gelangt.

[2] Epidemiologie ist jener Wissenschaftszweig, der sich mit der Verteilung von übertragbaren und nicht-übertragbaren Krankheiten und deren Folgen in der Bevölkerung befaßt.

[3] Eugenik ist die Begünstigung der Fortpflanzung jener, die genetisch und sozial der Norm entsprechen mittels der Förderung von Frühehen und hoher Kinderzahl, sowie die Verhinderung der Fortpflanzung jener, die nicht der Norm entsprechen oder sich dieser entziehen, durch Empfängnisverhütung, Sterilisation, Tötung. Dadurch glaubt mensch die Erbanlagen zu verbessern und Krankheit und störendes Sozialverhalten, die erblich begründet werden, zu vermindern.

An der humanitären Nase...
...in den Krieg geführt

von Viktor v. Hochwalden

Am Mittag besuchte Schröder das Hauptquartier der deutschen KFOR-Truppe in Prizren. Schröder sagte, der Einsatz der Bundeswehrsoldaten trage dazu bei, „historische Schuld, die in deutschem Namen begangen wurde", durch ein anderes Bild Deutschlands zu ersetzen.
(Süddeutsche Zeitung, 24. 07. 1999)

Nun wissen wir aus berufenem Munde, warum Deutschland wieder einmal Krieg führte. Freilich umschreibt auch der sozialdemokratische Bundeskanzler die Vernichtung der europäischen Juden. Hatte man den Krieg zunächst noch mit „Nie wieder Auschwitz" begründet, so sollen explizite Erinnerungen an die Verbrechen, die deutsche (darunter viele österreichische) Soldaten in Jugoslawien begangen haben, zum Beispiel bei den Judenerschießungen in Serbien, vermieden werden. **Schröder** verharmlost daher das massenhafte Einverständnis mit der nationalsozialistischen Politik und die Verbrechen der Wehrmacht als „historische Schuld, die in deutschem Namen begangen wurde".

Neue Mitte

In einer Diskussion mit seinem Freund und Vordenker Daniel **Cohn-Bendit** sagte Joschka **Fischer** u.a.:
„Ich bin der festen Überzeugung, daß deutsche Soldaten dort, wo im Zweiten Weltkrieg die Hitlersoldateska gewütet hat, den Konflikt anheizen und nicht deeskalieren würden. Wenn sich die Deutschen erst einmal militärisch einmischen, wird es völlig andere Reaktionen geben. All diese Einsätze und die Debatten darum werden von der Bundesregierung als Türöffner benutzt. Das vereinigte Deutschland soll in seinen außenpolitischen Optionen voll handlungsfähig gemacht werden. Das ist nicht meine Position. Ich wäre allerdings schon froh, wenn die, die das wollen, sich wenigstens nicht andauernd hinter der Humanität verstecken würden, um eben diese Position durchzusetzen. Deutschland hat eine historisch bedingte Sonderrolle, ob einem das gefällt oder nicht. Unter dem Deckmantel supranationaler Organisationen wie Nato, WEU, EU findet derzeit der Rückfall in das 19. Jahrhundert statt. Wenn ich sehe, wie die Bundesregierung den Bundestag an der Nase, an der humanitären Nase, in den Bosnienkrieg führen will. Beginnend mit der humanitären Intervention wird auch ein machtpolitisch erstarkendes Deutschland nicht zu einem Motor der europäischen Integration, sondern zu einem rückwärtsgewandten, auseinandertreibenden Element. Ich bin der festen Überzeugung, daß die Öffnung in Richtung der militärpolitischen Komponente die Rückkehr der Macht Deutschland - nicht der Macht Europa - auf die Bühne der Weltpolitik bedeuten wird, und das ist sehr riskant." (taz, 30. 12. 1994)
Joschka heißt jetzt Josef und ist seither zum populärsten deutschen Politiker geworden. Nicht zuletzt wegen seinen zynischen und verlogenen Erklärungen zur Begründung der Nato-Aggression gegen Jugoslawien, die „Auschwitz", „Genozid" und ähnliches enthielten. In der „taz" vom 13. 4. 99 wird er zitiert: „Es war ein wirklicher Schock, daß Milosevic bereit war zu handeln wie Stalin und Hitler: einen Krieg gegen die Existenz eines ganzen Volkes zu führen". Auf die Frage, ob er eine direkte Parallele zwischen den Ereignissen im Kosovo und der Nazizeit sehe, antwortete der Grünen-Politiker und deutsche Außenminister: „Ich sehe eine Parallele zu diesem primitiven Faschismus. Es ist offensichtlich: Die 30er Jahre sind wieder da, und das können wir nicht akzeptieren".
Erinnern wir uns: Martin **Walser** sagte im Herbst 1998 in der Frankfurter Paulskirche: „...wenn mir aber jeden Tag in den Medien diese Vergangenheit vorgehalten wird, merke ich, daß sich in mir etwas gegen diese Dauerpräsentation unserer Schande wehrt. Anstatt dankbar zu sein für die unaufhörliche Präsentation unserer Schande, fange ich an wegzuschauen". Weder Fischer, noch **Scharping** oder Schröder hatten dagegen etwas einzuwenden. Wahrscheinlich weil sie vorhatten, „die Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken" erst selbst zu betreiben.
Wie kann man die ständige Berufung der rot-grünen Bundesregierung auf den Holocaust und Auschwitz mit der Tatsache vereinbaren, daß diese Regierung sich nicht darum bemüht, den überlebenden Opfern des Nationalsozialismus (z.B. den ZwangsarbeiterInnen) zu ihrem Recht zu verhelfen, sondern nur die Interessen der deutschen Unternehmen vertritt? Und wie kann man all diesen „antifaschistischen" Erklärungen Glauben schenken, wenn z.B. die Füssener Kaserne der Bundeswehr noch immer nach Eduard **Dietl** benannt ist, der schon 1918 der terroristischen Vereinigung Freikorps Epp angehörte und als Kompanieführer der Reichswehr seine Soldaten zum Saalschutz für die NSDAP abkommandierte, um dann im Krieg als General der Gebirgstruppen mit durchschlagendem Erfolg „friedensschaffende Maßnahmen" in Norwegen und der Sowjetunion durchzuführen.
Was charakterisiert die Verlogenheit eines Josef Fischer besser als seine Behauptung, vor der Bombardierung der Nato, hätte es in Kosovo einen „Genozid" gegeben. Eine Behauptung die auch unser Außenminister aufstellte. Lediglich zwei Wochen vor dem NATO-Angriff stellte das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster am 11. März 1999 fest: „Albanische Volkszugehörige aus dem Kosovo waren und sind in der Bundesrepublik Jugoslawien keiner regionalen oder landesweiten Gruppenverfolgung ausgesetzt". Ich könnte hier noch eine lange Reihe von Urteilen deutscher Gerichte zitieren, die alle das gleiche aussagen und die sich alle auf Berichte des Außenamtes beziehen.
Während einer von den Wiener Grünen veranstalteten Podiumsdiskussion wurde der mitdiskutierende Leiter der Rechtsabteilung im Außenministerium, Botschafter **Cede**, gefragt, wieso Österreich noch kurze Zeit vor der Bombardierung Waffendienstverweigerer als dem Kosovo nach Jugoslawien auf Grund von Berichten des österreichischen Außenamtes zurückschickte. Botschafter Cede weigerte sich zunächst, die Frage zu beantworten, dann aber schob er die ganze Verantwortung für diese Ausweisung auf den Innenminister ab und leugnete, daß das österreichische Außenministerium überhaupt Berichte über die Menschenrechtslage in Jugoslawien verfaßte. Kommentar überflüssig.

Jüdische Sinngebung?

Endlich ist der Tag gekommen, an dem Juden und Jüdinnen in Deutschland wieder in die nationale Gemeinschaft aufgenommen werden. Jüdische Prominente bekommen die Aufgabe zugeteilt, als „moralische Instanz" den Krieg gegen Jugoslawien zu rechtfertigen. Der unerschrockene „deutsche Patriot"

TORNADO-AUFKLÄRER DER DEUTSCHEN LUFTWAFFE VOR EINEM EINSATZ IM JUGOSLAWISCHEN LUFTRAUM

Michael **Wolffsohn** hat es erkannt: „Erstmals seit 1945 agiert Deutschland als militärisch, politisch und – wesentlich wichtiger – moralisch gleichberechtigter Partner des Westens und der Welt. Keiner bestreitet das wirklich, und niemand erhebt mehr den moralischen Zeigefinger gegen 'die Deutschen' und ihre vermeintliche Unbelehr- oder Unbekehrbarkeit. Wer es (wie Serben-'Führer' Milosevic, die PDS und der Steinzeitspazifist Ströbele...) dennoch versucht, wird moralisch und geschichtspolitisch nicht ernst genommen." (Die Welt, 31.3.1999) Ignatz **Bubis** wiederum fragt in einer ARD-Sendung, ob denn die Westmächte nicht den Tyrannen Milosevic durch einen Anschlag umbringen lassen sollten, und muß sich von darauf hin ausgerechnet vom österreichischen Botschafter **Petritsch** Nachhilfeunterricht in politischer „Ethik" gefallen lassen.

Ein besonderes Kapitel wäre die Auseinandersetzung mit prominenten oder in die Prominenz strebenden Juden und Jüdinnen, die aus dem linken Lager kommen und nun auch für den Krieg eingetreten sind. In Österreich haben sich einige dieser Leute (nicht genannt sollen sie werden) im „Standard" geäußert. In Deutschland führte die Riege Micha **Brumlik** (Grüne) an, der allen ernstes in einem offenen Brief an die Verfasser der „Erklärung von Erziehungswissenschaftlern zum Jugoslawienkrieg" folgendes schrieb: „Sie fordern 'ein Ende der ideologischen, zum Teil verhetzenden Aufrüstungskampagne von Bundesregierung und Massenmedien gegen Serbien' und unterstellen so die Existenz dieser Kampagne."

Der Schriftsteller Rafael **Seligmann** meinte dazu im „Stern" vom 29.4.1999: „Die Angehörigen der Opfer müssen den Deutschen das Alibi ihrer Läuterung liefern. Und so werden Ignatz Bubis, Michael Friedmann und andere prominente Juden von Talkshow zu Talkshow durchgereicht, wo sie als moralische Instanz dienen sollen." Er selbst sollte „als Jude" in einer Talkshow den Krieg legitimieren. Als er dem zuständigen Redakteur erklärte, er sei gegen diesen Krieg, und Vertreibung sei kein Völkermord, lud man ihn wieder aus.

GOLDHAGEN ALS SERBIEN-SACHVERSTÄNDIGER

Der in Harvard lehrende Daniel **Goldhagen** ließ aber Wolffsohn, Bubis und Brumlik als Kleingewerbetreibende der Kriegspropaganda erscheinen. Am 24. April 1999 veröffentlichte die „Frankfurter Rundschau" mit dem Autor von „Hitlers willige Vollstrecke" ein Interview, das es in sich hat. Er sprach von einem „quasigenoziden Anschlag" auf die Kosovo-Albaner. Goldhagen findet Parallelen zwischen der Shoah und den Geschehnissen im Kosovo: „Es geht in beiden Fällen um die Vernichtung einer Bevölkerungsgruppe". Und er beschuldigt auch die Serben: „Die serbische Bevölkerung kann also nicht Unwissenheit vortäuschen". Nachdem er fünf Fragen über Serbien ausführlich beantwortet hat, gibt Goldhagen auf die Frage „Helfen NATO-Bomben somit nicht eher Milosevics Politik?" folgende Antwort: „Ich weiß zu wenig darüber, was wirklich in Serbien vor sich geht, um mir dazu eine Meinung zu bilden."

Am 30.4.1999 erscheint in der „Süddeutschen Zeitung" ein Artikel Goldhagens unter dem Titel „Um das Völkermorden zu beenden, muß die Nato Serbien besiegen, besetzen und umerziehen". So leistet Goldhagen seinen Beitrag zur Rechtfertigung eines Krieges und zur Affirmation der BRD-Geschichte, die doch einen positiven Ausklang hat, kämpfen ja wieder einmal Deutsche – diesmal aber auf der „richtigen Seite". Goldhagen, der noch sechs Tage zuvor „zu wenig darüber" weiß, „was wirklich in Serbien vor sich geht" hat anscheinend einen Schnellkurs bei der NATO besucht, denn jetzt weiß er schon „Milosevic ist kein Hitler, aber er ist ein völkermörderischer Killer, der für den Mord an Zehntausenden von Menschen verantwortlich ist." Und obwohl man ja in Deutschland und Österreich nicht müde wird, gegen die von niemand behaupteten „Kollektivschuld" anzukämpfen, hört man gerne die Botschaft von der Kollektivschuld der Serben. Und Goldhagen liefert sie: „Aber auch die Serben verfolgen ein eliminatorisches Projekt, um ganze Landstriche zu ‚säubern'." Wie beruhigend muß es auf Deutsche wirken, wenn der frischgebackene Serbiensachverständige bestätigt: „Die Serben haben zwar ihren völkermörderischen Krieg begonnen, ohne selbst verfolgt oder bedroht worden zu sein. Aber er wurde entfesselt in einer Atmosphäre ethnischer Konflikte. Trotzdem haben die Serben ihr Schlimmstes getan, um die Welt an den Holocaust zu erinnern. Die große Mehrheit der Serben wird von einer besonders gemeinen Variante des Nationalismus animiert." Goldhagen beendet seinen langen Artikel mit folgendem gedanklichen Höhenflug: „Die Frage ist schlicht: Wären Albaner, Bosnier, Kroaten, Europäer, Nordamerikaner und sogar Serben besser dran, wenn Serbien durch einen Saddam Hussein oder wenn es durch einen Konrad Adenauer regiert würde?"

Goldhagen schreibt schon an seinem nächsten Buch, in dem er die Genozide des 20. Jahrhunderts vergleicht. Freilich sind solche Vergleiche, insbesondere wenn sie das Spezifische am Nationalsozialismus verwischen, höchst willkommen. Dabei ist es notwendig, die Kausalzusammenhänge auszublenden und mit falschen Analogien zu operieren. Intellektuelle gibt es genug, die beliebig in die Schublade der historischen Begriffe greifen, wenn sie keine anderen Argumente haben. ●

P.S.: Unbemerkt in Österreich konnte Innenminister Otto **Schily** (SPD) im Berliner Dom Ende Mai in einer Rede vor dem BUND DER VERTRIEBENEN die Aussiedlung der deutschen Minderheiten zu Ende des Zweiten Weltkriegs aus Polen und Tschechien mit der Vertreibung der „AlbanerInnen" zu Beginn des Kosovokrieges vergleichen. Da zeigt es sich, daß sich die SPD – unter grünem Einfluß – sich ideologisch an die CSU annähert. Mit dem Kosovokrieg wollen einige maßgebliche PolitikerInnen unseres Nachbarlandes den Weg zurück zum Nationalismus (natürlich humanitär motiviert) beschreiten. Wie lange wird sich die SPÖ noch nach dem 3. Oktober zur Neutralität und gegen einen Beitritt zur NATO aussprechen? Wenn **Haider**, die ÖVP und die „Neue Kronenzeitung" diesen Beitritt fordern, wird man doch im Sinne einer „modernen sozialdemokratischen Politik" sich nicht dem nationalen Konsens entziehen?

Unterdrückte Nachrichten aus Kroatien

AUFGABE DER PRESSE, DES RUNDFUNKS UND DES FERNSEHENS IST ES, IHRE LESERINNEN, HÖRERINNEN UND ZUSCHAUERINNEN AUCH ÜBER VORGÄNGE ZU INFORMIEREN, DIE NACH DEN VORSTELLUNGEN IHRER INITIATORINNEN LIEBER NICHT AN DIE ÖFFENTLICHKEIT GELANGEN SOLLEN. ZUGEGEBEN, DIE BERICHTERSTATTUNG AUS EINEM KRIEGSGEBIET IST NICHT EINFACH, ERSCHWERT DURCH DIE ZENSUR BZW. DESINFORMATION DER PARTEIEN IM KONFLIKT.

VON VIKTOR V. HOCHWALDEN

Doch wie ist die Tatsache zu erklären, daß die Medien, die in Serbien den „Faschismus" an der Macht sehen, mit fast keinem Wort über die Lage in Kroatien berichten?

In einem seit 1992 an den kroatischen Schulen für den Geschichtsunterricht benutzten Buch wird weitaus mehr Platz für die Darstellung der Verwaltungsstrukturen des kurzlebigen Satellitenstaates **Hitlers** verwendet als für die Massenverfolgung durch das Regime. Der Terror gegen SerbInnen, Juden und Jüdinnen und Roma/Sinti wird eher beiläufig erwähnt, der gegen KroatInnen dagegen ausführlicher beschrieben. Erinnert werden soll vor allem an die erste Existenz eines kroatischen Staates im 20. Jahrhundert und die Leiden der „Kroaten"; vergessen werden soll die Opfer. Kennzeichnend für die Tendenz der kroatischen Apologetik ist der Versuch, die Verbrechen zu bagatellisieren beziehungsweise ganz zu leugnen. Für Kroatiens Präsidenten **Tudjman** war das Konzentrations- und Vernichtungslager Jasenovac lediglich ein „Arbeitslager". Gestützt hat er diese Behauptung auf die von ihm unkommentiert wiedergegebene Aussage zweier ehemaliger Insassen[1]. Tudjman macht auch die Opfer posthum zu Tätern: Die innere Lagerverwaltung habe in den Händen von Juden gelegen, die auch die Initiative bei der Vorbereitung und Durchführung der Massenmorde an nichtjüdischen Insassen des Lagers ergriffen hätten. Daß in dieser Umgebung Ustaschaverbrecher wie Nada **Sakic**, die Kommandantin des KZ Stara Gradiska, freigesprochen werden, überrascht dann nicht weiter.

IMAGEPOLITUR

In ihrem 1996 erschienenem Buch „Kriegstrommeln, Medien, Krieg und Politik" dokumentiert Mira **Beham** wie sich das von Tudjman angeführte Kroatien in den USA mit Hilfe der PR-Agentur „Rudder Finn" ein gutes Image verschaffte. Die Kosten der kroatischen TV-Werbekampagne in verschiedenen kanadischen und US-amerikanischen Fernsehanstalten übertrafen jene von Coca-Cola und Pepsi zusammengenommen. Die kroatische Propaganda baute bei ihrer Imagebildung auf ein altes Stereotyp, auf die Zugehörigkeit der katholischen Kroaten zur westlichen Zivilisation. Zugleich wurden die SerbInnen in die Ecke der Barbarei gedrängt – auch ein altes Stereotyp, nämlich das eines „orientalischen", orthodoxen Volkes, das noch dazu unter jahrhundertelanger osmanischer Herrschaft „verwildert" sei. Mit dem Vergleich Milosevic-Hitler schließlich wurde ein Propagandamuster etabliert, das sich 1999 als äußert wirkungsvoll erweisen sollte. Im Sommer 1992 gelang der PR-Agentur ein besonderer Coup. James **Harff** von „Rudder Finn" antwortete auf die Frage, auf was er besonders stolz sei: „Darauf, daß es uns gelungen ist, die jüdischen Kreise für unsere Sache zu gewinnen. Das war eine wirklich schwere Partei, und von daher war die Aufgabe auch außerordentlich gefährlich. Präsident Tudjman hatte sich in seinem Buch „Irrwege der Geschichte" (1993 auch in deutscher Sprache in Zagreb erschienen, Anm. V.v.H.) als unvorsichtig gezeigt, denn man konnte ihn auf Grund dessen, was er geschrieben hatte, des Antisemitismus bezichtigen. (...) Außerdem war die Vergangenheit Kroatiens und Bosniens von einem realen und grausamen Antisemitismus gekennzeichnet. Mehrere zehntausend Juden sind in kroatischen Lagern liquidiert worden. Es bestanden also alle Voraussetzungen dafür, daß die jüdischen Intellektuellen und Organisationen gegenüber den Kroaten und Bosniern feindlich gesinnt sein würden. Wir standen vor der Herausforderung, diese Situation umzukehren. Das ist uns auch gelungen, und zwar meisterhaft. Zwischen dem 2. und 5. August 1992 als ‚New York Newsday' die Sache mit den Lagern veröffentlichte. Da haben wir im Flug zugegriffen und drei jüdische Organisationen überlistet – die B'nai B'rith Anti Defamation League, das American Jewish Committee und den American Jewish Congress. Wir haben ihnen vorgeschlagen, einen Beitrag in der ‚New York Times' zu veröffentlichen und eine Protestkundgebung vor dem Sitz der Vereinten Nationen zu organisieren. Das hat hervorragend funktioniert; die jüdischen Organisationen auf seiten der Bosnier ins Spiel zu bringen war ein großartiger Bluff. In der öffentlichen Meinung konnten wir auf einen Schlag die Serben mit den Nazis gleichsetzen. (...) Und wir haben gewonnen, denn wir haben das richtige Ziel ausgewählt, das jüdische Publikum (targeting Jewish audience). Sofort stellte sich eine bemerkbare Veränderung des Sprachgebrauchs in den Medien ein, begleitet von der Verwendung solcher Begriffe, die eine stark emotionale Aufladung hatten, wie etwa ethnische Säuberung, Konzentrationslager usw., und all das evozierte einen Vergleich mit Nazi-Deutschland, Gaskammern und Auschwitz. Die emotionale Aufladung war so mächtig, daß es niemand wagte, dem zu widersprechen, um nicht eines Revisionismus bezichtigt zu werden. Wir hatten ins Schwarze getroffen." Auf den Einwand, er hätte zu diesem Zeitpunkt außer den ‚Newsday'-Artikeln keine Beweise für seine Behauptungen in der Hand gehabt, antwortete James Harff: „Unser Job ist es nicht, Informationen zu überprüfen. Wir sind dafür auch nicht ausgerüstet. Unsere Aufgabe ist es, (...) Informationen, die uns günstig erscheinen, schnell in Umlauf zu bringen und ein sorgsam ausgewähltes Ziel zu treffen."

NATIONALER AUFBRUCH...

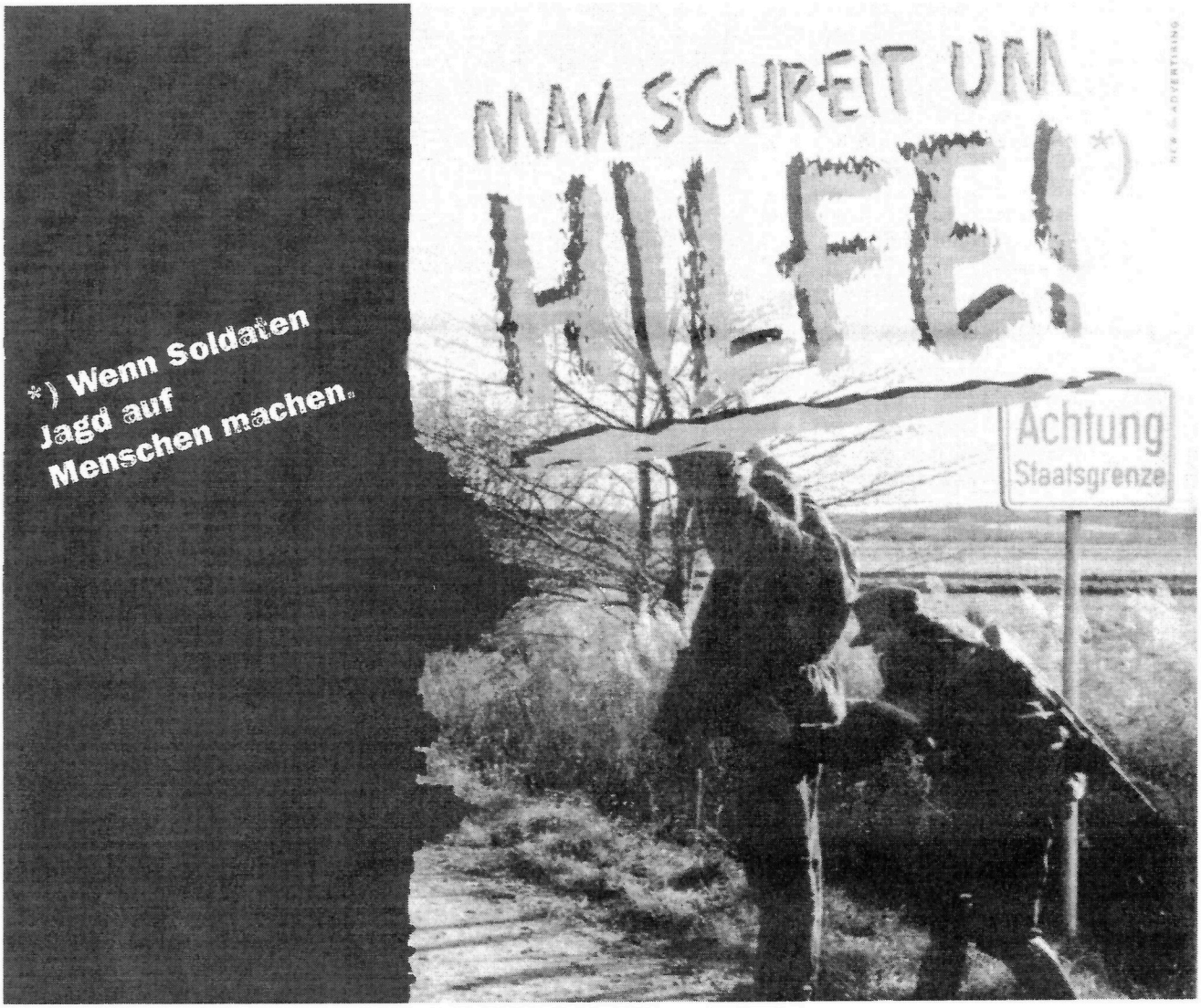
Mit dem Beginn des NATO-Bombardements Jugoslawiens, das in Kroatien mehrheitlich auf Ablehnung gestoßen war, haben die kroatischen Rechtsextremisten jede Hemmung verloren. SerbInnen aber auch kroatische AntifaschistInnen werden brutal und mittlerweile auf offener Straße angegriffen. In Zagreb haben sie Ivan **Tolic**, den Vizepräsidenten der Gewerkschaft der Lokomitivführer, halbtot geschlagen. Im Mai wurden zwei Journalisten der unabhängigen Tageszeitung „Novi List", Robert **Frank** und Ronald **Brmlak**, aus dem Hotel „Ero" in West-Mostar entführt, und zwar vor den Augen des Wachpersonals, die keinen Finger rührten. Man fuhr mit den ▶

beiden ein paar Kilometer auswärts und schlug sie. Frank wurde die rechte Hand – wie es schon der Brauch der Ustaschafaschisten war – vollkommen zerschmettert, damit er nicht mehr über die kroatischen Neofaschisten von Bosnien-Herzegovina „schreiben kann, was nicht geschrieben werden darf". Zwei Tage nach diesem Vorfall, wurde eine antifaschistische Demonstration von alten PartisanInnen (KroatInnen und SerbInnen) am ehemaligen Platz der „Opfer des Faschismus" in Zagreb von einer Faschistenbande mit Schlagstöcken und Tränengasbomben angegriffen, ohne daß die anwesende Polizei einschritt. Angeführt wurde der Mob von den Führern der kroatischen Neonazis, Mladen **Schwarz** und dem katholischen Mönch Vjekoslav **Lasic**. Letzterer liest auch (toleriert von der katholischen Kirche) jährlich zwei Messen zum Andenken an den „poglavnik" (Führer von 1941 bis 1945) Ante **Pavelic**, dem nach 1945 mit Hilfe der katholischen Kirche Österreichs die Flucht nach Italien und dann nach Argentinien gelang. All diese und viele andere Übergriffe blieben bezeichnenderweise in der heimischen Medienlandschaft unerwähnt.

...UND HUMANITÄRES SCHWEIGEN

Mary **Robinson** von der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, die auch im Mai Kroatien besuchte, gab ihrer „lebhaften Sorge" Ausdruck, weil die kroatische Regierung der vereinbarten Rückkehr serbischer Flüchtlinge „bürokratische Hindernisse" in den Weg legt. Während sich die Medien überschlugen, über ethnische Säuberungen in Kosovo zu berichten, haben sie geschwiegen zu der tagtäglichen Vertreibung von SerbInnen aus Kroatien. Interessant ist auch der Fall von Dobroslav **Paraga**, ehemaliger Chef einer rechten Partei, der sich gegen die Rechtsextremisten seines Landes gewandt hatte. Er war Gast der deutschen Grünen und hat Josef **Fischer** ein Memorandum übergeben, in dem er auf die vielen bis heute ungeklärten politischen Morde in Kroatien aufmerksam macht. Paraga informierte den deutschen Außenminister auch über ungefähr 600 ermordete SerbInnen in West-Slavonien und der Krajna. Doch die westlichen Verteidiger der Menschenrechte rühren hier keinen Finger.

[1]Dabei handelt es sich um den kroatischen Trotzkisten Ante Ciliga, der als privilegierter Insasse ein Jahr im Lager verbrachte, um dann mit Zustimmung der Gestapo nach Wien und nach Berlin zu reisen. Nach 1945 arbeitete er einerseits mit der klerikal-faschistischen Emigration zusammen, andererseits gab er sich weiter als „Linker" aus. Beim Anderen Tudjman-„Zeugen" handelt es sich um einen Serben, der vor einer Kommission der mit den Nazi kollaborierenden serbischen Nedic-Regierung ausgesagt hatte. ●



Gaskammerleugnung im FPÖ-Umfeld

In der Ausgabe 23/99 (4.-10. Juni 1999) der Wochenzeitung „Zur Zeit" werden nationalsozialistische Verbrechen geleugnet und grob verharmlost.

Hans **Gamlich** nennt in seinem Beitrag „Zweifel, Vater der Erkenntnis" (S. 11) Adolf **Hitler** einen „großen Sozialrevolutionär(s)", dessen Stellvertreter Rudolf **Heß** einen „kühnen Idealisten". Die Schuld Nazi-Deutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wird durchwegs geleugnet; nicht die NS-Führung, sondern **Churchill** habe laut Gamlich „Europa in die Katastrophe" gestürzt. Der Überfall auf die Sowjetunion wird bei Gamlich zu einer „notwehrhaften Präventivaktion" „zum Schutz Europas". Den Holocaust und die Anzahl der sechs Millionen Opfer desselben bezeichnet Gamlich abwechselnd als „Dogma" und „Mythos", welcher „im größten Schauprozeß der Weltgeschichte in Nürnberg institutionalisiert" wurde und „sich nurmehr quasireligiös begründen" lasse. Neben der quantitativen Verharmlosung dieses Verbrechens zieht Gamlich auch dessen einzigartige Qualität in Zweifel. Im Rückgriff auf bekannte rechtsextreme und neonazistische Geschichtsfälscher („Revisionisten") behauptet Gamlich die Unmöglichkeit der „Massenvergasungen mittels Zyklon-B" in den nationalsozialistischen Lagern. Dabei bezieht er sich auf die „naturwissenschaftlich-technischen Gutachten" etwa des Germar **Rudolph**, welcher sich derzeit auf der Flucht vor einer Strafverfolgung befindet und bereits 1995 in Stuttgart wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß verurteilt wurde. Auch die übrigen, von Gamlich angeführten Vertreter der sog. „Auschwitzlüge" (Robert **Faurisson**, Fred A. **Leuchter**) wurden bereits in Frankreich und Deutschland angeklagt oder verurteilt. Die zustimmende Bezugnahme auf Dipl. Ing. Walter **Lüftl**, der ebenfalls die Unmöglichkeit der nationalsozialistischen Gasmorde behauptete, wurde bereits Herwig **Nachtmann** zum Verhängnis: Der damalige Geschäftsführer des „Aula-Verlages" wurde 1995 in Graz nach dem NS-Verbotsgesetz verurteilt, da unter seiner presserechtlichen Verantwortung Lüftls Behauptungen als „Meilenstein auf dem Weg zur Wahrheit" (Aula 7-8/1994, S. 15) bezeichnet worden waren.

Mit dem Abdruck des Gamlich-Artikels, welcher seitens des DÖW am 8. 6. 1999 bei der Staatsanwaltschaft Wien zur Anzeige gebracht wurde, liefert die von Andreas **Mölzer** herausgegebene und redigierte „Zur Zeit" einen weiteren Beleg für ihren rechtsextremen Charakter. Daß der für Gamlichs Ausfälle gegen die historische Wahrheit verantwortliche **Mölzer** unlängst zum kulturpolitischen Berater des Kärntner Landeshauptmannes **Haider** aufgestiegen ist, überrascht angesichts der Gemeinsamkeiten in der Weltanschauung nicht. Daß Mölzer aber mittlerweile auch als Kommentator in mehreren nicht-rechtsextremen Medien werkt, muß als Ausdruck des Erfolges rechtsextremer Durchdringungsstrategien gewertet werden.

Nach einer etwas längeren Schreckssekunde distanzierten sich die „Zur Zeit"-Verantwortlichen in der Ausgabe 25/99 (18.-24. Juni) von Gamlichs Gaskammer- und Kriegsschuldleugnung: Durch ein „redaktionelles Versehen" sei es „zum ungeprüften Abdruck" dieses Artikels gekommen. Dem nicht genug, erfolgte „irrtümlich im Zuge der umbruchsbedingten Kürzungen durch Hilfskräfte noch zusätzlich eine Verstümmelung"! Obwohl sich die „Zur Zeit"-Macher ohnehin keiner Schuld und Verantwortung bewußt sind, betonen sie dennoch, daß es ihnen fernliege, „die Verbrechen des Nationalsozialismus zu verharmlosen." Dies steht ja auch nach dem NS-Verbotsgesetz unter Strafe, und darum „distanzieren sich Herausgeber und Redaktion auf das Schärfste" von „allfälligen Passagen", die gegen das Wiederbetätigungsverbot verstoßen könnten. Durch eine „Berichtigung" soll schließlich der Schaden, den die „Hilfskräfte" angerichtet haben, behoben werden. Die nun nachgereichten, „irrtümlich" den „Kürzungen" zum Opfer gefallenen Passagen vermögen es jedoch nicht, dem Artikel einen unbedenklichen Charakter zu verleihen. Insbesondere die im Rückgriff auf neonazistische Geschichtsfälscher von Gamlich formulierten Zweifel an der deutschen Kriegsschuld und systematischen Ermordung der europäischen Juden in den Gaskammern werden nicht berichtigt. Aber von diesen hat man

Österreichs ranghöchster Polizist, Michael **Sika**, gab drei Wochen nach Gamlichs Ausfälle in „Zur Zeit" dieser ein Interview und lieferte so ein weiteres Beispiel für die Normalität des heimischen Rechtsextremismus. Dabei stimmte er der Aussage zu, „daß kriminelle Elemente weltweit zu den mobilsten Bevölkerungsschichten gehören" (Zur Zeit Nr. 26/99). Nachdem Sika von der „Ausländerkriminalität", dem „Islamismus", der fehlenden Bereitschaft zur „Asssimilation" usw. gewarnt hatte, wollte er dennoch nicht als Rassist gelten. Mit seinem Rechtfertigungsversuch läßt er uns aber tief in sein rotbraunes Wienerherz blicken: „Ich glaube, es ist leider so, daß man in Österreich immer in Gefahr ist, entweder ein Neonazi zu sein oder ein Rassist, wenn man von irgendwelchen Gefahren („der multikulturellen Gesellschaft", Anm.) warnt. Nur, ich muß Ihnen ehrlich sagen, ich stehe am Ende meiner Karriere, und mir ist es ziemlich egal, wie man mich abstempelt. In Wahrheit bin ich alles andere als ein Rassist. (...) Ich habe z.B. ein überaus normales, gutes Verhältnis zu den Schwarzafrikanern in Wien, die hier durch zehn, 20 Jahre, zum Teil als österreichische Staatsbürger leben (...). Ich habe ein ganz brilliantes Verhältnis zur jüdischen Gemeinde in Wien, weil ich als Stadthauptmann des zweiten Bezirkes eben mit dieser Gemeinde sehr viel zu tun hatte."

Der autoritäre Sozialpopulist Sika personifiziert nicht nur die Komplizenschaft zwischen Polizei und Faschisten, sondern ist auch ein Prototyp des überzeugten Weltanschauungstäters. Im Gegensatz zu vielen loyalen StaatsdienerInnen, die sich hinter Pflichtbewußtsein und Gesetzen verschanzen, ist bei ihm die Freude an der MigrantInnen- und Linkenhatz so richtig zu spüren.

sich ja schon „auf das Schärfste" distanziert.

Auch Gamlich selbst geht auf Distanz zur „verstümmelten" Version seines Artikels: In einem Schreiben an „Zur Zeit", welches auch an das DÖW und die APA erging, befürchtet er, daß sein „Artikel im Sinne des Verbotsgesetzes mißverstanden worden sein (könnte)." Gamlich macht dafür neben „redaktionellen Unzulänglichkeiten" seine eigene „publizistische(n) Unerfahrenheit" und „mangelnde(n) journalistische(n) Routine" verantwortlich. Er versichert weiters, daß es nicht seine „Intention" gewesen sei, „persönliche Gefühle von Personen zu verletzen, oder das bestehende Geschichtsbild zu revidieren." Wie die gesamte „Zur Zeit"-Mannschaft betont auch Gamlich, daß es ihm „fernliegt, die unleugbaren Verbrechen des Nationalsozialismus zu verharmlosen". Schließlich droht er, mit allen ihm „zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Herausgeber und die Redaktion vorzugehen", falls aus deren „Fehler" seiner „Person irgendwelche Schäden, insbesondere eine Rufschädigung erwachsen".

„Zur Zeit"-Chefredakteur Mölzer ließ in dieser Ausgabe übrigens auch seinen Rücktritt verkünden. Jedoch wird dafür nicht Gamlichs Umgang mit der historischen Wahrheit verantwortlich gemacht, sondern Mölzers „zeitliche(n) Belastung im Rahmen seiner neuen Beratertätigkeit für die Kulturabteilung der Kärntner Landesregierung und den Kärntner Landeshauptmann". Als Nachfolger wird Helmut **Müller**, „Schriftleiter" des rechtsextremen „Eckartboten" und bei „Zur Zeit" zuvor bereits leitender Redakteur, genannt. Der „inhaltlichen Verantwortung" nun entbunden, bleibt Mölzer seinem Wochenblatt jedoch als Herausgeber erhalten. Dabei wird er in Zukunft vom FPÖ-Bundesrat John **Gudenus** und Johann Josef **Dengler** unterstützt. Zumindest Gudenus hat auch schon Erfahrungen mit allzu bezeichnenden Aussagen über die NS-Vernichtungspolitik gemacht. Im Herbst 1995 fiel ihm bei einer Diskussion zu den Gaskammern ein: „Ich halte mich da raus! Ich glaube alles, was dogmatisch vorgeschrieben ist."

Doch zurück zu Gamlichs Artikel. Dieser kommt formal als Besprechung des 1998 im einschlägigen Grazer „Leopold Stocker Verlag" erschienenen Buches „Das Ende der Tabus" von Rudolf „Graf" **Czernin** daher. Im Unterschied zu Gamlich beschränkt sich der Autor dort auf das Referieren neonazistischer und rechtsextremer Geschichtsfälscher, ohne ihre Positionen derart explizit oder offensiv zu vertreten. Im Falle der „Gaskammern-Leugner" betont Czernin, daß er deren „Auffassungen nicht teilt" (S. 192).

Dieses Werk, welches im Untertitel einen „Aufbruch in der Zeitgeschichte" postuliert, wurde unlängst in der Redaktion von „Zur Zeit" vorgestellt. Unter den Zuhörern befand sich übrigens der Dritte Nationalratspräsident Wilhelm **Brauneder** (FPÖ). Auch Dr. Karl **Steinhauser** soll laut „Zur Zeit" den Weg zur Czernin-Buchpräsentation gefunden haben. Der wüste Verschwörungstheoretiker Steinhauser machte erst vor kurzem von sich Reden, als er in seinen „Secret News" das Buch „Die 'Protokolle' der Weisen von Zion aus der Sicht nach 100 Jahren" bewarb und zum Verkauf anbot. Zu diesem antisemitischen Machwerk heißt es dort: „Vor 100 Jahren bereits programmiert: Die jüdische Weltherrschaft! (...) Noch nie hat jemand die wahren Hintergründe des Weltjudentums dermaßen schonungslos aufgedeckt wie der Autor dieses sensationellen Tatsachenberichtes!" Angesichts der drohenden strafrechtlichen Folgen dieser vermeintlichen Enthüllungen garantiert „Secret News" den Interessenten den Erhalt der Hetzschrift „auch im Falle einer möglichen Beschlagnahme". ●

Der Mann der über Recht und Ordnung wacht: Michi "Polizeischikane" Sika

Quelle: www.doew.at

FPÖ gegen "Überfremdung"
Wie Nazi-Diktion salonfähig wird

NACHFOLGEND DOKUMENTIEREN WIR EINE PRESSEAUSSENDUNG DES "DOKUMENTATIONSARCHIVS DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES."
(QUELLE: HTTP://WWW.DOEW.AT

Allem staatsmännischen Gehabe eines Landeshauptmann Haider und seines Spitzenkandidaten Prinzhorn zum Trotz, setzt die FPÖ auch im aktuellen Wahlkampf ganz offen auf das Schüren ausländerfeindlicher Ressentiments. Überraschend ist dabei weniger, daß in der Wahlwerbung wieder auf Haiders bewährtes Rezept zur Wählergewinnung - das sogenannte "Ausländer-problem" - gesetzt wird, sondern vielmehr die unverblümten Anklänge der FPÖ-Propaganda beim Repertoire des (Neo-)Nationalsozialismus. Insbesondere mit dem nun affichierten Plakat "Stop der Überfremdung" habe, so der wissenschaftliche Leiter des DÖW Wolfgang Neugebauer in einer Presseaussendung vom 8. September 1999, die FPÖ einmal mehr Grenzen überschritten.

Die *Gesellschaft für deutsche Sprache* wählte den Begriff "Überfremdung" 1993 zum "Unwort des Jahres": *"Dieser Begriff dient immer wieder als Pseudoargument für die dumpfe Angst mancher Deutschen, daß sie von angeblich minderwertigen Ausländern majorisiert werden."* (*Sprachdienst* 1/1994, S. 18) Die Geschichte dieses Unwortes reicht zurück in die Anfänge der nationalsozialistischen Bewegung. Mit "Überfremdung" wurde dort eine angebliche (geistige) Unterwerfung des "Deutschtums" durch das "Judentum" bezeichnet. So sprach Goebbels 1933 von einer "Überfremdung des deutschen Geisteslebens durch das Judentum". Bald tauchte der Begriff auch in seiner unmittelbar rassistischen Bedeutung auf: In der NS-Propaganda war wiederholt die Rede von "blutsmäßiger Überfremdung". Diese bezog sich spätestens ab Ende der 30er Jahre nicht mehr nur auf Jüdinnen und Juden, sondern auch auf den (unerwünschten) Kontakt mit Ausländern (Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter etc.). Seitens verschiedener NS-Stellen wurde immer wieder verlangt, "eine Überfremdung des Landes mit fremdvölkischen Elementen zu verhindern".

Neonazis holten dieses Unwort in ihrem Kampf gegen die sogenannte "Ausländerflut" Ende der 70er Jahre wieder aus der braunen Mottenkiste. Die 1988 behördlich aufgelöste NDP unter Norbert Burger startete 1982 eine "Bürgerinitiative zur Durchführung eines Volksbegehrens gegen die Überfremdung Österreichs". 1990 sorgte die von prominenten Neonazis angeführte *Liste Nein zur Ausländerflut* mit ihrem Wahlkampf gegen "Überfremdung" für Schlagzeilen. Die Kreiswahlbehörde für den Wahlkreis 9-Wien begründete ihre Zurückweisung des Wahlvorschlages u. a. mit dem einschlägigen Charakter der Propaganda der *Liste Nein zur Ausländerflut*. Als Beispiele angeführt wurden dort Sätze wie "Überfremdung kostet unsere Lebensqualität", "Kinderarmut und Überfremdung sind die Zange, die unsere Identität zu zerstören droht" oder "Überfremdung ist Völkermord!". Auch der Verfassungsgerichtshof hat in seiner Abweisung der Wahlanfechtung 1991 erkannt, daß sich die *Liste Nein zur Ausländerflut* in ihrer Agitation eng an die NSDAP anlehnte: "Diese weitgehende Identifizierung mit einem besonders wichtigen nationalsozialistischen Programmpunkt [den Kampf gegen alles "Fremdvölkische"] und die damit einhergehende und in der Wahlwerbung betriebene Wiederbelebung einer für die NSDAP charakteristischen politischen Forderung mit ähnlichem Propaganda-Vokabular ergibt sich insbesondere (auch) aus der gehäuften Verwendung von Worten, die insgesamt deutlich eine rassistisch motivierte Einstellung zeigen". Als ein Beispiel führte auch der Verfassungsgerichtshof den Begriff "Überfremdungspolitik" an.

In der Tatsache, daß die FPÖ neun Jahre später mit diesem Vokabular in einen Wahlkampf zieht, sieht Neugebauer einen weiteren Beleg für deren rechtsextremen Charakter. Daß gleichzeitig vielerorts die Bereitschaft wächst, der FPÖ dennoch Regierungsverantwortung zukommen zu lassen, zeige die leider mittlerweile erlangte Salonfähigkeit des Rechtsextremismus. ●

FPÖ-PROPAGANDA IM BEZIRK

Passend zu ihren Plakaten gegen "Überfremdung" und "Asylmißbrauch" schaltet die FPÖ nun auch einschlägige Inserate. In der Liesinger Bezirkszeitung heißt es etwa: *"Wem ausufernde Kriminalität mit ständig steigendem Ausländeranteil und Hammelbraten (im Park oder im Hinterhof) zum Hals heraushängen, der sollte den Kontakt zu den Freiheitlichen suchen."* Als potentieller Kontaktmann bietet sich auf derselben Seite der FPÖ-Nationalratsabgeordnete Wolfgang Jung an. Nach einem Rundumschlag gegen die "(afrikanisch beherrschte) Drogenszene", eine "Prostituiertenberatungsstelle", "Bettlertouristen" und "Landfahrer" kommt Jung zu einem düsteren Resümee: *"Überhaupt hat unsere Stadt ein großes Herz für die Sorgen der Fremden (nicht nur der Touristen). Grillorgien ohne Rücksicht auf die Anrainer (Hammelbraten zu schreiben ist ja verpönt), verdreckte Parks und die Rauch- und Geruchsbelästigung müssen zugunsten einer Multi-Kulti-Entwicklung ebenso in Kauf genommen werden wie die Belästigung von Siedlern durch Türkenfeste."* ●

Schwarz-blauer Probelauf an der Uni Graz

GRAZ SPIELT WIEDER EINMAL EINE ZWEIFELHAFTE VORREITERROLLE: SEIT DEM 1. JULI EXISTIERT AN DER ÖSTERREICHISCHEN HOCHSCHÜLERINNENSCHAFT UNI GRAZ EINE SCHWARZ – BLAUE KOALITION ZWISCHEN DER KONSERVATIVEN AKTIONSGEMEINSCHAFT UND DEM RING FREIHEITLICHER STUDENTEN.

Das heißt nicht nur, daß damit erstmals seit Beginn der 80er Jahre die Freiheitlichen wieder über einen der drei ÖH-Vorsitzenden verfügen, sondern auch, daß eine Fraktion, die in letzter Zeit offen antisemitisch und rassistisch aufgetreten ist, dank des bürgerlichen Lagers an der Spitze der Grazer Studierendenvertretung steht.

Der „Ring", die Zeitung der freiheitlichen JungpolitikerInnen, publizierte in den Monaten vor der Koalitionsvereinbarung in aller unverschämten Klarheit antisemitische Hetzparolen, indem z.B. anläßlich der Forderung nach Wiedergutmachung seitens Holocaust-Überlebender der „deutsche Steuerzahler" und die „deutsche Wirtschaft" gegen „die deutschen Juden" ausgespielt wurden. Mit der „amerikanischen Ostküste" und deren „niederen Rachegelüsten" setzten die RFSlerInnen noch dazu das Standardrepertoire an antisemitischen Clichés ein. Für den RFS an der Uni Graz halluzinierte Jürgen Schwab über die „Herrschenden in den beiden deutschen Staaten, die ihre Macht zu einem beträchtlichen Teil über Auschwitz legitimierten" und schob – offenbar einmal in Fahrt gekommen - den jüdischen Überlebenden die Schuld an einem wieder aufbühenden „Antijudaismus" zu.

Dieser Jürgen **Schwab**, der schon seit längerem zum Deutschland-Experten der rechtsextremen „Aula" mutiert ist und sich bezeichnenderweise im Umfeld des Grazer RFS herumtreibt, ist ein Import aus der deutschen Neonazi-Szene. Als Mitglied des FRANKENRATES war er im Führungsgremium des DEUTSCHEN FREUNDESKREISES FRANKEN (DFF) tätig, in dem die Funktionäre von vier mittlerweile verbotenen neonazistischen Gruppen zusammenarbeiten (NATIONALER BLOCK, dem Schwab selbst angehört hatte, NATIONALE OFFENSIVE, FAP und WIKING-JUGEND). Bevor Schwab seine Schreibklaue dem RFS zur Verfügung stellte, agierte er dort als Verantwortlicher für die Zeitung des DFF, die u.a. unter der Rubrik „Der ausländerfreundlichste Mitbürger Frankens" ihre politischen GegnerInnen zur Zielscheibe von Anti-Antifa-Aktivitäten machte.

Daß die rechtskonservative – wie es jetzt wohl heißen muß – Aktionsgemeinschaft mit einem solchen RFS in eine Koalition tritt, sagt einiges über den Zustand des bürgerlichen Lagers aus. Daß dies in Graz möglich war ohne irgendeinen wahrnehmbaren Protest, zumindest an der Uni, erklärt wiederum sehr viel über das politische Klima in dieser Stadt. ●

UNGLAUBLICH ABER WAHR I: WAHLKAMPFFOLDER DER FPÖ WIEN. FAST EIN DRITTEL ALLER WAHLBERECHTIGTEN WIENERINNEN STIMMEN FÜR DIE FPÖ UND IHR PROGRAMM.

Wußten Sie, daß ...

... in den **Deutsch-Lesebüchern unseren Wiener Kindern** bereits **seitenweise türkische und serbokroatische Texte aufgezwungen werden**?

... es nur **unter der SPÖ in Wien möglich** ist, daß **schwarzafrikanische Asylwerber mit Designeranzug und Luxushandy ihren Drogengeschäften ungestört nachgehen** können?

... in Wien z. B. ein **Chinalokal mit 600.000 Schilling gefördert** wird, während die **heimischen Beisln** leer ausgehen und eines nach dem anderen **zusperren** muß?

... die **Grünen in Wien meinen**, man brauche **die heimischen Familien nicht** zu **fördern**, weil an unseren Grenzen ohnehin **tausende ausländische Familien mit ihren Kindern warten**?

... eine **SPÖ-Gemeinderätin** gesagt hat, daß sich die **Ausländer in Wien nicht anzupassen brauchen**, weil die **Österreicher** „ohnehin nur **viel Alkohol trinken und fettes Fleisch essen**?"

... die **sozialistischen Kinderfreunde in Wien** schon über **100 Millionen an Steuergeldern** erhalten haben, und sich – aus welchen Gründen auch immer – die **SPÖ** auf Biegen und Brechen **weigert**, eine **Überprüfung zuzulassen**, ob dieses Geld auch tatsächlich den Kindern zugute kommt?

... **SPÖ-Bundeskanzler Klima** meint, die **„Lendenarbeit" der Wiener sei schlecht** und daher **Zuwanderer hereingeholt werden müssen**?

... die **SPÖ-Wien 9300 Ausländern pro Jahr meist vorzeitig** die **österreichische Staatsbürgerschaft** verleiht, und diese dadurch in den Genuß des Wahlrechtes kommen und den Zugang zu den Gemeindewohnungen erhalten?

... der **Wiener U-Bahn-Bau halb so schnell** aber **doppelt so teuer** wie in anderen europäischen Städten erfolgt?

... **ausländische Jugendliche Gratiskarten für ein Fitneß-Studio** erhalten, die **heimischen Jugendlichen** jedoch **nicht**?

... man sich von **zahlreichen Straftaten mit bis zu 5 Jahren Strafandrohung** – darunter fallen auch **schwere Körperverletzung, Diebstahl, Betrug und mehrere Sexualdelikte – neuerdings ganz einfach freikaufen** kann?

... in Wien der abgeurteilte **Kinderschänder Otto Mühl** nach seiner siebenjährigen Haftstrafe mit **Genehmigung von SPÖ-Chef Klima** umgehend das **Burgtheater für einen skandalösen Auftritt erhielt**?

UNGLAUBLICH ABER WAHR II: DIESES PLAKAT WURDE HERAUSGEGEBEN UND HERGESTELLT VON DER BUNDESPOLIZEIDIREKTION WIEN IM JAHRE 1996